Editorial

von Klaus Segbers, Berlin

Liebe Leserinnen und Leser,

da Sie diese Zeilen lesen, nehme ich an, Sie interessieren sich nicht nur für Osteuropa, sondern auch für die Einrichtung, die diese Region in Berlin erforscht – das Osteuropa-Institut der Freien Universität. Diese Vermutung macht es sinnvoll, Ihnen kurz über die derzeitige Lage des OEI zu berichten.

In der Nachfolge des Gutachtens des Wissenschaftsrates vom Frühjahr 2000 hat der Senat eine Expertenkommission berufen, die sich ein Bild über die Leistungsfähigkeit aller Berliner Regionalinstitute machen soll. Mit dem Befund dieser Kommission, die von Prof. Neidhardt geleitet wird, ist bis zum Herbst zu rechnen.

Das OEI hat der Kommission über das Präsidium der FU ein umfangreiches Konzept für die künftige Arbeit in den drei Bereichen Wissenschaft, Ausbildung und Beratung vorgelegt. Nach der Anhörung des OEI und nach einer Begehung gibt es Anlass, vorsichtig optimistisch zu sein: Eine Abwicklung des OEI wird kaum empfohlen werden. Das ist für alle, denen das OEI am Herzen liegt, Grund für ein kurzes Aufatmen. Aber nicht für ein „Weitermachen wie bisher".

Die Kommission wird gewiss eine positive Grundempfehlung mit Auflagen und Vorschlägen versehen, denen sich die FU und der Senat wohl anschließen werden. Und das ist sinnvoll so. Schließlich haben wir in unserem eigenen Konzept für einen Neustart des OEI eine Reihe wichtiger Veränderungen vorgeschlagen – so die Einführung eines internationalen M.A. für East European Studies, eines weiteren M.A. zum selben Themenfeld, aber als Fernstudiengang. Auch die kompakte und rasche Besetzung der vier vakanten Professuren gehört hierher.

Diese neuen Elemente verstärken die positiven Tendenzen, die in den letzten Jahren entwickelt und gestärkt wurden: Die Praktikumsbörse des OEI ist bundesweit einmalig und hat inzwischen zahlreiche Erfolge vorzuweisen. Sie strahlt weit über das OEI hinaus aus.

Die homepage des OEI ist informativ, aktuell und erfolgreich. Das OEI hat ein leistungsfähiges Innerhausnetz und gehört FU-intern zur Avantgarde der technischen Ausstattung (noch immer – und immer wieder – bleibt viel zu tun). Moderne Präsentationsformen werden direkt in den Seminaren vorgestellt und eingeübt. Das Gesicht mancher Lehrveranstaltungen hat sich deutlich modernisiert. Einige Seminare werden über das Internet und von webpages aus geführt. Nach Umfang und Profil der eingeworbenen Drittmittel steht das OEI sehr gut da – mehrere Forschungsprojekte setzen internationale Standards; andere sind anwendungsbezogen und demonstrieren, wie praxisnah Wissenschaft sein kann. Natürlich hat die Beschäftigung mit Osteuropa einen starken

Anwendungsbezug. So stehen die Wissenschaftlerinnen ständig den Medien zur Verfügung, wie auch den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft, die wissenschaftliche Deutungen nachfragen.

Trotz dieser positiven Grundtendenz gibt es nach wie vor ernste Probleme, und einige neue treten hinzu. So sind noch immer vier von sechs Professuren nicht besetzt. Das ist auf Dauer nicht durchzuhalten. Es kommt nun darauf an, die Expertenkommission und vor allem die vier beteiligten Partner-Fachbereiche zu überzeugen, dass eine Paketlösung in der gegebenen Situation eine sinnvolle, vielleicht gar die einzige Form einer raschen und kompetenten Auffüllung der Vakanzen ist.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus den unbesetzten Professuren. Die wachsende Enge im Bereich Gary- und Ihnestraße, die mit dem Erwerb und der Finanzierung des ehemaligen U.S. Hauptquartiers zu tun hat, führt zu Zielkonflikten und Konkurrenzen um Räume. Ein nicht vollbesetztes OEI scheint manchen ein willkommenes Objekt für Landnahmeversuche zu sein. Während ich für das OEI ein vertretbares Angebot zur Lösung des Problems gemacht habe, denken andere an Abtretungen, die unsere Zukunft gefährden würden. Dem gilt es entgegenzutreten.

Die Bilanz zu Beginn des Sommersemesters 2001 ist also gemischt. Es gibt Grund zu vorsichtigem Optimismus; aber keinen Anlass, um die Hände in den Schoß zu legen. Wir müssen und werden entschieden mit der Umsetzung unseres Reformkonzepts beginnen. Dazu gehört auch die stärkere Abstimmung mit den anderen Hochschulen im Berliner und Brandenburger Raum. Dies gilt vor allem für die Slawistik an der HU und in Potsdam, und für die Viadrina in Frankfurt/Oder.

Für diesen spannenden und schwierigen Weg bitte ich Sie um Mithilfe. Unsere hoch motivierten Studierenden und die DozentInnen werden sich über jede Unterstützung freuen. Dies schreibe ich mit einem besonderen Blick auf unsere Alumni und auf die Partnerinstitute in Berlin, mit denen wir erfolgreich kooperieren.

Ihr
Klaus Segbers
Vorsitzender des Institutsrats

Post-Washingtoner Consensus und Comprehensive Development Framework. Neue Perspektiven für Transformationsforschung und Transformationstheorie

von Klaus Müller, Berlin

Im Verlauf des postkommunistischen Wandels hat sich ein neuer disziplinübergreifender Forschungszweig etabliert, der sich seiner Relevanz schon aufgrund der Dimensionen der von ihm untersuchten Problematik sicher sein kann: Heute leben 40 Prozent der europäischen und ein Drittel der Weltbevölkerung in Ländern, die einen tiefgreifenden Wandel ihres wirtschaftlichen und politischen Systems durchlaufen. Die Erforschung dieser erstaunlichen Prozesse war von Beginn an vergleichend angelegt und hat insofern die Voraussetzungen für eine systematische Theoriebildung geschaffen.

Wenn der Zuschnitt und die methodische Gestalt einer Theorie der Transformation gleichwohl unklar geblieben sind, dann hatte das vor allem zwei Gründe. Zum ersten war die Stellung der neuen Forschungen in der sozialwissenschaftlichen Landschaft kontrovers: Hatte man es mit einem einzigartigen Sozialexperiment zu tun, das neue Begriffe und neue Theorien verlangte? Sollte man sie als Fortsetzung der Osteuropaforschung und der *Communist Studies* unter veränderten Rahmenbedingungen begreifen? Oder handelte es sich lediglich um ein weiteres Anwendungsfeld der bewährten sozialwissenschaftlichen Theorien, deren universale Gültigkeit durch die Rückkehr der postkommunistischen Gesellschaften in die „Normalität" nunmehr definitiv erwiesen sei?

Dass die Beantwortung dieser Fragen keine innerakademische Angelegenheit blieb, war im Kontext der Entstehung und im spezifischen Erkenntnisinteresse angelegt, das die Transformationsforschung von Anfang an prägte. Die Perspektive eines radikalen Systemwechsels war aus den letzten Versuchen hervorgegangen, die stagnierenden Planwirtschaften durch die Einführung von Marktelementen zu reformieren. Mit dem Scheitern des letzten reformsozialistischen Aufgebots ging die Ausarbeitung für eine Programmatik des Übergangs zur Marktwirtschaft an die Internationalen Finanzinstitutionen und westliche Berater über. Die institutionellen Orte, an denen der theoretische Rahmen und die grundlegenden Fragen der Transformationsforschung abgesteckt wurden, waren daher weniger die sozialwissenschaftlichen Fachbereiche der Universitäten als vielmehr die Forschungsabteilungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, entwicklungspolitische Organisationen, zahlreiche neugegründete Institute und die *Think Tanks* der Politikberatung. Zum zweiten also war und ist die Transformationsforschung durch eine außerordentlich enge Verknüpfung von theoretischen Fragen und politischen Interessenlagen charakterisiert.

Vor diesem Hintergrund wird die theoretische Dynamik, die die Transformationsforschung des letzten Jahrzehnts bestimmte, verständlicher. Eine erste Generation von Theorien war durch die liberalistische Programmatik instruiert, die in den Internationalen Finanzinstitutionen seit den 80er Jahren vorherrschte und dem außenpolitischen Credo der USA entsprach, demzufolge wirtschaftliche Liberalisierung den Universalschlüssel zu Demokratisierung und gesellschaftlichem Wandel abgibt. Kraft seiner institutionellen Machtstellung, aufgrund seiner personellen, finanziellen und politischen Ressourcen konnte dieser *Washingtoner Konsens*[1] das Feld der Transformationsforschung weitgehend vorstrukturieren, auch wenn das eine beträchtliche Verengung der Perspektive mit sich brachte. Seine politische Durchsetzungsfähigkeit ließ sich an der erstaunlichen Tatsache ablesen, dass zwischen Januar 1990 und April 1995 in 24 ehemals kommunistischen Ländern Reformprogramme nach seinem Muster angelaufen waren. Alternative Ansätze hatten schon aus diesem Grund einen schweren Stand: sie verfügten weder über vergleichbare institutionelle Ressourcen, noch konnten sie vergleichbar klar geschnittene und zugleich universelle Politikempfehlungen anbieten.

Umso wichtiger erscheinen die seit Ende der 90er Jahre sichtbar werdenden Risse in der liberalistischen Programmatik, die sich zu einem *Post-Washingtoner Konsens* ausgeweitet haben. Bemerkenswert ist die einhergehende Neubewertung der postkommunistischen Transformationen insofern, als sie ihren Ausgang in internen Konflikten der Internationalen Finanzorganisationen selbst hat. Auch sie ist Ergebnis komparativer Auswertungen der Erfolge und Fehlschläge marktorientierter Reformen. Die hieraus abgeleiteten Forderungen nach einer Erweiterung von Entwicklungszielen und einer Differenzierung von Lösungsvorschlägen werden hier zu einem *Comprehensive Development Framework* zusammengestellt, der ein breites Bündel außerökonomischer Variablen in den Vordergrund rückt. Es ist zu erwarten, dass diese Revision der entwicklungspolitischen Programmatik günstigere Rahmenbedingungen für die Transformationsforschung setzt und dadurch zugleich auch neues Licht auf die oben angeführten Fragen wirft, nicht zuletzt auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen Osteuropaforschung und Transformationstheorie.

1. Washingtoner Konsens: Der Markt als Meta-Institution der Transformation

Wenige Forschungsgebiete haben sich so rasch um eine vergleichsweise klar definierte Fragestellung konstituiert, wie das theoretische Feld der „Transitologie". Das Modell

für die Transformationsforschung des letzten Jahrzehnts, die das Erbe der *Communist Studies* antreten sollte, wurde noch in den letzten Tagen der kommunistischen Regimes festgelegt. Zum einen durch die von Jeffrey Sachs 1989 im Auftrag der ersten *Solidarnoœæ*-Regierung ausgearbeitete und seither mit seinem Namen verbundene „Schocktherapie". Zum anderen durch die große abschließende Bilanz des sowjetischen Systems, die 1990 im Auftrag der Gruppe der sieben führenden Industrieländer (G7) vom IWF, der Weltbank, der OECD und der eigens ins Leben gerufenen Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) angefertigt wurde. Auch diese Studie mündete in die Programmatik eines radikalen Übergangs zur Marktwirtschaft, für den ein Zeitraum von zwei bis drei Jahren angesetzt wurde. Die Richtung dieses Übergangs schien durch die drei Wegmarken der Stabilisierung, der Liberalisierung und der Privatisierung hinreichend markiert.

Innerhalb kurzer Zeit hat sich aus den Annahmen, die diesen Untersuchungen zugrunde lagen, ein relativ einheitliches Paradigma des postkommunistischen Wandels herausgebildet, das den theoretischen, methodischen und normativen Zuschnitt der Transformationsforschung nachhaltig prägte. Unter einem Paradigma ist dabei mehr als eine empirisch-analytische Theorie zu verstehen, nämlich die Festlegung eines Forschungsfelds, die Definition zentraler Probleme, Regularitätsannahmen über den normalen Gang der Ereignisse und die Einordnung abweichender Phänomene. Indem solche Paradigmen in die Definition der Situation seitens der Akteure einfließen, exemplarische Lösungswege aufzeigen und unerwünschte Alternativen diskreditieren, kommt ihnen darüber hinaus eine eminente praktische Bedeutung zu.

Allein schon aufgrund seiner Reichweite sprengte dieses Paradigma den Rahmen einer „normalwissenschaftlichen Theorie". Angesichts des in den postkommunistischen Ländern angestrebten Systemwechsels handelte es sich nicht nur um eine konventionelle wirtschaftspolitische Strategie und ihre theoretische Rechtfertigung aus der Lehrbuchökonomie. Da dieser Systemwechsel zugleich die Politik, die Wirtschaft und das Alltagsleben betraf, ging es um den weitergefassten Anspruch eines allgemeinen Programms gesellschaftlichen Wandels, welches das Organisationspotential und den formenden Einfluss von Märkten auf die politischen Institutionen, das Bewusstsein und die Sozialstruktur in den Mittelpunkt rückte und das darüber hinaus klare Anforderungen an eine Politik der Transformation postulierte. Anders ausgedrückt: der Markt wurde als Metainstitution politischen und sozialen Wandels schlechthin und zugleich als normatives Regulativ für „gute Politik" eingesetzt (s. Müller 2001).

Dieser weit gefasste Anspruch schien die neue Kategorisierung zu rechtfertigen, nach der die postkommunistischen Länder seit den 90er Jahren in den Berichten der Internationalen Organisationen und in der wissenschaftlichen Literatur klassifiziert werden: Für die allermeisten Beobachter stand außer Frage, dass sich die *countries in transition* im Übergang zu Marktwirtschaft und Demokratie befinden. Diese Einschätzung wurde von der Politikwissenschaft weitgehend geteilt. Der Zerfall der kommunistischen Herrschaft wurde als Krönung einer „Dritten Welle der Demokratie" aufgefasst, die autoritäre Bestrebungen weltweit in die Defensive drängt: „Today liberal democracy is the only game in town."[2] Insbesondere die postkommunistische Welt schien die „ideologische Wahlverwandtschaft" zwischen wirtschaftlichem und politischen Liberalismus zu bestätigen (Fish 1998, hier 231ff.). Wenn man die Ausbildung von Marktwirtschaften und Demokratie als zwei evolutionäre Universalien auf dem Weg in die Moderne begreift, dann war schließlich auch die übergreifende soziologische Diagnose plausibel, dass die postkommunistischen Gesellschaften eine „nachholende Modernisierung" durchlaufen, in deren Verlauf sie die Basisinstitutionen der westlichen Gesellschaften nachbilden.

Diese Grundüberzeugung hatte weit reichende Folgen, sowohl für das methodische Selbstverständnis, als auch für die institutionellen Rahmenbedingungen, unter denen sich die Transformationsforschung etablierte. Und nur aus dieser Kombination heraus wird die Durchsetzungsfähigkeit des liberalistischen Paradigmas gegenüber skeptischeren Stimmen verständlich, die in der theoretischen und politischen Diskussion immer auch vorhanden waren.

Der erste Grund hierfür lag in der Neukartierung der wissenschaftlichen Landschaft. Für die Osteuropa- und Kommunismusforschung bedeutete dies zunächst einen schmerzhaften Schnitt: Die bislang auf die kommunistischen Systeme angewandten Ansätze schienen ebenso durch den Gang der Geschichte überholt wie ihr Gegenstand. Die wirtschaftswissenschaftliche Sowjetologie und die vergleichende Systemforschung mochten in der Vergangenheit zwar differenzierte Einsichten in die formelle Funktionsweise und die informellen Mechanismen der *soviet-type economies* geliefert haben. Welche Relevanz dieses Wissen für die Zukunft haben sollte, war freilich alles andere als offensichtlich. Nachdem mit dem Sozialismus der letzte Versuch einer nichtkapitalistischen Entwicklung den unausweichlichen Zwängen der Globalisierung gewichen war, so der vorherrschende Eindruck, waren universalistische Theorien der Ökonomie, Politik und Gesellschaft angesagt.[3]

Betroffen hiervon waren über die Osteuropaforschung hinaus all jene Ansätze, die sich regional und kulturell spezifisch gelagerten Entwicklungsproblemen widmeten. Die Entwicklungsökonomie, die den besonderen Anforderungen ungleichgewichtiger, partiell entwickelter und strukturell heterogener Volkswirtschaften Rechnung tragen wollte, war bereits als selbstständige Forschungsrichtung untergegangen (Hirschmann 1981). Die alte Skepsis gegenüber Marktkräften und das Vertrauen in staatlich geleitete Entwicklungsstrategien hatte einem *One-World-Consensus* Platz gemacht, der Regierungen auf fiskalische Disziplin, niedrige Inflationsraten, wettbewerbsfähige Wechselkurse, zur Liberalisierung des Finanzsektors, zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen und auf die Sicherung von Eigentumsrechten verpflichtete (s. Waelbroek

1998, hier 340ff.). Staatliche Industrie- und Strukturpolitik war in diesem neuen Konzept nicht vorgesehen. Eine strategische Wachstums- und Handelspolitik mochten zwar theoretisch möglich sein, für ihre außerordentlich diffizile Implementierung schienen in der postkommunistischen Politik jedoch keine Akteure in Sicht. Dem Staat war primär die Rolle zugedacht, durch Subventionsabbau und Rückzug aus der Geldpolitik die Haushalte zu konsolidieren, sowie durch die Herrschaft des Rechts die neue Eigentumsordnung abzusichern.

Hier lag ein zweiter entscheidender Grund für die hegemoniale Stellung des liberalistischen Diskurses in der Deutung der postkommunistischen Situation: seine Wirkung war nicht auf die akademische Welt beschränkt. Der *One-World-Consensus*, der den *Common Sense* der Entwicklungstheorie ausdrücken sollte, befand sich in Übereinstimmung mit der Programmatik, der sich die US-Administration und die von ihr dominierten Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) seit Ende der 70er Jahre verschrieben hatten und die aus diesem Grund zu Recht als *Washingtoner Konsens* bezeichnet wurde. In ihrer Eigenschaft als Berater oder Mitarbeiter der Weltbank und des IWF waren die Vertreter dieses Paradigmas bereits zur Stelle, bevor sich die Politikwissenschaft und die Soziologie auf das neue Untersuchungsfeld einzustellen begannen und boten den postkommunistischen Reformern eine universale Strategie für den kaum zu leugnenden Stabilisierungsbedarf der osteuropäischen Wirtschaften an, die sich auf mehrfache Erfolge berief. Jeffrey Sachs hatte seine Fähigkeiten in der Beseitigung der bolivianischen Hyperinflation Mitte der 80er Jahre und die Mitarbeit an wirtschaftspolitischen Strategien für Venezuela und Ecuador bewiesen; der Zusammenarbeit Stanley Fischers, des Chefökonoms des IWF, mit führenden russischen Reformern waren Erfolge in der Reduzierung der israelischen Hyperinflation vorausgegangen. Die Übertragung der in aller Welt angewandten Strukturanpassungsprogramme auf die postkommunistischen Verhältnisse erschien demnach nicht als praxisferne Übung oder Ignoranz gegenüber den Besonderheiten der osteuropäischen Situation. Sie war von der Überzeugung geleitet, dass elementare Marktgesetze, monetäre Zusammenhänge und fiskalpolitische Restriktionen in allen möglichen Welten gelten und dass aus der Radikalität marktorientierter Reformen nicht allein die unterschiedlichen Reformerfolge der Transitionsländer zu erklären seien, sondern auch die Stabilität von Reformkoalitionen und die Konsolidierung der Demokratie (Fischer & Sahay 2000; Mussa & Savastano 1999, 23ff.).

Aus dieser universalistischen Programmatik wurden zum dritten klar definierte Maßstäbe zur Bewertung von Reformerfolgen abgeleitet. Die zentralen makroökonomischen Indikatoren schienen eine unzweideutige Sprache zu sprechen: Die Senkung der Inflationsraten, die Ausgeglichenheit der öffentlichen Haushalte, die Anteile der privaten Sektoren am Sozialprodukt, der strukturelle Wandel von überdimensionierten Industrien zu Dienstleistungsbereichen, etc. lassen sich quantitativ ausweisen und zu Liberalisierungsskalen zusammenfassen, auf denen die Fortschritte der verschiedenen Transformationsländer abgetragen werden. Bezogen auf diese Indikatoren konnten Hypothesen über das relative Gewicht der jeweiligen Ausgangsbedingungen, der jeweils eingeschlagenen Strategie, über die Bedeutung einer stetigen Reformpolitik und die Auswirkungen der jeweiligen politischen Koalitionen formuliert und empirisch überprüft werden.[4] Das quasi-experimentelle Design dieses Ansatzes entwickelte sich rasch zur Standartmethodologie der wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Transformationsforschung.[5]

Das Resultat zahlreicher komparativer Untersuchungen bestätigte im Großen und Ganzen ihre Ausgangshypothese: dass die Stabilisierungs- und Wachstumschancen postkommunistischer Länder wesentlich von der Geschwindigkeit und Konsistenz wirtschaftlicher Liberalisierung abhänge, während eine gradualistische Strategie die Anpassungszeit und die Anpassungskosten erhöhe. Die erfolgreichsten Reformländer in Zentralosteuropa, nicht die weit weniger erfolgreichen „Nachhänger" in Südosteuropa, Osteuropa und der früheren Sowjetunion, wurden als der erwartungsgemäße Normalfall angeführt. So galten die Visegrad-Staaten in den späten 90er Jahren als „graduiert": als so weit normalisiert, dass sie auf die speziellen Hilfsprogramme, die zur Unterstützung des Systemwechsels aufgelegt worden waren, verzichten könnten. Diese Einschätzung einer im Großen und Ganzen erfolgreich abgeschlossenen Transformation liegt denn auch den Bilanzen des IWF für die fortgeschrittensten Länder zugrunde.[6] Sie gelten als Beweis dafür, dass die „Transition" keine bloße geschichtsphilosophische Teleologie, sondern eine reale Möglichkeit darstellt: „Some countries are quite close to convergence with the advanced economies" (Köhler 2000, 6).

2. Anomalien und Alternativen – Auf dem Weg zu einem Post-Washingtoner Konsens

In dieser Formulierung des neuen Managing Director des IWF klingt freilich zugleich eine Relativierung an, die eine bemerkenswerte, wenn auch noch recht zurückhaltende Revision des liberalistischen Paradigmas beinhaltet. Denn die Möglichkeit der „Konvergenz" wird von vornherein auf den kleinen Kreis jener *countries in transition* beschränkt, die in dem Zehn-Jahres-Rückblick des IWF als „EU accession countries" reklassifiziert werden (IMF 2000, 113ff.). „Others still face a long journey", wie der lapidare Kommentar zu der weit überwiegenden Anzahl von Ländern lautet (Köhler 2000, 6), für die der Abschied vom Kommunismus zunächst auf einen beschleunigten wirtschaftlichen Abstieg, Korruption und institutionellen Zerfall hinauslief. In der Tat ist die Gruppe der Transitionsländer als Ganzes zu der Weltregion herabgesunken, die im letzten Jahrzehnt den höchsten Zuwachs an Armut verzeichnet (World Bank 2001, 23, Tab. 1.1) Ihre durchschnittliche Wachstumsrate bleibt selbst nach der Zäsur der Asien-Krise weit hinter jener der *emerging markets* zurück. Positiv von diesem ernüchternden Bild heben sich neben den

EU-Beitritts-Kandidaten die ostasiatischen Reformländer ab. Umso gravierender haben sich die postsozialistischen Krisen auf die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und einige südosteuropäische Länder ausgewirkt, die mehrfach in einen Abgrund von Chaos und Anarchie blickten.

Differenzierungen dieser Art sind innerhalb des liberalistischen Paradigmas nur schwer zu erklären. Die für die Rückkehr zu Wachstum und Stabilität immer wieder geforderten „radikalen Reformen" scheinen weder eine notwendige noch eine hinreichende Bedingung zu sein. Die ostasiatische Ländergruppe, insbesondere China, hat sich auf Distanz zu den Politikempfehlungen der Internationalen Finanzorganisationen gehalten und einen eigenen gradualistischen Weg gewählt, der ein stärkeres Gewicht auf institutionelle Stabilität als auf scharf geschnittene Eigentumsrechte legt. Umgekehrt sind die relativen Erfolge der zentraleuropäischen Länder weniger der anfänglich verkündeten „Schocktherapie" zuzuschreiben, als vielmehr der Fähigkeit der postkommunistischen Regierungen, sie pragmatisch mit den innenpolitischen Bedingungen ihrer Umsetzung zu vermitteln. Die schlechtesten Ergebnisse haben radikale Privatisierungsprogramme in einem politisch unzureichend kontrollierten Umfeld erzielt. Vor allem in den post-sowjetischen Staaten sind überstürzte Privatisierungen zum Haupteinfallstor von Korruption und zum Hebel für eine Aneignung des Staats durch neu entstandene Interessengruppen geworden.[7] Nicht die perhorreszierten Bürokraten des alten Systems, sondern die neuen Kapitalisten erweisen sich als größter Hemmschuh für weiterführende Reformen. In allen Transitionsländern waren mehr oder weniger ausgeprägte Probleme auf diesem Gebiet zu beobachten. Ein globaler Blick auf die postkommunistischen Privatisierungen der letzten Dekade konstatiert denn auch bestenfalls *mixed results* (EBRD 1999, 32–34; 119–121, 141–145, hier 33). Verallgemeinerungsfähige Aussagen über das Verhältnis der Methoden, der Geschwindigkeit und der Sequenz von Privatisierungen zur Performance der privatisierten Unternehmen sind kaum auszumachen. Der wichtigste einzelne Faktor, der über die Qualität der Unternehmensführung entschied, war die regulative Kapazität des Staats und seine aktive Rolle in der Restrukturierung und der Herstellung von Wettbewerb.

So ist in die jüngeren Retrospektiven des IWF ein ungewohnt selbstkritischer Subtext eingewebt, der zu einer Neubewertung der gradualistischen Kritik am liberalistischen Paradigma einlädt. Angesichts der unerwartet tiefen postkommunistischen Krisen sind nicht nur Zweifel an den unterstellten wirtschaftlichen Zusammenhängen aufgekommen, sondern auch an der vermuteten „Komplementarität" wirtschaftlicher und demokratischer Reformen: „a different approach by the IMF might have worked better. Perhaps the IMF should have been more sensitive to both to constraints on the practical administrative capacity and to limits on the willingness or political ability of some of the national authorities to push through and sustain rigorous stabilization and reform program" (IMF 2000, 88). Der Sache nach ist dies als späte Bestätigung jener gradualistischen Konzeptionen zu lesen, die bereits zu Beginn der 90er Jahre auf die außerökonomischen Voraussetzungen für erfolgreiche Reformen hingewiesen hatten.[8] Die Korruptionsanfälligkeit von Regierungen und fragile Institutionen haben sich als zentrale Schwachstellen der Reformpolitik erwiesen.

Unter diesen Voraussetzungen verwundert es nicht, wenn die erwarteten positiven *spill-over*-Effekte der wirtschaftlichen Liberalisierung in die politische Arena vielfach ausgeblieben sind. Für eine Reihe von Transitionsländern machte die Annahme einer globalen Welle der Demokratisierung von vornherein keinen Sinn, entweder weil sie erklärtermaßen an einer Einparteienherrschaft festhielten, wie etwa Vietnam und China – oder weil ihnen die Desintegration politischer Strukturen entlang regionaler, ethnischer oder tribaler Konfliktlinien die Voraussetzung für Demokratie entzog: nämlich ein als rechtmäßig angesehenes Staatsgebilde mit legitimen Kriterien der Staatsbürgerschaft.[9] In einigen zentralasiatischen Republiken wiederum wurde der intakt gebliebene Repressionsapparat zur autoritären Stabilisierung genutzt, so dass diese Länder heute zutreffender als konsolidierte Autokratien bezeichnet werden. Selbst in den zentraleuropäischen Ländern haben Korruptionsskandale im Kontext der Privatisierungen, Angriffe auf die Freiheit der Medien und autoritäre Attitüden von einst im Westen als Demokraten gefeierten Politikern[10] der Frage nach der Qualität der neuen Demokratien Brisanz verliehen (Diamond 1996).

Wenn in jüngerer Zeit die riskanten Annahmen der liberalistischen Programmatik verstärkt ins Bewusstsein treten, dann ist das nicht zuletzt die Folge einer kritischen Gegenströmung innerhalb der Internationalen Finanzinstitutionen, die sich in den letzten Jahren auf einen *Post-Washington-Consensus* verständigt hat. Der Erfahrungshintergrund dieser Kritik speist sich aus mehreren Quellen: aus den oben genannten Enttäuschungen über der Verlauf der Transition, die zu einer veränderten Prioritätensetzung motivierten; aus wenig ermutigenden interregionalen Vergleichen der Langzeit-Bilanz radikaler Marktreformen und aus der Einsicht, dass die liberalistische Programmatik zentrale entwicklungspolitische Fehlschläge zu verantworten hat.[11]

Die Konflikte zwischen IWF und Weltbank (s. *The Economist*, Sept. 18th, 1999 u. January 20th, 2001, 73f.) über eine adäquate Konzeptualisierung der postkommunistischen Transformationen hatten sich zunächst in einer aufschlussreichen Inkonsistenz des von der Weltbank 1996 vorgelegten World Development Reports *From Plan to Market* niedergeschlagen. Während Teil I im Stil einer orthodoxen IWF-Studie die Reformergebnisse ganz aus der Stringenz wirtschaftlicher Stabilisierung und unterschiedlichen Ausgangsbedingungen ableitet, problematisieren die folgenden Abschnitte den abstrakten Universalismus der Privatisierungsverfahren, heben die *differing cultures and traditions* der Transitionsländer hervor und verschieben den Akzent auf *long-term institution building* sowie

einen „kompetenten und starken Staat“ (World Bank 1996, 87 u. 93). Bereits die Einleitung dieses Berichts hatte unterstrichen, worin sich der postkommunistische Wandel von Standardprogrammen unterscheidet, nämlich durch seine gesamtgesellschaftliche Dimension und durch seine Pfadabhängigkeit von den wie immer verzerrten sozialistischen Modernisierungserfolgen. In klarer Abkehr von einem *tabula rasa*-Ansatz schien daher ein Übergang zu einem marktkonformen System angezeigt, „without throwing away the achievements of the old“ (World Bank 1996, 123 u. 111).

Die komparative Auswertung von Programmen struktureller Anpassung konnte hieran von vornherein zweifeln lassen. Interregionale Vergleiche der Ergebnisse weltmarktorientierter Modernisierungen ließen vermuten, dass die „politische Ökonomie der Geduld“ (Offe), die den postkommunistischen Bevölkerungen nahe gelegt wurde, auf eine harte Probe gestellt werden würde. Wie viel Zeit sollte sie für den intertemporalen *trade-off* makroökonomischer Reformen, das heißt für einen „kurzfristigen“ Einkommensverzicht im Interesse später einzuerntender Früchte reservieren? In Lateinamerika, der Region, die auf die längsten Erfahrungen mit einer weltmarkorientierten Reformpolitik zurückblicken kann, war in den 80er Jahren eine stark zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen zu verzeichnen, während die durchschnittlichen Reallöhne bis Ende des Jahrhunderts unter das Niveau von 1980 gefallen waren, ohne die Investitionen und internen Ersparnisse bemerkenswert stimuliert oder die Haushaltsdefizite und die Last externer Schulden nachhaltig entschärft zu haben. Der Preis von Desinflationierung, Austerität und „struktureller Anpassung“ ist bis heute zu spüren und hat Rückschläge gegen Reformen und Demokratie provoziert (UN/ECLAC 2000; Stallings & Peres 2000; Karl 2000). Für die postkommunistischen Länder stellen sich nun ganz ähnliche Fragen: wie nämlich Markt, Demokratie und Institutionenvertrauen in zunehmend ungleichen Gesellschaften miteinander zu vereinbaren und wie zu verhindern sei, dass die Erfahrungen der postkommunistischen Krisen in Zynismus und Entfremdung gegenüber den erst formal eingeführten Institutionen umschlagen. Und sie stellen sich hier in verschärfter Form, da der sozialistische Staat ein Anspruchsniveau an sozialer Infrastruktur, Beschäftigung und sozialer Integration etabliert hatte, das kaum aufrecht zu erhalten war.[12]

Good governance war das Stichwort, unter dem die Weltbank seit 1989 auf die enttäuschenden Erfolge der strukturellen Anpassung reagierte, indem sie erweiterte politische Konditionalitäten einführte. Rufe nach *adjustment with transformation* und *second generation reforms* waren erstmals im Kontext gescheiterter Programme in Afrika und Lateinamerika laut geworden. Für die postkommunistische Region wird nun befürchtet, dass sich Adam Przeworskis Prognose von 1990 bewahrheiten könnte: dass der Osten zum Süden abdriftet und die allzu vertrauten Züge des Armutskapitalismus annimmt. Eine gewisse Schuld scheint dabei, wie einer der Autoren von *From Plan zu Market* einräumt, dem abstrakten IWF-Universalismus zuzufallen: „The international financial institutions must bear some of the responsibility for the poor outcomes, since they often insisted on the primacy of economic policy“(Nellis 1999, 16). Der Anstoß zu einem „Neuen Entwicklungsparadigma“ ergab sich also aus einer Konvergenz negativer Erfahrungen mit der Politik struktureller Anpassung: „The Washington consensus failed to deliver on its promise“ (Rodrik 2000, 2). Niemand anderes als John Williamson, dem der *Washington Consensus* seinen Namen zu verdankten hatte, legte den Finger auf den entscheidenden Punkt: „Policy needs to shift back from cutting a state that had become bloated to strengthening a number of key state institutions whose efficient functioning is important for rapid and/or equitable growth“ (in *The Economist*, Nov. 30th, 1996, 26).

Damit ist zugleich die Richtung angezeigt, in die der *Post-Washingtoner Consensus*[13] zielt. Das Gewicht, das dem Konzept der *second generation reforms* nun beigemessen wird,[14] gibt zu erkennen, dass die „radikalen Reformen“ an der Oberfläche gesellschaftlichen Wandels verblieben waren. Mit Forderungen nach *good governance* wird die abstrakte Antithese zwischen Staat und Markt dahingehend bewegt, dass der Politik eine positive Rolle in der Herstellung einer adäquaten institutionellen Umwelt von Märkten zugewiesen wird. Institutionelle, politische und verfassungsrechtliche Überlegungen erhalten Vorrang vor wirtschaftlichen Kriterien im engeren Sinn. Die Vorstellung, dass die Transition in erster Linie eine Angelegenheit entschiedener Politiker und radikaler Politikmuster sei, ist der Einsicht gewichen, dass selbst die besten Intentionen mangels geeigneter Institutionen und gesellschaftlicher Kohäsion allzu leicht in ihr Gegenteil umschlagen. Deutlicher Ausdruck dieses Sinneswandels ist, dass nun selbst Jeffrey Sachs einen weitergefassten Ansatz vertritt: „assessment of reform performance might be very misleading if it is not recognized that economic reforms are just a small part of large scale of constitutional transition“ (Sachs, Woo & Yang 2000, 42).

Insofern hat man realisiert, dass es bei den postkommunistischen Transitionen um ein mehrdimensionales Spektrum von Zielen geht, die gegen Ende der 90er Jahre zum neuen entwicklungspolitischen Paradigma eines *Comprehensive Development Framework* (CDF) zusammengestellt wurden. Der Grundgedanke dieses Paradigmas dreht sich um das originär soziologische Problem, Transformation als gesamtgesellschaftlichen Wandel aufzufassen, der sich auf die administrative Kapazität der Politik, Prozesse der Demokratisierung und gesellschaftlichen Aktivierung, auf Marktreformen und neuzudefinierende Normen sozialer Gerechtigkeit gleichermaßen erstreckt. Die sozialen, institutionellen und organisatorischen Strukturen der postkommunistischen Gesellschaften erscheinen aus dieser Sicht nicht als Externalität von Marktprozessen, sondern als essentielle Voraussetzung für eine Institutionalisierung funktionsfähiger Märkte und einen hinreichenden Grad an sozialer Kohärenz. Um die hier lauernden interinstitutionellen Integrationsprobleme zu lösen, scheint ein Rückgriff auf

regionales Wissen und lokale Akteure weit eher angezeigt, als die Verallgemeinerung eines partikularen Modells von Kapitalismus (Rodrik 1999). Aus diesem Grund rückt der CDF politische Konditionalitäten in den Mittelpunkt: Demokratie gilt als beste Meta-Institution zur Beilegung sozialer Konflikte, zur Stimulierung von „long-term equitable growth" und der Evolution „guter Institutionen". Die Entwicklung einer *civil society* wird zum „größten einzelnen Faktor der Entwicklung" aufgewertet (Wolfensohn 1999, 25f.; Ritzen, Easterley & Woolcock 2000).

Dieser veränderte Ansatz wurde in den offiziellen Verlautbarungen des IMF zunächst als Ergebnis pragmatischen Lernens vorgestellt, das in verstärkter Zusammenarbeit mit anderen UN-Organisationen, die weiter gefasste Ziele als der IWF vertreten, zu implementieren sei. Tatsächlich ist er erst nach harten Auseinandersetzungen auf die programmatische Ebene der wichtigsten multilateralen Entwicklungsorganisationen vorgedrungen. Inzwischen hat sich auch die OECD zumindest auf rhetorischer Ebene der gesamtgesellschaftlichen Perspektive des CDF angeschlossen: „to take more fully into account how markets, societies and governance interact and evolve."[15] Und nicht zufällig hat das Ende 1999 gegründete *Global Development Network*, ein weltweiter Zusammenschluss von Forschungs- und Politikberatungsinstituten, seinen Focus auf die postkommunistischen Reformen gerichtet und seine zweite große Konferenz im Dezember 2000 einem disziplinübergreifenden Thema gewidmet: „Beyond Economics: Multidisciplinary Approaches to Development."

3. Folgen für die Transformationsforschung und Transformationstheorie

Einstweilen ist noch nicht abzusehen, wie weit sich die praktische Politik der Internationalen Finanzinstitutionen an dem neuen Paradigma orientieren wird. Die andauernden Auseinandersetzungen um die entwicklungspolitische Rolle der Internationalen Finanzinstitutionen lassen jedoch vermuten, dass zwar die Zeiten eines selbstgewissen „Washingtoner Konsenses" vorüber sind. Ob die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts zu einer vergleichbar geschlossenen Programmatik führen werden, mag hier dahingestellt bleiben.

In theoretischer Hinsicht sind die Kontroversen um einen *Post-Washingtoner Konsens* insofern von Bedeutung, als sie die von der akademischen Sozialwissenschaft seit längerem gehegten theoretischen Vorbehalte auch auf jene institutionelle Ebene heben, auf welcher der neoliberale Diskurs seine Meinungsführerschaft entfaltete. Man kann also vermuten, dass infolge des erweiterten Verständnisses von gesellschaftlicher Transformation, das sich im CDF artikuliert, differenziertere sozialwissenschaftliche Ansätze gefordert sein werden. Das betrifft zum Ersten den Begriff der Transformation, zum Zweiten die Themen, die in der Transformationsforschung eine prominentere Rolle spielen werden und nicht zuletzt die Stellung der *Post-Communist Studies* innerhalb der Transformationsforschung, die durch einen falsch verstandenen Gegensatz zwischen *Area Studies* und allgemeiner Sozialtheorie eher verdunkelt wurde.

Angesichts der Diversifizierung der postkommunistischen Entwicklung ist ein Begriff von Transition, der einen universellen Trend zu Marktwirtschaft und Demokratie unterstellt, aus sachlichen und methodischen Gründen nicht mehr zu halten. Die Unterschiede zwischen den *countries in transition* können nicht mehr schlicht auf verschiedene Ausgangsbedingungen und einen unterschiedlich ausgeprägten Reformwillen zurückgeführt werden. Die Bereitschaft und die Fähigkeit, eine konsequente Politik durchzuhalten, verweisen auf politische und institutionelle Faktoren, die ihrerseits erklärungsbedürftig sind. Die Dynamik der postkommunistischen Reformen des zurückliegenden Jahrzehnts wurde, in anderen Worten, von nichtlinearen Effekten im Schnittfeld von Wirtschaft, Politik, Sozialstruktur und Kultur geprägt, die ein *single-factor theorizing* ausschließen. So überrascht es nicht, dass trotz verlängerter Zeitreihen und einer recht hohen Zahl von Fällen keine deduktiv-nomologische Theorie der Transformation zustande gekommen ist. Die hierfür präsentierten „kausalen" (d.h. statistischen) Relationen zwischen Politikmustern und Reformergebnissen sind nach 10 Jahren Forschung in eine Reihe mehr oder weniger systematisierbarer Einzelfälle auseinander gefallen, die den strengen Ansprüchen einer quasi-experimentellen Empirie nicht genügen. Die insbesondere von Ökonomen behaupteten analytischen Zusammenhänge zwischen politischen Maßnahmen und Ergebnissen haben sich in einem solchen Ausmaß als kontextsensitiv erwiesen, dass qualitative Indikatoren, Einzelfallstudien und deskriptive Rekonstruktionen von Entscheidungssituationen unvermeidlicherweise einen hohen Stellenwert eingenommen haben. In diesem Sinne kann man die erstaunliche Selbstkritik des gegenwärtigen Direktors der IWF am abstrakten Universalismus seiner eigenen Organisation verstehen: „there are as many transition paths as transition economies: one size does not fit all. Every nation has found or needs to find its own path toward a market economy. Domestic ownership of the reform process is most likely to take root when the policy agenda is 'homegrown' and reflects national preferences, culture, and institutions" (Köhler 2000, 2).

Wenn die *countries in transition* demnach keinen universellen Pfad durchschreiten, dann versteht man unter „Transformation" besser ihre Reaktion auf die sie gemeinsam charakterisierende Problemkonstellation, die sich einerseits aus dem wirtschaftlichen, sozialstrukturellen und institutionellen „Erbe" der unhaltbar gewordenen Planwirtschaften ergibt, die andererseits in den Anpassungszwängen an eine globalisierte Weltwirtschaft besteht. Wie die einzelnen Länder diese Herausforderungen bewältigen, lässt sich schon deshalb nicht prognostizieren, da zwischen der Ausbildung von Märkten und außerökonomischen Institutionen keine eindeutige Beziehung besteht

(Rodrik 1999). Und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die Varietät institutioneller Muster, die den fortgeschrittenen kapitalistischen Demokratien ohne weiteres attestiert wird (Kitschelt et. al. 1999), nicht auch für die postkommunistischen Gesellschaften gelten sollte.

Das heißt nicht, dass die Transformationsforschung hierüber ihre Konturen verliert. Statt sich auf die Konvergenz der postkommunistischen Gesellschaften an die Basisinstitutionen eines idealtypischen Kapitalismus zu fixieren, wird sie jedoch ein breiteres Spektrum von Wandlungsprozessen und institutionellen Konfigurationen zur Kenntnis nehmen müssen. Über welche regulativen Institutionen werden die Koordinations- und Informationsdefizite kompensiert, die mit entstehenden Märkten unvermeidlicherweise einhergehen? Über welche rechtlichen Konstruktionen werden Eigentumsrechte in effektive Unternehmenskontrolle überführt? Auf welche Weise werden die sozialen und infrastrukturellen Dienstleistungen aus dem privatisierten Unternehmensbereich herausgelöst, ohne die sozialintegrativen Normen des alten Systems gänzlich zu verabschieden? Welche Institutionen stehen zur Verfügung, um soziale, regionale und ethnisch definierte Verteilungskämpfe aufzufangen?

Wenn die komparative Forschung selbst für die zentraleuropäische Gruppe von Reformländern eine gewichtige Varietät hierauf bezogener Problemlösungen aufzeigt, dann weist das auf die beträchtliche Rolle hin, die der postkommunistische Staat für den Verlauf der Transformation spielt. Auch in Zeiten der Globalisierung wird der internationale Wettbewerbsdruck durch die heimische Politik, durch interne Interessenkonstellationen und Präferenzen gefiltert. Auf der anderen Seite zeigt gerade diese Ländergruppe, wie wichtig Regime regionaler Integration für die Konsolidierung nationaler Institutionensysteme sind. Die Reklassifizierung der zentraleuropäischen Länder als *EU-Accession-Group* drückt aus, dass die institutionelle Integrationsstrategie der EU und das damit verbundene Konzept des Institutionentransfers (*Twinning*) ihrer Entwicklung eine Kohärenz und Finalität verleiht, die den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion einstweilen fehlt. Dass dieser „externe Anker" (Roland) entwicklungstheoretisch wichtiger ist als eine unvorbereitete Weltmarktliberalisierung, äußert sich nicht zuletzt in der (verspäteten) Aufwertung regionaler Integrationspolitik seitens der IFIs (IMF 2000, 138–174).

Von hier aus fällt Licht auf die seit einigen Jahren erstaunlich kurzsichtig geführte Kontroverse um das Verhältnis zwischen *Area-Studies* und komparativen bzw. analytischen Ansätzen im Hinblick auf eine Theorie der Transformation. Bereits ein Blick in die Geschichte der *Communist* bzw. *Soviet Studies* hätte zeigen können, dass das Konzept der Regionalforschung und die Modernisierungstheorie (als das umfassendste universelle Theorieprojekt) demselben Zusammenhang entstammen (s. Wallerstein et. al. 1996, 36–48). Selbstverständlich hat sich Talcott Parsons bei der Einordnung des sowjetischen Modernisierungsregimes in seine evolutionäre Theorie der Moderne auf die *Area Studies* seiner Zeit verlassen. Und es würde kaum Sinn machen, Barrington Moores, Gabriel Almonds oder Shmuel Eisenstadts Arbeiten zum sowjetischen und chinesischen Kommunismus gegen ihre Stellung in der allgemeinen Sozialwissenschaft auszuspielen. Auf der anderen Seite war die Sowjetforschung von Alex Inkeles bis Jerry Hough an der Durchsetzung analytischer und vergleichender Verfahren beteiligt. Schließlich darf daran erinnert werden, dass der Anstoß zur Globalisierungsdiskussion, den wir der Weltsystemtheorie verdanken, aus einer regionalwissenschaftlichen (zunächst auf Afrika bezogenen) Problematik hervorgegangen ist.

Wie es scheint, ist ein Gutteil des Streits um den Stellenwert der Osteuropaforschung und der *Post-Communist Studies* für eine Theorie der Transformation der Reifizierung einer methodischen Differenz geschuldet: als wäre den *Area Studies* ihr Forschungsfeld gleichsam geographisch vorgeben, während die analytische Sozialwissenschaft auf raum-zeitlich universale Entwicklungsgesetze zielt. Tatsächlich lag den *Area Studies* die zweifache methodische Prämisse zugrunde, dass es sinnvoll sei, Regionen, die gewisse kulturelle, historische, sprachliche oder politische Gemeinsamkeiten aufweisen, als ein Untersuchungsfeld zu behandeln, auf dem durch die Koordination der sozialwissenschaftlichen Disziplinen ein „Synthesegewinn" (Elias) zu erzielen sei. Und tatsächlich war die sachlich begründete Abgrenzung von Regionen die Voraussetzung sowohl für intra- als auch für interregionale Vergleiche von Entwicklungsprozessen. Das heißt umgekehrt, dass Modernisierungen immer schon als regional differenzierte Vorgänge aufgefasst wurden, in denen wechselnde Zentren variablen Peripherien gegenüberstanden. Aus diesem Grund legt auch die jüngere Globalisierungstheorie großes Gewicht auf Prozesse der Lokalisierung.[16]

Auf dieser Linie lassen sich auch die Differenzierungen der postkommunistischen Transformationen begreifen. Die Gruppe der *Countries in Transition* lässt sich als eine große Region auffassen, deren Problematik sich aufgrund ihrer gemeinsamen Vergangenheit einerseits von der der klassischen Entwicklungsländer, andererseits von der entwikkelter Demokratien unterscheidet. Für die Analyse dieser umfassenden Problematik, die mit gutem Recht als „New Great Transformation" bezeichnet wurde, sind (Neo-)Modernisierungsansätze zuständig, die ihre Vergleichsdimensionen aus der westeuropäischen Nachkriegsmodernisierung oder dem Aufstieg des südostasiatischen Modernisierungspols beziehen. Die regionale Differenzierung der Transformationsproblematik zu begründen, die zahlreiche Untergruppierungen nach sich gezogen hat, bleibt dagegen Aufgabe der *Area Studies*. Diese können nicht auf die Funktion zurückgeschnitten werden, die *initial conditions* für ein universales Szenario zu ermitteln. Lokales Wissen und regionalwissenschaftliche Expertise bleiben unverzichtbar, um die Dynamik historischer Konfliktformationen, Herrschaftstraditionen, geopolitische

Selbstverortungen und die „lange Dauer“ konstruierter kollektiver Identitäten zu verstehen. Und man kann vermuten, dass die Umsetzung des CDF zu einer verstärkten Nachfrage nach regionalwissenschaftlichen Kompetenzen führen wird.

Neue Herausforderungen an die *Area Studies* ergeben sich andererseits daraus, dass sich die in jüngerer Zeit unterschiedenen (Sub-)Regionen vielfach überlappen und variabel gestalten. Offensichtlich fällt ihnen ihr Gegenstandsbereich nicht als geographische Tatsache zu, sondern bedarf theoretischer Begründungen, die von den jeweils verfolgten Fragestellungen abhängen. Diese Fragestellungen haben sich zweifellos verändert. Viele Kontroversen der Osteuropa- und Kommunismusforschung sind heute zur Angelegenheit historischer Rekonstruktionen geworden.[17] Für die neuen Problemlagen sind Theorien des Nationalismus, der Demokratisierung und der regionalen Integration gefragt. Die Zukunft der Osteuropaforschung wird freilich nicht nur davon abhängen, ob sie diese Theorien in ihren Interessenhorizont einzulesen versteht, sondern auch von den Impulsen, die sie zu ihrer Weiterentwicklung abgibt.

PD Dr. Klaus Müller *lehrt Soziologie am Osteuropa-Institut der FU Berlin.*

Literatur

Bönker, Frank, Klaus Müller & Andreas Pickel 2000: Cross-Disciplinary Approaches the Postcommunist Transformation, in dies. (eds.) 2001: Postcommunist Transformation and the Social Sciences: Cross-Disciplinary Perspectives, New York: Rowman & Littlefield. i.E.

Diamond, Larry 1996: Is The Third Wave Over?, Journal of Democracy, Vol. 7, No. 3, 20–37.

EBRD (European Bank for Reconstruction and Development) 1999: Transition Report 1999. Ten Years of Transition, London: EBRD.

Fish, M. Stephen 1998: Democratization’s Prerequisites, Post-Soviet Affairs, Vol. 14, No. 3, 212–247.

Fischer, Stanley & Ratna Sahay 2000: The Transition Economies After Ten Years, IMF Working Paper WP/00/30, Washington, DC: IMF.

Hellman, Joel S., Geraint Jones & Daniel Kaufmann 2000: Seize the State, Seize the Day. An empirical analysis of State Capture and Corruption in Transition, Paper for the World Bank Annual Bank Conference on Development Economics – ABCDE, April 18–20, 2000, Washington D.C.

Hirschman, Albert O. 1981: Aufstieg und Fall der Entwicklungsökonomie, in ders. 1989: Entwicklung, Markt und Moral, Ffm: Fischer, 40–70.

IMF 2000: World Economic Outlook, October 2000, Washington, D.C.: IMF.

Karl, Terry Lynn 2000: Economic Inequality and Democratic Instability, Journal of Democracy, Vol. 11, No.1, 449–456.

Kitschelt, Herbert et.al. 1999: Convergence and Divergence in Advanced Capitalist Democracies, in dies. (eds.) 1999: Continuity and Change in Contemporary Capitalism, Cambridge: CUP.

Köhler, Horst 2000: The Continuing Challenge of Transition and Convergence, Beitrag zur Konferenz Completing Transition: The Main Challenges, 6. Nov., 2000, Wien.

Kolodko, Grzegorz W. 1999: Transition to the Market Economy and Sustained Growth. Implications for the Post-Washington Consensus, Communist and Post-Communist Studies, Vol. 32, 233–261.

Merkel, Wolfgang 1994: Systemwechsel, Bd.1, Opladen: Leske+Budrich.

Müller, Klaus 1998b: Postsozialistische Krisen, in ders. (Hg.) 1998: Postsozialistische Krisen. Theoretische Ansätze und empirische Befunde, Opladen: Leske + Budrich., 177–249.

Müller, Klaus 2001a: Countries in Transition? Entwicklungspfade der postkommunistischen Gesellschaften, in Mänicke-Gyöngyösi, Krisztina (Hg.) 2001: Zehn Jahre Wende in Osteuropa – Ergebnisse und Perspektiven ins 21. Jahrhundert, i.E.

Müller, Klaus 2001b: Totalitarismus, Modernisierung und Transformation, Opladen: Leske + Budrich, i.E.

Müller, Klaus 2001c: Konkurrierende Paradigmen der Transformation, in Hopfmann, Arndt & Michael Wolf (Hg.) 2001: Transformationstheorie. Stand, Defizite, Perspektiven, Hamburg: LIT, i.E.

Mussa, Michael & Miguel A. Savastano 1999: The IMF-Approach to Economic Stabilization, IMF Working Paper WP/99/104, Washington, D.C.: IMF.

Naim, Moises 2000: Washington Consensus or Washington Confusion?, Foreign Policy, Spring, 86–103.

OECD/DAC 2000: Report on Development Co-operation, February 2000, Paris: OECD.

Robertson, Roland 1995: Theory, Specificity, Change: Emulation, Selective Incorporation and Modernization, in Grancelli, Bruno (ed.) 1996: Social Change and Modernization. Lessons from Eastern Europe, New York: DeGruyter.

Roland, Gérard 2000: Transition and Economics. Politics, Markets and Firms, Cambridge, Mass: MIT.

Rodrik, Dani 1999: Institutions for High Quality Growth: What They Are and How to Aquire Them, Paper delivered at the IMF Conference on Second Generation Reforms, Wash. D.C.

Sachs, Jeffrey; Wing Thye Woo & Xiaokai Yang 2000: Economic Reforms and Constitutional Transition, CID Working Paper, No. 43, April 2000: Harvard University.

Sanger, David E. 2000: The Clinton Legacy. Economic Engine for Foreign Policy, New York Times, Dec. 29, 2000.

Sartori, Giovanni 1991: Rethinking Democracy: Bad Polity and Bad Politics, Inter. Social Science Journal, No. 129, 437–450.

Stiglitz, Joseph E. 1998a: More Instruments and Broader Goals: Moving Towards the Post-Washington Consensus, WIDER Annual Lectures, January 2nd, 1998, Helsinki: World Institute for Development Economics Research.

Stiglitz, Joseph E. 1998b Towards a New Paradigm for Development: Strategies, Policies, and Processes, Prebisch Lecture at UNCTAD, Geneva, October 19, 1998.

UN/ECLAC 2000: The Equity Gap. A Second Assessment, Santiago: ECLAC.

Waelbroeck, Jean 1998: Half a Century of Development Economics: A Review Based on the „Handbook of Development Economics“, The World Bank Economic Review, Vol. 12, No. 3, 323–352.

Wallerstein, Immanuel et. al. 1996: Open the Social Sciences, Stanford: Stanford University Press.

World Bank 1996: From Plan to Market, World Development Report, Oxford: OUP.

World Bank 2000: Making Transition Work for Everyone, Washington, D.C.: World Bank

World Bank 2001: Attacking Poverty, World Development Report 2000/1Washington D.C.: World Bank.

Williamson, John 1990: What Washington Means by Policy Reform, in ders. (ed.) 1990: Latin American Adjustment: How Much Has Happened?, Washington, D.C.: IIE, 5–20.

Williamson, John 1999: What Should the Bank Think About the Washington Consensus?, Background paper to the World Bank's World Development Report 2000, Washington, D.C.: IIE.

Wolfensohn, James D. 1999: A Proposal for a Comprehensive Development Framework, Mimeo, Wash., D.C.: World Bank.

Ritzen, Jo; William Easterly & Michael Woolcock 2000: On „Good" Politicians and „Bad" Policies: Social Cohesion, Institutions, and Growth, WPS 2448, Wash. D.C.: World Bank.

---

[1] Für seine ursprüngliche Formulierung s. Williamson 1990, auch wenn dem Urheber dieses Terminus die damit verknüpften Assoziationen im Nachhinein nicht unbedingt als hilfreich erscheinen (Williamson 1999). Die entsprechende außenpolitische Philosophie der Clinton-Administration resümiert Sanger 2000.

[2] So die mittlerweile klassische Formulierung Sartoris (1991, 448). Dieselbe Annahme lag auch der politikwissenschaftlichen Systemwechsel-Forschung in der Bundesrepublik zugrunde; s. Merkels (1994) programmatische Einleitung zum ersten Band einer mittlerweile auf fünf Bände angewachsenen Forschung.

[3] Siehe hierzu die Beiträge von Gregory und Cooper im „Berliner Osteuropa Info" 15/2000.

[4] Die Weltbank (1996, 24ff.) maß den Fortschritt der Reformen in den vier Dimensionen des Liberalisierungsgrads, des Umfangs der Privatsektoren, der institutionellen Restrukturierung und des Einsatzes von Sozialpolitik und unterteilte dementsprechend die 26 postkommunistischen Länder in Osteuropa und Asien in vier Gruppen. Dieser Standardmethodologie folgen auch die zahlreichen Retrospektiven auf das erste Jahrzehnt der Transformation, für die Fischer & Sahay 2000 repräsentativ sind.

[5] Auch hier wurde nach dem Vorbild ökonometrischer Analysen zumindest die Attitüde harter kausaler Aussagen über den Zusammenhang zwischen möglichst quantitativ operationalisierten Variablen gepflegt, etwa dem Modus der Machtablösung, dem Ausgang der ersten nachkommunistischen Wahlen, der Abschirmung der Exekutive vor Stimmungen in der Bevölkerung, dem Fragmentierungsgrad des Parteiensystems, der Stellung des Finanzministers im Kabinett usw. einerseits und den Reformerfolgen bzw. dem Demokratisierungsgrad andererseits getroffen.

[6] Repräsentativ hierfür sind Fischer & Sahay 2000. Die vom IWF speziell für die Transitionsländer in den frühen 90er Jahren aufgelegten Programme wurden „System-Transformations-Fazilitäten" (STF) genannt, um den außergewöhnlichen Tiefgang des postkommunistischen Wandels auszudrücken.

[7] Zum Konzept des *state-capture* s. Hellman, Jones & Kaufmann 2000.

[8] Eine zusammenfassende Darstellung der gradualistischen Perspektive gibt jetzt Roland 2000.

[9] Linz & Stephan (1996, 16–37) sprechen hier von einem *Stateness*-Problem.

[10] Lech Wa³êsa erklärte sich 1994 zur Ausübung einer Diktatur im Namen des Volkes bereit; Jelzin räumt in seinen kürzlich erschienenen Memoiren ein, im Jahr 1993 Pläne für die Einführung einer offenen Diktatur entworfen zu haben. Vaclav Klaus hat seine Bereitschaft, einen wirtschaftlichen Liberalismus gegebenenfalls auch gegen einen politischen auszuspielen, im Streit um den Status des öffentlichen Fernsehens bewiesen, der zu den größten Massendemonstrationen seit 1989 führte.

[11] Kolodko (1999, 242f.) führt des weiteren die positiven Erfahrungen Polens zwischen 1994 und 1997 an, die der unorthodoxen „Strategie für Polen" zu verdanken waren.

[12] Das besondere Gesicht der post-kommunistischen Verarmung ist Thema von *Making Transition Work for Everyone*, einer umfangreichen Weltbank-Studie, die aus der Perspektive des CDF geschrieben ist (World Bank 2000).

[13] Eine distanzierende Formulierung, die auf den ehemaligen Chefökonomen der Weltbank zurückgeht (Stiglitz 1998a u. 1998b).

[14] Diesem Thema galt die *IMF Conference on Second Generation Reforms* im Oktober 1999 in New York. Die Problematik des *Washingtoner Consensus* wurde hier insbes. im Beitrag von Moishe Naim (2000) entfaltet.

[15] OECD/ODA 2000, Ch. 5: Converging Views on Development and Development Co-operation at the Turn of the Century. Die Konzepte des CDF sind auch in die neue *Poverty Reduction and Growth Facility* (PRGF) eingeflossen, die der IWF in enger Kooperation mit der Weltbank zu implementieren beabsichtigt. Diese Entwicklung steht in klarem Gegensatz zu konservativen Versuchen, den IWF abzuschaffen oder auf seine „Kernaufgaben" zu reduzieren.

[16] Um die inwendige Verknüpfung von Globalisierung und Lokalisierung auszudrücken, hat Roland Robertson den Terminus der „Glokalisierung" eingeführt und mit dem methodischen Hinweis verbunden, dass Globalisierung keineswegs auf eine bloße Universalisierung westlicher Muster hinausläuft: „The thematization of globalizations places interactions and comparisons at the heart of the discussion; and does not find a polarity in the universal-particular relationsship" (Robertson 1995, 224ff., hier 226).

[17] Was in der bundesdeutschen Diskussion ein ganzes Forschungsfeld in die Gefahr der Selbsthistorisierung gebracht hat: die Zukunft der Osteuropaforschung wurde in der Zeitschrift „Osteuropa" nahezu ausschließlich mit Blick auf die Zukunft der Osteuropageschichtsschreibung diskutiert.

KLAUS MÜLLER
Totalitarismus, Modernisierung und Transformation

Erscheint im Sommer 2001
Opladen: Leske + Budrich Verlag

Fundamental Difference in the Transformation Process between Russia and East European Countries

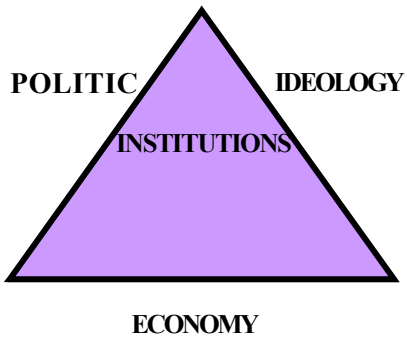
by Svetlana Kirdina, Novosibirsk

The article is aimed at presentation of two alternative types of *institutional matrices* underlying the unique, peculiar path of evolution in Russia and East European countries, both in historical retrospective and nowadays. The theory of institutional matrices, which is being developed by the author, is a new macrosociological hypothesis so far.[1] It is being actively discussed in the social sciences in Russia now. Verification of this concept is to be performed in various ways. One of them is to explain explicit and latent peculiarities of the transformation process in post-communist Europe.

This conception is based on the notion of *basic institutions*. Basic institutions are in-depth and sustainable forms of the "global" social practice, which ensure social reproduction in various types of societies. Basic institutions exist as historic constants and provide for the self-sufficiency and unity of societies, as the latter evolve irrespective of social actors' actions. The main function of basic institutions is to regulate the key subsystems of society: *economy, politics, and ideology*. Sustainable and constant basic institutions are to be distinguished from contingent and numerous *institutional forms* they take in different times and countries.

The historically molded system of basic institutions generates the *institutional matrix* of society (Picture).

As contrasted to the institutional structure, the institutional matrix is not the whole complex of some institutions, but a system of fundamental, inherently inter-related and mutually determining formal and informal social relations, which constitute the framework of the institutional structure of society. The institutional matrix determines the societal type of society and its nature, which is preserved in the course of its historic evolution. It ensures social integration of the state in its origin area environment.



Institutional matrix' scheme

The study of history of ancient and modern states allowed to single out two types of institutional matrices: *eastern (X)* and *western (Y) ones*. The type of matrix depends on the characteristics of the environment. The material-technological environment, external to the society, is characterized by *communality* or *non-communality*.[2] These characteristics develop in the course of historic evolution and, thereby, become increasingly prominent and definite. Communality implies such an organization of material-technological environment, when its parts act as an integral indivisible system; isolation (or taking-off) of a part may lead to a disintegration of the system as a whole. Unified energy systems, central heating and running water systems are examples of communal environment. Non-communality of the material-technological environment is expressed through technological independence of material infrastructure elements and their ability to function on their own. Non-communal environment can function as a totality of isolated technological objects which are able to function independently and do not need to be regulated centrally.

Communal environment determines the formation of the institution matrix which we defined here as X (or eastern) matrix. Non-communal environment determines appearance and development of the Y (or western) institutional matrix.

What is the difference between the X and Y institutional matrices? The X-matrix is formed by a system of basic interconnected institutions of non-market economy, unitary-centralized political system, and the dominating idea of communitarity. Russia, China, and many South-Eastern Asia countries are the examples.

The Y-matrix is formed by a system of basic institutions of market economy, federative political system and the dominating idea of subsidiarity. Most European countries and USA are characterized by this matrix.

Let us first compare the basic economic institutions in each of the institutional matrices (table 1).

Market economy as an institutional complex is based on institutions of private property, exchange, wage labor, competition, and profit as the main regulator of production and feedback mechanism. Market economy phenomenon is well-known and described in detail in economics textbooks.

Non-market economy is an institutional complex within which the flows of goods and services produced (or rights to use them) are necessarily mediated by the Center. This phenomenon has been studied less thoroughly than market economy. Karl Polanyi called such an economy "redistribution economy"[3], Walter Eucken – "centrally-governed economy"[4], and Olga Bessonova – "razdatok-economy"[5].

Basic institutions' functions	Basic institutions' contents	
	Eastern X-matrix (non-market economy)	**Western Y-matrix (market economy)**
property relations	public-service ownership	private ownership
ways of benefits reproduction	collection and distribution	exchange (buying-selling)
character of interaction between the economic agents	coordination	competition
participation in labor	service labor	wage labor
the principle economic law	proportionality	profit

Table 1: Functions and contents of the basic economic institutions in the X- and Y-matrices

The main institutions of the redistribution economy are public-service ownership, institutions of collection and distribution, service labor organization, coordination, and proportionality as the principle economic law ensuring the balance between the collection and distribution flows in the redistribution economy.

Table 2 presents a comparison of basic political institutions[6] characteristic of the X- and Y-institutional matrices.

Five basic institutions constitute the basis of the federative political system by the Y-matrix. Federation as the principle (not the "name") is the fundamental institution for developing territorial organization of such a state. The state government system is built on the basis of self-government and subsidiarity. They mean the priority of rights of a smaller (lower-level) territorial unit over the rights of a larger (higher-level) territorial unit in dealing with social and economic problems of the population living in this territory. The procedure of filling leader positions in all authority structures is regulated by institutions of elections. The process of making the most important decisions is regulated by the institution of democratic majority and the multiparty system. This political institutional system has a feedback mechanism and a mechanism of control over the execution of the decisions made, i.e., the institution of appeals to the court presupposing the existence of an independent judicial system.

In other words, the federative political system is organized from the bottom upwards. This political system is adopted for market economies, states with the dominant role of private property. Market-governed relationships are a condition, a prerequisite, and the reverse side of a federative political system's functioning.

The unitary, or unitary-centralized system of the X-matrix is another type of the institutional political system. Territorial organization of the state is regulated by the institution of administrative-territorial division. In this case, territorial units are ordered hierarchically depending on their contribution to the socio-economic development of the whole state, and this predetermines difference in the scope of rights and responsibilities of territorial units. The government system is based institutionally on the hierarchical authority vertical with the Center on top. In unitary states, paradoxical as it may sound, the Center crowns the power vertical. The procedure of filling leader positions in a government-political structures is regulated by the institution of appointment. This practice implies that leaders in lower-level structures are usually appointed to the posts by higher-level leaders. The principles and procedures of making important decisions are regulated by the institutions of all-nation meetings and unanimity. Feedback and control over the execution of the decisions made are exercised by the institution of appeals to above-standing levels of the hierarchical authority vertical with the Center on top. These appeals regulate social relations in the power sphere and serve as a basis for decision making and control in all bodies incorporated in the hierarchical authority vertical. This institution guarantees the rights and protects the interests of the population, collectives, and territorial units of various levels.

Unitary political system corresponds to the redistribution economy. Its mission is to mobilize public resources for achieving pivotal social goals and ensuring efficient functioning of the existing redistribution economic system.

Finally, what are the peculiarities of the basic ideological institutions? For the states with Y (western) institutional matrix, subsidiarity is the main social idea in the sphere of ideology, meaning the principle of priority of I versus We. This means that all public structures are supplementary, whereas the rights of an individual have unconditional priority.

The system integration of states with the X (Eastern) institutional matrix is upheld by the idea of communitarity, which implies the primacy of We versus I and priority of social integrity over the rights of an individual. This idea places values of achieving social well-being over the value of achieving personal well-being.

The fact that a society belongs to a certain type of the institutional matrix means that economic, political, and ideological institutions inherent in it, as well as institutional forms in which they are realized, occupy a dominant position in the society. On the other hand, institutions characteristic of the other type of institutional matrices (and institutional forms related) are supplementary, subordinate and play a compensatory role. Thus, in market economy countries, the institution of the public property and state regulation is always of a complementary character, its goals being to contribute to a more effective functioning of the institutions of private property, to support competition, etc. Similarly, in non-market

Basic institutions' functions	Basic institutions' contents	
	Eastern X-matrix (unitary political system)	**Western Y-matrix (federative political system)**
territorial order of the state	administrative-territorial division	federation
government system arrangement	hierarchical authority vertical with Center on top	self-government and subsidiarity
order of filling government positions	appointment	elections
principles of making important decision	all-nation meetings and unanimity	multiparty system and democratic majority
feedback mechanisms	appeals to above-standing levels of hierarchical authority vertical	appeals to court

Table 2: Functions and contents of the basic political institutions in X- and Y-matrices

economies, such as Russia and China, market institutions, despite their wide-spread appearance, play a compensatory role and do not imply an abolition of public property in its various forms.

The institutional matrices' inability of revolutionary change can be explained by communality or non-communality of the material-technological environment specific to a given society. This means that the institutional matrix preserves its qualitative specificity. Attempts to change the nature of a society's institutional matrix by force, as well as an over-intensive introduction of institutions foreign to it slow down the socio-economic development of the country.

Total dominance of institutions specific to the institutional matrix of this society is also dangerous for the society, if it is not accompanied by a complementary interference of alternative institutions from the opposite matrix. Economic crises of over-production appearing as a result of market relations unregulated additionally by the state, or the collapse of the USSR due to the totalitarian dominance of redistribution institutions and political unitarism, are good examples of such a situation.

Therefore, a conscious development of a society implies a continuous search for an effective combination of basic and supplementary institutions, achievement of an institutional balance which is different for states with X- and Y-institutional matrices.

From this perspective, transformation processes in the countries of Eastern Europe and Russia are both similar, and different. On the one hand, our states undergo the same process of an intensive introduction of institutional forms specific to the Y-matrix institutions, i.e. market economy, federative political system and subsidiarity as the main public idea. Moreover, our states have the same goals – those of achievement higher indicators of socio-economic development of the nations.

On the other hand, there is a fundamental difference. In the course of their transformation process, East European countries restore the dominant position of these institutions, which corresponds to their Y-type institutional matrix. They return to their previous path of historic development, which had been deformed by the postwar Soviet influence. As for Russia, it – irrespective of its political leaders' preferences – on the one hand, aims at the renewal, modernization and restitution of the dominant position of the institutions historically necessary for the redistribution economy, unitary-centralized state and communitarian ideas; and, on the other hand, it is actively introducing market, federative and subsidiary institutional forms (such as private property, competition, elections, court system etc.) necessary for the institutional balance, and adopting them to the structure of our X-matrix.

This is why paths and results of transformation processes are so different in East European countries and in Russia. However, we hope that economic and political contacts, openness of our societies resulting from globalization, as well as the will of our nations and efforts of our academics will contribute to successful change of the *transforming states* within the evolution specific to them, determined by the nature of their institutional matrices.

***Svetlana G. Kirdina**, Doctor of Economics and Sociology, Senior Researcher, Department of Sociology, Institute of Economics and Industrial Engineering,Russian Academy of Sciences, Siberian Branch, Novosibirsk, Russia.*
e-mail: kirdina@online.ru

---

1 Kirdina, S. G.: Institutionalnye matritsy i razvitie Rossii, Moskva: TEIS 2000.

2 Bessonova O., Kirdina S., O'Sullivan R.: The Market Experiment in the Housing Economy of Russia. Novosibirsk 1996, p. 17–18.

3 Polaniy K.T.: The Livelihood of Man. New York: Academic Press, Inc. 1977.

4 Eucken W.: Die Grundlagen der Nationalokonomie. Godesberg: Verlag Helmut Kupper 1947.

5 Bessonova, O.E.: Razdatok: institutsionalnaya teoriya khozyaystvennogo razvitiya Rossii. Novosibirsk IEiOPP SO RAN 1999.

6 Kirdina, S. G.: Politicheskie instituty regionalnogo vzaimodeystviya: predely transfomatsii/obshchestvennye nauki sovremennosti, 1998, Nr. 5; Kirdina S. Two Political Institutional Models in Globalization Processes: Convergence or Self-Amplification? in: Russian Today: Sociological Outlook. Moscow: Russian Society of Sociologists, 1999.

Europäische Minderheiten zwischen Globalisierung und Nationalstaat

von Ricard Jordana, Berlin

Minderheiten als ethnologisches Überbleibsel

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus Anfang der 90er tauchte die Frage nach der ethno-kulturellen Zusammensetzung Europas wieder auf. Beinahe ein halbes Jahrhundert lang wurde in den sozialistischen Ländern davon ausgegangen, dass ethnische Minderheiten[1] – sofern sie nicht nach Kriegsende vertrieben worden waren – im Zuge der sozialistischen Modernisierung allmählich aussterben würden, ähnlich wie der Staat, der im Endstadium des Kommunismus seine Daseinsberechtigung einbüßen und Schritt für Schritt verschwinden sollte. Getreu der Lehre des Primats der Ökonomie würde die Entwicklung der Produktivkräfte Ethnien, Kulturen und Sprachen, allesamt vorindustrielle Relikte bäuerlicher Gesellschaften, in einer übernationalen Arbeiterklasse aufgehen lassen.

Dennoch war dieser merkwürdige sozialdarwinistische Blick nicht nur auf die sozialistischen Länder begrenzt. Auch in westeuropäischen Ländern herrschte lange Zeit eine ähnliche Denkweise vor, wenngleich unter umgekehrtem Vorzeichen. Bis 1968 wurden westeuropäische Minderheiten oft als halbfeudale Überreste angesehen, die der nach dem 2. Weltkrieg einsetzenden Beschleunigung der kapitalistischen Modernisierung sowieso nicht standhalten würden.

Die Vergangenheit des Europas der Regionen

Spätestens Mitte der 70er wurde jedoch offensichtlich, dass im Zuge der sozialpolitischen Veränderungen, die einen Großteil Westeuropas nach ’68 erfassten, aus den staatenlosen Ethnien neue soziale Bewegungen gewachsen waren, die etwas Neues darstellten. Die alte Frage der ethnokulturellen Identität wurde mit Themen verknüpft, die sonst als typisch für die Neuen Linken galten, wie z.B. Friedensbewegung, Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen, Umweltschutz, Kampf gegen die Verarmung, usw.

Westeuropäische Sozialwissenschaftler, vorwiegend aus Fachbereichen, die Osteuropa damals nicht zum Forschungsgegenstand hatten, fingen damit an, sich mit dieser neuen Themenkonstellation zu beschäftigen. Nicht wenige Beobachter und auch einige Politiker sahen in diesen neuen Bewegungen ein klares Zeichen des Anfangs vom Ende des Modells „Nationalstaat“. Der Staat verlor ihrer Meinung nach an Legitimität, weil er in vielerlei Hinsicht den Anforderungen einer komplexen Gesellschaft im nachindustriellen Zeitalter nicht mehr gewachsen war. Ethnizität war ein Teil dieser neuen Komplexität und gleichzeitig eine ungelöste Frage, die sich erneut, wenn auch anders, stellte.

Ost-West-Unterschiede

Während des Kalten Krieges waren nationale Minderheiten in den Ländern Mittel- und Osteuropas tatsächlich genauso wenig ausgestorben wie im Westen. Dennoch bestand hierbei ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Ost und West. Im Gegensatz zu Westeuropa werden die meisten nationalen Minderheiten Osteuropas Kulturnationen zugezählt, die über einen eigenen Staat verfügen. Daraus ergibt sich eine wichtige außenpolitische Dimension, die im Falle der Minderheiten Westeuropas – mit wenigen Ausnahmen – ausbleibt. Deshalb wird im Falle Westeuropas auch manchmal über „staatenlose Völker“ gesprochen.

Die außenpolitische Relevanz trug dazu bei, dass das Vorhandensein von ethnischen Minderheiten in einer Region, die nach dem Zerfall des Kommunismus einem raschen Wandel ausgesetzt war, von nicht wenigen Osteuropaexperten in erster Linie als zusätzlicher Risikofaktor für die europäische Friedensordnung und den Übergang zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung angesehen wurde. Der sicherheitspolitische Ansatz dominierte also fortan die Überlegungen im Osten, während im Westen das Thema autochthone Ethnizität immer noch strikt im innenpolitischen Bereich angesiedelt bleibt. Daran hat die EU nichts Wesentliches geändert.

Kalter Krieg – Transition – Globalisierung

Die Paradigmen „Wettbewerb der Systeme“ und „Transition”, die nacheinander die Debatte über die Gesellschaften Osteuropas beherrscht haben, werden jetzt von einem neuen Paradigma abgelöst, dem Phänomen der Globalisierung. Unter dem ersten Paradigma, der Konfrontation zwischen gegensätzlichen Systemen, waren Minderheiten von der Bühne der Geschichte verschwunden. Es gab keine Schnittstellen zwischen Großmachtpolitik und Ethnizität, es sei denn, man meinte politische und kulturelle Unterdrückung oder gar drastischere Maßnahmen in Bezug auf andersartige Volksgruppen. Unter dem Paradigma der Transition traten Minderheiten langsam aus dem Schatten ihrer vermeintlich archaischen Vergangenheit und taten die ersten Schritte in Richtung Gleichberechtigung. Nach und nach stellte sich heraus, dass nicht alle ethnokulturellen *offenen Fragen* per definitionem zu sicherheitspolitischen Brennpunkten werden mussten. Vielmehr hing die Intensität einzelner Konflikte von der politischen Kultur der Eliten im jeweiligen Staat ab. Also wurden sicherheitspolitische Ansätze im Laufe der Zeit durch zivilrechtliche abgelöst. Es wurde versucht, Minderheitenrechte in den neuen Verfassungen zu verankern, um eine

möglichst einwandfreie Funktionsweise der jungen Demokratien zu gewährleisten. Die Tatsache, dass beim Erarbeiten solcher Modelle die Erfahrungen von westeuropäischen Minderheiten keine nennenswerte Rolle spielten, wirft einige interessante Fragen auf.

Identitäten im Sog der Globalisierung

Die Globaliserung ist dabei, den Sachverhalt „Identität" umzudefinieren. Beschleunigte, weltweite Kapital- und Informationsflüsse untergraben den Alleinvertretungsanspruch des Nationalstaates. Kulturelle Identität ist nicht mehr ausschließlich als Produkt einer nationalen Kultur in herkömmlichen Sinne vorstellbar. Außerdem haben Migranten aus anderen Erdteilen schon seit einigen Generationen die westeuropäischen Kulturen wesentlich mitgestaltet.

Nach Ansicht des britisch-ungarischen Sozialwissenschaftlers George Schöpflin befinden sich zur Zeit die großen, klassischen, westeuropäischen Nationalstaaten in der Defensive. Konfrontiert mit den Herausforderungen, welche die Globalisierung mit sich bringt, sammeln sie neue Erfahrungen. Ihres tradierten universalistischen Anspruches durch die *new global culture* US-amerikanischer Provenienz enthoben, entdecken sie die eigene Ethnizität wieder, die im Laufe des imperialen Zeitalters unter dem Deckmantel der übernationalen Weltmacht versteckt geblieben war. So werden z.B. ehemalige Weltsprachen wieder zu Nationalsprachen, die mit bestimmten lokalen Kulturen identifiziert werden können und vor äußeren Einflüssen geschützt werden müssen. Insofern hat die Globalisierung die verschüttete Ethnizität von selbsterklärten Universalisten freigelegt, was wiederum das geläufige Bild von Minderheiten als ausschließlichen Vertretern der „Identitätsversessenheit" in einem neuen Licht erscheinen lässt.

Minderheit – Globalisierung – Nationalstaat

Dennoch kann angezweifelt werden, ob die Globalisierung tatsächlich den Nationalstaat gänzlich aufheben und ihn in einer neuen, wie auch immer gearteten Identität aufgehen lassen wird, genauso wie auch seinerzeit daran gezweifelt werden durfte, inwieweit sich ethnische Minderheiten im Sog der Industrialisierung – ob sozialistisch oder kapitalistisch – in einem dialektischen Ganzen endgültig mit der vorherrschenden, mehr oder minder geschickt „deethnisierten" staatlichen Identität verschmelzen ließen und somit die Bühne der Geschichte verließen.

Gewiss, die Globalisierung hat den Minderheiten neue Kommunikationsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Das Internet kennt – beinahe – keine Grenzen und fürchtet sich wenig vor Verordnungen seitens kulturpolitischer Behörden. Jahrhundertalte kulturelle Hierarchien sind im Net über Nacht aufgekündigt worden, lange verspottete Sprachen koexistieren dort Seite an Seite mit unangefochtenen Kulturträgern.

Dennoch: Staaten, die eine nationalistische Kulturpolitik betreiben, haben in der Regel mehr Vorbehalte gegen den öffentlichen Gebrauch von nicht-offiziellen Minderheitensprachen auf ihrem Staatsgebiet als gegen das Englische, dessen angeblich übermäßigen Einfluss sie sonst zu bekämpfen vorgeben. Das ist nicht nur der Logik der Realpolitik geschuldet, – es ist um einiges leichter, einen regionalen Sender zu schließen als die Ausstrahlung von CNN oder BBC zu unterbinden – sondern vor allem der Fixierung des Staates auf eine alle übrigen Kulturen ausschließende Ethnizität. Autochthone Minderheiten werden demzufolge als eine latente Gefahr angesehen, die den – mehr oder minder explizit – ethnisch verfassten Staat durch ihre bloße Existenz in Frage stellen.

Demgegenüber kommt die neue globale Kultur von außen, sie mag verunsichern und eine neue Konkurrenz darstellen, lässt aber die metaphysischen Grundfesten des Nationalstaates unangetastet, wenigstens vorübergehend.

Also wird der Nationalstaat, diese klassische Schöpfung der europäischen Moderne, die Wissenschaftler voraussichtlich noch einige Zeit beschäftigen. Die Europäische Union, in ihrer jetzigen Form irgendwie auch ein Produkt der Globalisierung, versteht sich ausdrücklich als Staatenverbund. In letzter Zeit mehren sich die Stimmen entlang der Hauptachse Paris-Berlin, welche die Unverzichtbarkeit der einzelnen staatlichen Kulturen für die Ausübung der Demokratie hervorheben und eine etwaige zukünftige „gesamteuropäische Identität" kategorisch ausschließen. Es ist anzunehmen, dass solche Stellungnahmen auch für die Beitrittsländer in Mittel- und Osteuropa gelten.

Minderheiten in Ost und West mögen gerade von einigen Vorteilen der Globalisierung profitieren, was aber die tatsächliche Aufrechterhaltung ihrer Existenz anbetrifft, werden sie sich noch lange mit dem angeschlagenen und dennoch zähen Nationalstaat arrangieren müssen.

Ricard Jordana *studiert Politikwissenschaft an der FU Berlin.*

---

[1] Das Konzept *Minderheit* ist sehr kontrovers. Einige Wissenschaftler bevorzugen den Begriff „minorisierte Ethnien". Auf diese Debatte kann im Rahmen dieses Beitrags nicht eingegangen werden.

MARTIN BURKERT

Die Ostwissenschaften im Dritten Reich
Teil 1: (1933–1939)

Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2000
771 Seiten, gebunden. Preis ca. 148,- DM
ISBN 3-447-04304-0

Kinder und Wahlen zur Staatsduma. Über den Anfang der Formierung von politischen Grundeinstellungen

von Nikolai Golovin und Vladimir Sibirev, St. Petersburg

Die Öffentlichkeit betrachtet Wahlen als eine Chance, ihre anerkannten Vertreter in die Staatsorgane zu wählen und als Möglichkeit, die Innenpolitik zu beeinflussen. Der Staat ist an einer hohen Beteiligung der Bürger an den Wahlen interessiert, weil er dadurch seine Macht legitimiert. Nicht umsonst versuchen totalitäre Staaten das Defizit an Legitimität durch eine hundertprozentige Wahlbeteiligung zu kompensieren. In den demokratischen Staaten werden die Wahlen als eines der wichtigsten Merkmale der politischen Reife des Menschen betrachtet, der ein bewusstes Mitglied der Zivilgesellschaft ist. Dementsprechend wird die Teilnahme an den Wahlen überall als die erste politische Tugend des Menschen betrachtet, bzw. gilt Nichtbeteiligung als großer Mangel. Deshalb ist die Erforschung der Faktoren, die das Wahlverhalten bestimmen, auch in Russland ein wichtiger Gegenstand der politischen Soziologie.

Abb. 1

Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen in Russland erlauben es, ein Bild des Wahlverhaltens zu entwerfen, die Motive, die Einstellungen, die politischen Sympathien und Antipathien sowie die politischen Umstände des Wahlverhaltens zu rekonstruieren. Die Ergebnisse der dritten Wahlen in die Staatsduma der Russischen Föderation (1999), die Präsidentenwahlen 1996 und 2000, die Wahlen der Legislative und der Leiter der Exekutive in den Föderationssubjekten liefern reiche empirische Daten zum Wahlverhalten, jedoch nur bezüglich der erwachsenen Bevölkerung.

Erkenntnisse über das politischen Verhalten der Jugend in Russland, die noch nicht wahlberechtigt ist, aber bald das Wahlrecht erwerben wird, werden in der politischen Soziologie und Soziologie der Jugend ständig gesammelt. Innerhalb der politischen Sozialisationsforschung konzentriert man sich häufig auf die kritische Phase der Persönlichkeitsentwicklung (14–16 Jahre), in der der Mensch sich an seine soziale Umwelt anpasst und die äußeren politischen und ideologischen Bedingungen und Werte in die eigenen Verhaltensweisen integriert. Daraus entstehen Aussagen über die politische Qualität der Persönlichkeit in der sich wandelnden russischen Gesellschaft, die für die Zukunft von Bedeutung sind. Viel weniger ist in den hiesigen Sozialwissenschaften die Formierung von Grundlagen des politischen Verhaltens bei Kindern des jüngeren und mittleren Schulalters erforscht worden, also in den frühen Phasen der politischen Sozialisation.

Dabei bestätigt schon die alltägliche Beobachtung, dass die jüngeren Schulkinder die führenden Politiker ihres Landes und auch die wichtigsten Parteien gut kennen und dass die politische Welt des Kindes bereits eine geordnete Struktur aufweist. In diesem Zusammenhang muss man berücksichtigen, dass in der internationalen soziologischen Diskussion, z.B. in den USA und in Deutschland, die politische Sozialisationsforschung unter Kindern bereits etabliert ist. Dazu gehören vor allem die Prozesse der Aneignung der wichtigsten Ideen der Macht und der Machtbeziehungen und zwar: der politischen Autorität und der Hierarchie von Herrschaft sowie die Übernahme der parteipolitischen Präferenzen. Familie und Schule werden als wichtige Agenturen politischer Sozialisation betrachtet,während der Einfluss von wichtigen gesellschaftspolitischen Ereignissen auf die Sozialisation von Kindern (aber auch von Erwachsenen) – z.B. der Einfluss des Vietnamkrieges auf die amerikanische Jungend – viel seltener analysiert wird.

Im vorliegenden Aufsatz werden die Ergebnisse einer Studie wiedergegeben, die den Einfluss eines wichtigen gesellschaftspolitischen Ereignisses – der Wahlen zur russischen Staatsduma 1999 – auf Fünftklässler (Alter: 10–11 Jahre) darstellt. Ferner werden einige Aspekte der politischen Erfahrung der ersten zehn Lebensjahre von Kindern unter den Bedingungen der postsowjetischen politischen Realität analysiert. Zu wichtigen Forschungsfragen gehören: 1) Das Wissen der Kinder über die Wahlen, die Abstimmung und deren Sinn, die politischen Einstellungen, die in diesem Zusammenhang entstehen sowie Überlegungen zur Frage, in welchem Sinne man überhaupt von kindlichen politischen Grundeinstellungen sprechen kann; 2) Inwieweit kennen die Kinder die politische Symbolik, die Parteien, Bewegungen und deren Führer, sind bei ihnen schon Sympathien oder Antipathien gegenüber Teilnehmern des politischen Prozesses zu erkennen; 3) Wovon sind die politischen Grundeinstellungen der Kinder abhängig (wenn man darüber aus soziologischer Sicht sinnvoll reden kann), z.B. vom Gruppendruck der Schulklasse vom Geschlecht oder vom Wohnort.

Da die kleinen Schüler noch nicht in der Lage sind, mit einem Forscher zu interagieren, der Fragebögen oder Interviews verwendet, wurden zur Datenerhebung Zeichnungen benutzt. Ein Student der Fakultät für Soziologie der Universität St. Petersburg, der Mitglied der Forschungsgruppe war, kam jeweils eine Woche vor und nach den Wahlen zur Staatsduma am 19. Dezember 1999 (also zwischen dem 13. und 24. Dezember) in den Malunterricht, erinnerte die Schüler an die Wahlen und bat sie zu zeichnen, was sie in diesem Zusammenhang besonders beeindruckt hatte. Um die Freiheit der Schüler zu gewährleisten, wurde mit dem Lehrer vereinbart, dass für die Zeichnungen keine Noten gegeben wurden.

Abb. 2

Dann wurden die Zeichnungen von Studenten unter Leitung der Dozenten mit Hilfe der Inhaltsanalyse bearbeitet. Dabei wurde die Methodik der Sozialisationsforschung von der Sozialpsychologin V. Muchina [1] verwendet, sowie eine ähnliche Studie aus der Bundesrepublik Deutschland – „Kinder und Wahlkampf“ von K. Warsmund – berücksichtigt, bei der die Datenerhebung ebenfalls durch Zeichnungen erfolgt war [2]. Die erhobenen Zeichnungen wurden mit Hilfe des angewandten statistischen Programms SPSS bearbeitet und in den Lehrforschungsseminaren diskutiert und interpretiert. Dabei wurde auch die methodologische Frage erörtert, inwieweit der Begriff „politische Grundeinstellungen“ in Bezug auf derart junge Schüler anwendbar ist. Weiter unten werden wir auch diese Frage unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Diskussion behandeln.

In der Studie wurden serielle Stichproben auf der Basis von Schulklassen benutzt. Die Stichproben stammen aus 40 Schulklassen aus Petersburg, Kronstadt, der nächsten Vororte Petersburgs, der Stadt Gatschina (Gebiet Leningrad), den Städten Pskov und Petrozavodsk, die insgesamt 856 Zeichnungen angefertigt haben, zwei Drittel davon wurden in der Woche vor den Wahlen und ein Drittel im Verlauf der Woche danach fertiggestellt. Die Ergebnisse der Studie sind repräsentativ für Petersburg und die Städte des Nordwestens Russlands bezüglich der Gruppe der 10–11-jährigen Kinder (dieses Alter gilt für das Ende des Jahres 1999). Die zufälligen Abweichungen im Alter von Respondenten – in Petersburg und in Pskov wurde die Datenerhebung in einigen Fällen in ein Jahr älteren oder ein Jahr jüngeren Klassen durchgeführt –, sind ohne Bedeutung, weil sie nur 45 Zeichnungen betreffen.

Als kleine Einführung zur Datenanalyse muss man daran erinnern, dass man gemäß der Methodik von V. Muchina die kindliche Einstellung zum Objekt ziemlich sicher anhand der künstlerischen Mittel der jeweiligen Zeichnung beurteilen kann: Im Falle einer positiven Einstellung werden die Objekte in der Regel akkurat, mit reinen, hellen Farben gemalt. Im Falle einer negativen Einstellung mischen die Kinder die Farben, es entstehen schmutzige Schattierungen, die nur schwer zu deuten sind [3, S. 202–217].

Gewiss, es ist unmöglich nur nach den gewählten Ausdrucksmitteln der Zeichnung sichere, eindeutige Aussagen über die Einstellung des Kindes zu machen, weil dabei auch andere Faktoren eine große Rolle spielen: die persönlichen Fähigkeiten in der Malerei, die Präferenzen bei der Auswahl von Farben, auch die Disziplin des Kindes – dies alles wirkt sich wesentlich auf die Ausführung der Aufgabe aus. So trifft man auf helle, akkurate Zeichnungen, wo die negative Einstellung zum Objekt oft nur durch die Unterschriften oder die Art der Darstellung wiedergegeben ist (z.B. malt das Kind das Symbol der Partei „Jabloko“ – auf deutsch – „Apfel“ – als einen wurmstichigen Apfel).

Die Ausdrucksmittel sagen bereits einiges über die nicht gleichgültige Einstellung der Kinder zu den Wahlen, ja, sogar über ihr Interesse daran aus. So trifft man unter den Zeichnungen oft akkurate, mehrfarbige mit einer realistischen, ausdrucksvollen Bemalung – diese machen mehr als 70% aus. Nur 10–15% der Zeichnungen weisen eine irreale Bemalung der Objekte auf, die manchmal in dunklen, schmutzigen Farben ausgeführt wird. Ungeachtet der Farben beträgt das Verhältnis von akkuraten zu nachlässigen Zeichnungen 77% zu 23%. Dies alles zeigt die positiven als auch negativen Einstellungen der Kinder zu den Wahlen.

Außerdem benutzten die Kinder gern ausgefallene künstlerische Mittel, die sicher ihre Einstellung zum Objekt zum Ausdruck bringen: Symmetrie (34% der Zeichnungen), Hyperbel, Metapher und bildliche Motive (26%), den Trickfilm (20%), seltener Karikatur und Ironie (15%).

Die Jungen haben insgesamt ausdrucksvollere Zeichnungen als die Mädchen gemalt. Bei ihnen trifft man mit 8–10% öfter Symmetrie, Ornament, und bildliche Motive an. Sie verwenden 3,5mal häufiger als Mädchen Trickfilme, 4mal häufiger Karikatur und Ironie (s. Tabelle 1.) Die häufigere Benutzung dieser Ausdrucksmittel von Jungen, besonders der Karikatur und Ironie, spricht wahrscheinlich für ihr größeres Interesse an Politik, für den Versuch, die eigene persönliche Wahrnehmung der politischen Ereignisse zu formulieren, ihre emotionale Einschätzung mit Hilfe der ihnen zugänglichen künstlerischen Mittel wiederzugeben. Andererseits zeichnen die Mädchen etwas akkurater als die Jungen.

Man kann also, ausgehend von den verwendeten künstlerischen Ausdrucksmitteln der Zeichnungen sagen, dass die Kinder sich bereits für die Wahlen interessieren. Bei ihnen formiert sich insgesamt eine positive Einstellung zur Politik, die jedoch schon differenziert ist. Um den Charakter dieser Differenzierung im Detail zu analysieren, wenden wir uns dem Panorama der Motive in den Zeichnungen zu.

Tab. 1: Die Ausdrucksmittel von Jungen und Mädchen in Zeichnungen vor den Wahlen zur Staatsduma der Russischen Föderation vom 19. Dezember 1999 (in Prozent von der Gesamtzahl der Zeichnungen).

	Jungen	Mädchen	Insgesamt
akkurat	41,4	58,6	100
Symmetrie	54,5	45,5	100
Ornament	55,2	44,8	100
Trickfilm	77,1	22,9	100
bildliche Motive, Hyperbeln, Metapher	58,5	41,5	100
Karikatur, Ironie	82,8	17,2	100

Im Folgenden wird bei der Analyse der Daten, besonders bei der Systematisierung von Motiven in den Zeichnungen und bei der Einschätzung der Zeichnungen insgesamt der Begriffsapparat der politischen Theorie verwendet [4, S. 7–20]. Er ist gewiss für die Erforschung der kindlichen Einstellungen zur Politik nicht gänzlich verwendbar, weil er für die Analyse der politischen Einstellungen von Erwachsenen entwickelt wurde. Doch die Ausrichtung des Prozesses politischer Sozialisation des Kindes zur politischen und bürgerlichen Reife, zum Erwerb von politischen Einstellungen und Orientierungen der Erwachsenen erlaubt uns, diesen Begriffsapparat in der vorliegenden Studie zu benutzen. Dennoch ist in der vorliegenden Analyse der politischen Einstellungen in erster Linie die Rede von der Bildung der emotionalen, affektiven Aspekte der Einstellung, dann in gewisser Weise vom kognitiven Aspekt, und es gibt keine hinreichenden Gründe, vom Verhaltensaspekt zu sprechen, wenn wir den klassischen Begriff der sozialen Einstellung, bestehend aus drei Komponenten, verwenden (affektive, kognitive und Verhaltensaspekte).

In Tabelle 2 sind die Daten über die Motive in den Zeichnungen sowie die Gesamteinschätzung der Zeichnungen im Hinblick auf die politischen Grundeinstellungen aufgeführt. In den Zwischenüberschriften 1–6 dieser Tabelle wird die Einstellung zu den Wahlen, d.h. die politische Einstellung des Kindes bzw. der Zeichnung insgesamt wiedergegeben. Die Prozentzahlen in den Überschriften 1–6 sind ohne Berücksichtigung von 223 der 856 Zeichnungen berechnet, bei denen es unmöglich war, die politische Einstellung einzuschätzen. In Spalte 2 ist die Häufigkeit der einzelnen Motive, in Spalte 3 ihr prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Zeichnungen (856) verzeichnet.

Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, können in einer Zeichnung durchschnittlich 3–4 Motive auftauchen. Am meisten verbreitet sind dabei statische Motive, die der Charakterisierung der Wahlen als einem politischen Ereignis gewidmet sind, diese trifft man bei 20–40% der Zeichnungen an. Die dynamischen Motive, die die prozessuale Seite der Politik wiedergeben, sind wesentlich weniger verbreitet, besonders Bilder des politischen Konflikts und der pragmatischen Seite des politischen Prozesses (4% und weniger). Zwischen den erwähnten Polen erstreckt sich ein reiches Panorama von Motiven, das von der Aufmerksamkeit der Kinder gegenüber der Politik, von ihren relativ guten Kenntnissen der politischen Erscheinungsformen zeugt, zumindest von deren äußerer Seite. Wir wollen die erhobenen Daten noch ausführlicher interpretieren, wobei wir, wenn von der politischen Einstellung des Kindes aus der Sicht der Zeichnung als Einheit die Rede ist, die Daten aus den Zwischenüberschriften 1–6 der Tabelle 2 benutzen. Wenn wir die Struktur der Einstellungen diskutieren, stützen wir uns auf die quantitative Analyse der einzelnen Motive (Spalten 2 und 3).

Abb. 3

1. Die politische Identifizierung (42%). Die Motive zur Identifizierung der Wahlen als einer politischen Erscheinung treten am häufigsten auf. Sie werden gewöhnlich in den statischen Bildern realisiert. Am häufigsten sind das eine Wahlurne (manchmal mit der Unterschrift „Die Wahlen ‘99“), die auf 41% der Zeichnungen anzutreffen ist; die Parteiensymbolik (31,5% der Zeichnungen), ihre Popularität überholt sogar die der staatlichen Symbole (20,8 %); das Bild einzelner Politiker (z.B. ein Kandidat zur Deputiertenkammer), die Wiedergabe von Namen von Parteien oder Politikern aus den Fernsehsendungen. Als Beispiel der politischen Identifizierung gilt die Abbildung 1.

Statische Identifikationsmotive äußern gewiss keine bestimmten politischen Einstellungen. Ihr hoher Anteil an den Zeichnungen ist sicher nichts anderes als eine Reflexion über die politische Identifizierung und die Ausbildung der politischen Identität, die schon im Alter von 10–11 Jahren aktiv abläuft. Deshalb wurden die Zeichnungen, die die politische Identifizierung widerspiegeln, in erster Linie im Zusammenhang mit den Daten über die Akzeptanz der jeweiligen politischen Einstellungen analysiert.

Unter den Mitteln der politischen Identifizierung muss man in erster Linie die Aneignung der politischen Symbole nennen und erst danach die Aufmerksamkeit gegenüber politischen Handlungen. So ist die Staatsfahne und das Wappen auf 21% der Zeichnungen anzutreffen, wobei die Fahne der Russischen Föderation fast immer in der richtigen Farbfolge gemalt ist. Das Staatswappen ist den Kindern ebenfalls gut bekannt, obwohl sie es wegen der Komplexität des Bildes selten zeichnen. Die Kinder kennen die Symbole der russischen politischen Parteien bereits ziemlich gut.

Abb. 4

2. Die demokratische Einstellung (20%). In der vorliegenden Studie wird unter „demokratischer Einstellung“ die Verbundenheit mit der Idee des klassischen Liberalismus von der verantwortlichen Auswahl des Bürgers aus mehreren politischen Alternativen verstanden, die sich unter den Bedingungen des politischen Pluralismus entfalten und nicht die Unterstützung der Prinzipien der Sowjetdemokratie, die die Wahlen auf eine reine Akklamation reduzierte, ebenso wenig wie die Sympathie für die LDPR (Liberal-demokratische Partei Russlands) mit ihrem exzentrischen Führer V. •irinovskij. Für die Akzeptanz demokratischer Wahlen bei den Kindern sprechen folgende Motive: der einzelne Wähler mit Interesse an den Wahlen (27%); das politische Flugblatt, die Werbung, das Plakat, einschließlich des eigenen Entwurfs mit klarem Hinweis auf die politischen Präferenzen des Kindes (auch zugunsten der LDPR) (27%); der Wahlzettel mit klarem Vermerk des Namens des Kandidaten, einschließlich der Versenkung desselben in die Wahlurne (9%) usw. (s. Tabelle 2).

Trotzdem sind auf den Zeichnungen die Nominierung eines Kandidaten, die Straßenagitation, die Diskussion zwischen Personen oder Gruppen, die politischen Kundgebungen, Versammlungen, Debatten zwischen Politikern, die Parteienkonkurrenz relativ selten anzutreffen – diese Phänomene machen weniger als 10% aller Fälle aus. Daraus folgt, dass die dynamische Seite der Politik und ihre komplexen, nicht augenfälligen Komponenten (z.B. die Nominierung der Kandidaten) dem Kind von 10–11 Jahren wenig zugänglich sind. Ohne das Demokratieverständnis der Kinder wie auch ihre anderen politischen Einstellungen überzubewerten, kann man sagen, dass ihr Demokratieverständnis ziemlich einfach aussieht.

Dennoch spricht die charakterisierte Gruppe von Motiven, insbesondere die Eigenentwürfe zu agitatorischen Plakaten, für eine sinnhafte persönliche Einstellung der Kinder zu den Wahlen. Daraus kann man folgern, dass sich politische Grundorientierungen schon mit dem 10.–11. Lebensjahr (vielleicht sogar früher) unter Einwirkung des laufenden politischen Prozesses aktiv bilden, insbesondere durch herausragende Ereignisse wie Wahlen. Noch eine Bestätigung dafür sind die Erzählungen der Schüler, dass sich in einzelnen Klassen während des Zeichnens spontane Streitigkeiten über die Politiker, die Sympathien verdienten, entspannten. Manchmal spalteten sich solche Klassen in zwei „Lager“ auf. Als Beispiel für die demokratische Einstellung kann Abbildung 2 dienen.

3. Technisches Verständnis der Wahlen (19%). Das technische Verständnis der Wahlen reduziert diese auf die Abstimmung und die Stimmauszählung. Die Kinder kennen diese Seite der Wahlen gut aus Fernsehsendungen, durch Besuche der Wahllokale mit den Eltern, die ihnen oft erlauben, den Wahlzettel in die Wahlurne zu stecken. Die Abstimmung wird von den Kindern oft mit den Wahlen gleichgesetzt: Es genügt darauf hinzuweisen, dass die meisten Bilder der Abstimmung (203 Motive) in 70% der Fälle am Tag vor der Abstimmung gezeichnet wurden. Zur Illustration des technischen Verständnisses der Wahlen siehe Abbildung 3.

Da die Abstimmung nicht nur eine technische Prozedur ist, sondern auch ein wichtiger Bestandteil demokratischer Wahlen, kann man mit Recht vermuten, dass 19% der Urheber solcher Zeichnungen auch Anhänger einer demokratischen Einstellung sind.

4. Die alltägliche Einstellung (mehr als 7%). Die alltägliche Einstellung äußert sich in der Absage an die politische Beteiligung, als Nichtbeteiligung an den Wahlen. Die Politik wird als „schmutzige Sache“ verstanden, die „den Charakter verdirbt“. Diese politische Einstellung ist in der modernen Gesellschaft sehr verbreitet. Sie ist das große Problem der modernen Demokratie. Deshalb ist es sehr wichtig zu bewerten, inwieweit und in welcher Form diese Einstellung an die jüngere Generation weiter gegeben wird. In den Zeichnungen wird diese alltägliche Einstellung bei den Kindern in beleidigenden Bildern von Politikern, Kandidaten, in Karikaturen, in Korruptionsszenen sowie der Darstellung von Wahlbetrug geäußert (gewöhnlich ist es ein Haufen Geld, ein Dollarregen, der auf den Wähler niedergeht usw. (s. Abb. 4). Hierzu gehören auch die fehlerhaften Motive – Zeichnungen zu anderen Themen, die von der Abwesenheit von Interesse an der Aufgabe zeugen, und sicher an Wahlen und an Politik insgesamt.

5. Die Konflikteinstellung (7%). Sie ist wenig verbreitet, dennoch tritt sie bei 44 von 856 Zeichnungen auf. Sie wird in Motiven, die politischen Aktionen mit Gewaltelementen gewidmet sind, wiedergegeben: Streitigkeiten, Schlägereien, Feuergefechte zwischen politischen Akteuren und an-

dere Erscheinungsformen von Aggression, z.B. Szenen politischen Protests mit Elementen aggressiven Verhaltens. Die Zeichnungen, die dem politischen Konflikt gewidmet sind, haben eine große künstlerische Ausdruckskraft. Hier finden sich in der Regel eine große Menge von Details, die Zeichnungen sind voller Emotionen – sie sind reich an Karikaturen von Politikern, beleidigenden Unterschriften zu Helden der Fabel, Gezänk zwischen Politikern, dargestellt durch die für die kindliche Zeichnung traditionellen „Sprechblasen" (s. Abb. 5). In diesem Fall wie auch in den Zeichnungen insgesamt ist der niedrige Anteil der Massenaktion zu vermerken, was wahrscheinlich für das kindliche Verständnis von Politik als persönliche, nicht kollektive Betätigung spricht, was wiederum mit dem Bedeutungsrückgang der sogenannten „Kundgebungsdemokratie" im letzten Jahrzehnt verbunden ist, die am Anfang der Perestrojka noch sehr verbreitet war.

6. Die pragmatische Einstellung (5%). Die pragmatische politische Einstellung beinhaltet eine Auffassung von Politik und Wahlen als Mittel der sozialen Problemintervention. Eine solche Einstellung ist nur auf 27 Zeichnungen zu finden, was für einen geringen Zugang der Kinder zur konstruktiven Seite der Politik spricht. Motive, die realistischen Versprechen von Politikern sowie den konstruktiven Forderungen der Wähler gewidmet sind, kann man gleichermaßen oft antreffen, weil sie auf derselben Zeichnung sind (s. Abb. 6). Es kann aber sein, dass der geringe Pragmatismus der Kinder mit einer Besonderheit der russischen politischen Mentalität zusammenhängt: Bei Wahlen spielen nicht konstruktive Programme und Ideen die Hauptrolle, sondern die persönliche Autorität von Politikern. Doch auch für erwachsene Wähler sind politische Programme und Konzeptionen wenig interessant bzw. diskussionswürdig.

Abb. 5

Bevor wir die Ergebnisse der Analyse zusammenfassen, muss ihre Vorläufigkeit unterstrichen werden. Mit Rücksicht darauf, dass wir keine Möglichkeit haben, uns – wegen ihrer Mängel – auf den Kontext anderer Forschungen kindlicher politischer Sozialisation in Russland zu stützen, muss man präzisieren, in welchem Sinn man von politischen Grundeinstellungen der Fünftklässler sprechen kann. Es ist kein Geheimnis, dass kindliche Vorlieben sehr instabil sind, wogegen Einstellungen per Definition etwas Stabiles sind.

Diese Aufgabe ist zum Teil durch eine Analyse des Zusammenhangs zwischen den politischen Einstellungen und den Ausdrucksmitteln der Kinderzeichnungen lösbar, zum Teil durch die analytische Einschätzung des Einflusses des Gruppendrucks auf das Kind seitens der Schulklasse und der Bezugspersonen, was im Schulalter von großer praktischer Bedeutung ist.

Abb. 6

Nach den Angaben in Tabelle 3 bestätigt die Farbausführung der Zeichnungen (Anzahl der Farben, Charakteristika der Farbenpalette, die Richtigkeit der Bemalung der Objekte u.a.), dass die Kinder die politischen Einstellungen emotional unterschiedlich ausdrücken, z.B. demokratisch(e) und alltäglich(e). Die statischen Identifikationsmotive werden oft in hellen, reinen Farben mit realistischer Bemalung der Objekte ausgeführt. Noch stärker sind diese Ausdrucksmittel einer positiven Einstellung zum Objekt in den Bildern der Abstimmungsprozedur vertreten. Das heißt, die Kinder nehmen die Wahlen nicht nur als ein selbstverständliches Alltagsphänomen der pluralistischen politischen Welt wahr, sondern auch in ihrer emotionalen Bedeutung als eine Art von Feiertag, und die Abstimmung – als den Höhepunkt einer feierlichen Handlung. Vielleicht tritt durch solch eine emotionale Beziehung eine latente Formierung der Grundeinstellung in Erscheinung, die später in die gereifte politische Einstellung integriert werden wird.

Die Schlussfolgerung bezüglich einer realen Differenzierung der zeichnenden Kinder nach politischen Einstellungen kann man durch eine Analyse der von ihnen verwendeten unterschiedlichen künstlerischen Mittel bestätigen. Bekanntlich äußern die Kinder oft mit Hilfe von Symmetrie und Trickfilm eine positive Beziehung zum Objekt, was in den Identitäts- und technischen Motiven im Falle einer demokratischen Einstellung häufig anzutreffen ist (der ungewöhnlich hohe Anteil von Symmetrie bei der pragmatischen Einstellung zu den Wahlen erscheint wegen des kleinen Anteils solcher Zeichnungen als zufällig).

Karikatur und Ironie sind in der Regel Ausdrucksmittel für eine negative Beziehung zum Objekt. In diesem Fall werden sie oft in Verbindung mit alltäglicher und Konflikteinstellung verwendet. Es ist interessant, dass der Trickfilm (unter Kindern eine beliebte Kunstform) am häufigsten bei einem technischen Verständnis der Wahlen vorkommt, am zweithäufigsten jedoch im Falle der demokratischen Einstellung – was gleichzeitig zeigt, dass diese Einstellung noch nicht durch einen tieferen Gehalt charakterisiert ist.

Die Ausdrucksmittel und künstlerischen Handgriffe bestätigen also die Richtigkeit der Anwendung des Begriffes „politische Einstellungen" in Bezug auf Fünftklässler. Dieser Umstand verringert jedoch nicht die Bedeutung des Gruppendrucks durch die Schulklasse. Zu diesem Zweck wird die Tabelle 4 benutzt, in der sichtbar wird, dass die Einstellungen einen starken Zusammenhang mit der Zugehörigkeit des Kindes zu einer bestimmten Schulklasse haben, und folglich unter dem Einfluss der Bezugspersonen stehen. So dominiert offenbar in 17 aus 34 analysierten Klassen nur eine einzige Einstellung, in 12 Fällen ist das die politische Identifizierung, in den übrigen fünf Fällen die eigentlichen politischen Einstellungen (in den übrigen 6 von 40 Klassen gibt es zu viele Zeichnungen, denen man nur schwer eine konkrete politische Einstellung zuordnen kann, deshalb fehlen diese Klassen in der Tabelle, ihre Folgenummern sind hier weggelassen). Demzufolge kann man in 12 Klassen mit hoher Sicherheit einen Gruppenzwang konstatieren, besonders dann, wenn die ganze Klasse (100% der Schüler) ein und dieselbe Einstellung zeigt, wie z.B. die Hälfte der Klassen von Kronstadt und Pskov.

Dennoch ist der Gruppenzwang nicht immer derartig groß. In zehn weiteren Fällen ist die Klasse in zwei große Lager gespalten, von der jede ungefähr ein Drittel der Schüler mit verschiedenen dominierenden Einstellungen umfasst (es handelt sich hierbei um die obengenannten spontanen „Lager“ innerhalb der Klasse, von denen die Studenten, die die Datenerhebung durchführten, berichtet hatten), wobei bei der Hälfte solcher Klassen eine der dominierenden Einstellungen die Identifizierung ist, die anderen Einstellungen können beliebig sein. Angesichts einer solchen Struktur der Einstellungen kann man sowohl eine Abhängigkeit der Klasse von ihren Bezugspersonen vermuten, als auch, dass keine derartige Abhängigkeit besteht.

In weiteren sechs Klassen sind die politischen Einstellungen ziemlich gleichmäßig verteilt, hier werden keine Merkmale von Gruppenzwang sichtbar. Es liegen also hinreichende Gründe dafür vor, von einer relativ freien Orientierung der Schüler zu sprechen. Mit Rücksicht auf den relativen Zusammenhang zwischen der politischen Einstellung und dem Gruppenzwang in der Klasse kann man präzisieren: Die kindlichen politischen Einstellungen, von denen in der vorliegenden Studie die Rede ist, sind in hohem Maße eher keine individuellen, sondern Gruppeneinstellungen. Wie Gruppen- und individueller Anteil der Einstellungen im konkreten Fall zueinander stehen, hängt von der Gruppendynamik innerhalb der Schulklasse ab. Mit anderen Worten, man kann den Begriff der politischen Grundeinstellung korrekt auf Fünftklässler anwenden, aber nur mit Hinweis auf ihren hohen „kollektiven“ Anteil.

Wir wollen noch zwei andere Faktoren untersuchen, von denen die politische Einstellung abhängt: das Geschlecht des Kindes und sein Wohnort. Man kann feststellen, dass die politischen Einstellungen der Kinder sehr wenig vom Geschlecht abhängen. Bei Jungen und Mädchen gibt es nur Unterschiede bezüglich der Konflikteinstellung und des technischen Verständnisses der Wahlen: Bei den Jungen tritt die Konflikteinstellung zu 9% häufiger auf als bei den Mädchen, und im Falle des technischen Verständnisses ist das umgekehrte Verhältnis zu verzeichnen. Wahrscheinlich steht hinter dieser Proportion kein politischer Hintergrund. Jungen zeigen von Natur aus häufiger aggressives Verhalten als Mädchen, vielleicht zeichnen sie deswegen auch häufiger Konfliktszenen.

Folglich ist ein Ergebnis unserer Analyse der Verbindung politischer Grundeinstellungen mit den sozialstrukturellen Charakteristika, dass es zusätzliche Gründe gibt, sie nicht nur als reine Forschungsinstrumente der Soziologe, sondern auch als objektive Phänomene zu betrachten, die die realen Einstellungen von 10–11-jährigen widerspiegeln. Deshalb ist es ganz berechtigt, die Analyse fortzusetzen und den regionalen Aspekt der politischen Einstellungen (Tabelle 5) zu erörtern.

Vor dem Hintergrund des großen Anteils von Identitätsmotiven und technischem Verständnis der Wahlen und dem niedrigen Anteil eines pragmatischen Politikverständnisses ist in St. Petersburg der Anteil von demokratischen Einstellungen auffällig hoch. Er nimmt in Richtung der Stadtränder und der Vororte ab, nimmt dann aber in den anderen Städten wieder zu (Gatschina, Pskov, Petrozavodsk). Dabei wirft die regionale Verteilung der Einstellungen viele interessante Fragen auf, die außerhalb der Studie geblieben sind.

In dieser Studie wurden die politischen Grundeinstellungen analysiert. Sie gehören in das Gebiet des weltanschaulichen Bestandteils politischer Orientierungen, welches bei den Kindern noch keine rationale Verbindung zu konkreten parteipolitischen Präferenzen, zu Sympathien und Antipathien hat. Diesen Bruch kann man schon allein daran erkennen, dass die populärsten Politiker unter den Kindern nach Angaben der vorliegenden Studie V. •irinovskij und B. El’cin waren, und unter den Parteien – „Jabloko“ und die LDPR.

Abb. 7

In diesem Zusammenhang wird es möglich, die Frage zu beantworten, ob man aufgrund der Analyse von Zeichnungen bei Fünftklässlern von einer Formierung von „Wählerkultur“ und politischen Grundeinstellungen sprechen darf. Ohne Anspruch auf Endgültigkeit kann man sagen, dass die Kinder dieses Alters die Politik aktiv kennen gelernt haben, dass sie sie anhand ihrer sichtbaren Merkmale identifizieren, in diesem Fall anhand der die Wahlen begleitenden Ereignisse und dass sie die politischen Erscheinungen als Einheit wahrnehmen (42% der Kinder). Von den Motiven der Zeichnungen her ist bei Schülern des fünften Schuljahrs bereits politische Erfahrung vorhanden. Sie wissen gut, was Wahlen sind, worin ihr Sinn besteht und wie ihre technische Seite aussieht. Die Kinder haben schon positive wie auch negative Einstellungen zur Politik, die in Übereinstimmung mit der Logik des politischen Pluralismus strukturiert sind.

In dem Maße, in welchem die Kinder auf ihren Zeichnungen die Schranken der einfachen Identifizierung überschreiten, kann man ihre politischen Einstellungen untersuchen. Die Grundlage hierfür ist bei fast 60% der Zeichnungen gegeben (s. Tab. 2). Nach ihrer Analyse kann als gesichert gelten, dass politischer Pluralismus bei heutigen Kindern

des fünften Schuljahres als selbstverständlicher Alltag oder in Worten des Klassikers der soziologischen Theorie, A. Schütz, als „natürliche Einstellung“ wahrgenommen wird. Die jüngere Generation hat ein wesentliches Potenzial für die Akzeptanz von demokratischen Normen und Werten (schon heute ist die demokratische Einstellung unter 20% der untersuchten Kinder verbreitet), und diese werden nicht assoziiert mit Kriminalität, Korruption und Betrug wie bei den erwachsenen Wählern. Weil das technische Verständnis der Wahlen (19% der Kinder) als untrennbarer Bestandteil von demokratischen Wahlen zu verstehen ist, scheinen die Perspektiven der Formierung von Zivilkultur bei der jüngeren Generation Anlass zu Optimismus zu geben.

Gleichzeitig kann man als Ergebnis der Studie mit großer Sicherheit die sich bildende alltägliche politische Einstellung sowie das Konfliktverständnis von Politik bei ungefähr 7% der Kinder unterscheiden. Da das Alltags- sowie Konfliktverständnis von Politik sehr nah beieinander liegen, darf man sie zusammen als negativen Pool von 14–15% der Kinder einschätzen.

Noch weniger ist den Kindern die pragmatische Einstellung zugänglich, d.h. die Wahrnehmung von Politik und insbesondere der Wahlen als Mittel der Lösung von sozialen Problemen, was wegen des zarten Alters der Untersuchten nicht weiter erstaunt. Dennoch trifft man ein solches Verständnis bei 5% der Kinder an. Mehr als alles andere führt uns dieser Umstand vor Augen, dass die Kinder im Laufe der Zeit heranwachsen und die Politik näher kennen lernen werden. Folglich wird die Form der Identifikation unter ihren politischen Einstellungen abnehmen und der Anteil der anderen Einstellungen zunehmen. In 10 Jahren, zur Zeit der Wahlen in die Staatsduma der fünften Legislaturperiode (2009), wird bei der untersuchten Gruppe infolge der Persönlichkeitsentwicklung sowie der Entwicklung des politischen Systems der Gesellschaft eine andere Struktur von politischen Einstellungen entstanden sein, die mit konkreten parteipolitischen Orientierungen verbunden sein wird. Sie kann jetzt noch nicht eingeschätzt werden, aber man kann heute schon sagen, dass sie unter dem politischen Pluralismus eine selbstverständliche politische Realität bilden und anders aussehen wird als bei den heutigen Erwachsenen (wir berühren hier nicht die schwierige Frage, inwieweit in Russland überhaupt wahrer politischer Pluralismus existiert).

Zum Schluss möchten die Autoren dieses Aufsatzes sich bei den Direktoren der Schulen Nr. 111, 203, 204, 264, 265, 296, 387, 421, 547, 586, 610 in St. Petersburg und Kronstadt, der Schule Nr. 3 und der Schule für schöpferische Entwicklung von Gatschina, der Schule Nr. 18 in Petrozavodsk und der Schulen Nr. 4, 8, 12, 15, 16 und 24 in Pskov, insbesondere den Lehrern für Malerei für die Möglichkeit der Datenerhebung in ihren Klassen bedanken.

Aus den Materialien der Studie wurde auf der Webseite der Fakultät für Soziologie der Staatlichen Universität St. Petersburg eine Ausstellung der politischen Zeichnungen der Kinder erstellt. Man findet diese Ausstellung unter *http://www.soc.pu.ru:8101/persons/golovin/ui2000/home.html.*

Dr. Nikolaj Golovin *und* ***Dr. Vladimir Sibirev*** *sind Universitätsdozenten an der Fakultät für Soziologie der Universität St. Petersburg.*

Literatur

[1] Muchina, V.: Izobrazitel‘naja dejatel‘nost rebenka kak forma usvojenija social‘nogo opyta, Moskva 1981.

[2] Warsmund, K.: Kinder und Wahlkampf. Eine empirische Untersuchung zur politischen Sozialisation bei Viertklässlern. Materialien zur politischen Sozialisation: zur sozialwiss. Fundierung der polit. Bildung. B. Claussen (Hrsg.), München 1976). Während der Bundestagwahlen 1972 hat Warsmund 162 Kinder der 4. Klasse in zwei Mittelschulen in Kleinstädten von Niedersachsen untersucht.

[3] Muchina, V.: Izobrazitel‘naja dejatel’nost’ rebenka kak forma usvojenija sozial‘nogo opyta, Moskva 1981, S. 202–217.

[4] Innenpolitik und politische Theorie, Opladen 1976.

Zehn Diskussionsthesen zur Politik des wiedervereinigten Deutschland gegenüber Polen und Russland[1]

von Christoph Royen, Ebenhausen

1) Seit dem Zusammenbruch des sowjetkommunistischen Gesellschafts- und Staatensystems ist die deutsche Ostpolitik eine *Russia first*-Politik geworden.

2) Zwar bezeichnen deutsche Politiker gegenüber polnischen Partnern Deutschland gerne als „Anwalt" Polens. Entsprechende Zusicherungen geben sie auch Partnern aus den anderen mitteleuropäischen Staaten des Visegráder Vierecks, des Baltikums oder Südosteuropas.

3) Mit dieser beanspruchten Rolle ist es jedoch kaum vereinbar, wenn die deutsche Außenpolitik auf russische Interessen und Empfindlichkeiten Rücksicht nimmt, deren Ursache im Festhalten der Moskauer außenpolitischen Eliten an der Legitimität traditioneller Einflusssphären und am Großmachtanspruch Russlands liegt.

4) Besonders deutlich trat dieser innere Widerspruch zutage während der Debatten um die Öffnung der NATO nach Osten: Ohne die Wahrnehmung der Führungsrolle im Atlantischen Bündnis durch die USA wäre die Entscheidung der Allianz, Polen zusammen mit Tschechien und Ungarn aufzunehmen, wohl noch heute offen. Denn Deutschland scheute wie die anderen führenden NATO-Staaten Westeuropas davor zurück, die Moskauer Einwände klar zurückzuweisen.

5) Diese Rücksicht auf den Moskauer Standpunkt zeigte sich erneut während der Bemühungen, Russland für die Intervention der NATO gegen Miloševiæs Kosovo-Politik „in das gemeinsame Boot" zu holen, sowie besonders eklatant während des zweiten russischen Krieges gegen Tschetschenien seit dem Spätsommer 1999. Das brutale, faktisch auf einen Genozid hinauslaufende Vorgehen Moskaus gegen die Zivilbevölkerung Tschetscheniens erfuhr zwar berechtigte Kritik nicht allein seitens der nur schwachen demokratischen Kräfte Russlands, sondern auch durch die ehemaligen Hauptopfer sowjetischer Expansionspolitik in Mitteleuropa, vor allem in Polen und im Baltikum sowie durch die Parlamentarische Versammlung des Europarats. Doch schoben die westeuropäischen Regierungen solche Kritik als störend beiseite, da man Russland nicht „isolieren" dürfe. Dabei übersahen sie, dass die russische Außenpolitik eine derartige Rücksichtnahme heute ebenso wie zu sowjetischen Zeiten von vornherein in ihre Kalkulation einbezieht.

6) Angesichts der Rolle der beiden größeren Nachbarn in der Geschichte Polens waren polnische Beobachter enttäuscht von dem Verhalten Deutschlands, zumal es die deutsche Politik auch bei verschiedenen, von Moskau provozierten oder hochgespielten Konflikten mit Warschau vorzog, öffentlich zu schweigen und intern sogar die polnische Seite zu kritisieren.

   Analoges gilt für die ständigen Versuche Moskaus, Estland und Lettland wegen der angeblichen Verletzungen der Menschenrechte der „russischsprachigen Minderheiten" zu diskreditieren. Auch insoweit kann Moskau auf Verständnis in Berlin und anderen westeuropäischen Hauptstädten rechnen. Indessen hätte gerade Deutschland Anlass, sich der eigenen historischen Mitverantwortung für die Sowjetisierung der baltischen Staaten zu erinnern und daraus die gebotenen Schlussfolgerungen für die Gegenwart zu ziehen.

7) Im Kern weist die deutsche Russlandpolitik seit 1992 durchgehend zwei fragwürdige Grundmuster auf:

   a) Vorrang hat die Verhinderung der Rückkehr der Kommunisten an die Macht in Moskau. Sofern die Inhaber der Macht im Kreml das garantieren können, erhalten sie Unterstützung und gelten sogar als „Garanten für Demokratie und Reformen", obwohl wesentliche Elemente eines demokratischen Rechts- und Sozialsystems nach wie vor in Russland fehlen oder erste Schritte bereits teilweise wieder rückgängig gemacht werden.

   b) Zunehmend gilt es im wiedervereinigten Deutschland als normal, der „Real"politik als Attribut einer Großmacht den Vorzug zu geben vor den offenbar als „irreal" betrachteten Verfassungsprinzipien der internationalen Wertordnung.

8) Gleichzeitig ist auf die Versäumnisse der deutschen Polenpolitik hinzuweisen:

   a) Die schon von ihren Gründungsvätern konzipierte Errichtung und Vollendung der Europäischen Integration verlangt die Osterweiterung der EU. Seit dem Eintritt in die konkrete Verhandlungsphase mehren sich indessen insbesondere in Deutschland Stimmen, die den Beitritt Polens wegen der damit verbundenen Kosten hinauszögern wollen. Die 1993 auf dem Kopenhagener Gipfel des Europäischen Rats definierten Voraussetzungen der vollen Übernahme des *acquis communitaire* sowie der Aufnahmefähigkeit der EU erweisen sich dabei zunehmend als Bremshebel. Angesichts der kontinuierlich sinkenden Zustimmung zur Osterweiterung in der Bevölkerung lassen bevorstehende Wahlen in Deutschland wie auch in anderen EU-Mitgliedsländern befürchten, dass dieser Bremshebel noch stärker betätigt werden wird.

   b) Die fatale Hinterlassenschaft der preußischen, nationalsozialistischen und SED-Polenpolitik behindert

das Entstehen einer engen Nachbarschaft in der deutsch-polnischen Grenzregion. Die Standardformel deutscher Außenpolitik, das deutsch-polnische Verhältnis solle so eng und gut werden wie das deutsch-französische Verhältnis, bleibt daher so lange eine Leerformel, wie die inzwischen von Bonn nach Berlin umgezogene Bundesregierung die Entwicklung der deutsch-polnischen Nachbarschaft nicht zu ihrem energisch verfolgten Hauptziel macht.

c) Einstweilen hält man es jedoch in Warschau für ratsam, die Enttäuschungen über die deutsche Polenpolitik zu unterdrücken, um den deutschen „Anwalt" nicht zu verärgern.

9) Die vom *Deutschen Polen-Institut* in Darmstadt organisierte Begegnung deutscher Experten für Polen und für Russland mit ihren polnischen Kollegen bietet die Gelegenheit, einen fachspezifischen Aspekt zu diskutieren: Bis zum Untergang des sowjetischen Hegemonialsystems reichte es aus, um in der alten Bundesrepublik als „Ostexperte" tätig zu sein, russische Quellen zu beziehen und auszuwerten. Heute genügt das offensichtlich nicht mehr. Dennoch tendieren in Deutschland die zahlreichen Russland-Experten nach wie vor dazu, sich über die ehemaligen kleineren Mitglieder der „Sozialistischen Staatengemeinschaft" und ihre Beziehungen zu Russland vorrangig aus Moskauer Quellen zu informieren. Ihr somit zwangsläufig einseitig geprägtes Urteil beeinflusst sodann wiederum die deutsche Ostpolitik. Besonders deutlich wurde dies während der bereits erwähnten Debatte um die NATO-Osterweiterung, als deutsche Diplomaten und ihre Berater darin übereinstimmten, man könne Russland dies nicht „zumuten".

Demgegenüber würden die deutschen Polen-Fachleute sich hüten, aufgrund ihres Studiums polnischer Quellen Urteile über russische Politik auszusprechen, obwohl die Presse und die Fachliteratur Polens zu Russland eine beachtliche Breite und Tiefe aufweist. Hingegen bilden in Russland die Polen-Kenner nur eine sehr kleine Gruppe, die zudem dort kaum zu Wort kommt.

10) Es wäre daher lohnend zu überlegen, welche praktisch gangbaren Wege beschritten werden können, um die analytischen Kapazitäten Deutschlands und Polens auf dem Feld der Ostpolitik intensiver als bislang zusammenzuführen. Hierbei gibt immerhin die Tatsache Anlass zu Optimismus, dass anders als in vergangenen Jahrzehnten mittlerweile eine zunehmende Anzahl junger Deutscher sich gute Kenntnisse der mitteleuropäischen Nachbarländer, einschließlich ihrer Sprachen, erwirbt.

Dr. Christoph Royen *war bis zum 31. Dezember 2000 wissenschaftlicher Referent in der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen/Isartal (das Institut ist zum Beginn des Jahres 2001 nach Berlin umgezogen).*

---

[1] Der Originaltext wurde vorgetragen auf der Konferenz „Deutschland–Polen–Osteuropa: Fragen nach einer gemeinsamen europäischen Ostpolitik", Darmstadt 29.–30. September 2000, und wird auf deutsch und auf polnisch zusammen mit den übrigen Materialien der Konferenz vom Deutschen Polen-Institut, Darmstadt, und vom Institut für Deutschland und Nordeuropa, Stettin, veröffentlicht. Siehe außerdem: Dziesiêæ tez do dyskusji, in: Polska w Europie, Nr. 34, Dezember 2000, S. 113–116.

Haben Sie am Osteuropa-Institut studiert?

Dann tragen Sie sich doch in unsere **Alumni-Datenbank** ein!
Wir möchten den Kontakt zwischen Studierenden und Ehemaligen intensivieren,
um so ein **Netzwerk gegenseitiger Hilfe** zu schaffen.

Falls Sie Interesse haben, füllen Sie bitte das Formular auf der
OEI-Homepage *http://www.oei.fu-berlin.de*
aus oder melden Sie sich beim Osteuropa-Institut unter der folgenden Adresse:

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
Arbeitsgemeinschaft OEI-Alumni
Kontakt: Marion Feldmann, Garystr. 55, 14195 Berlin
 838-52074, Fax: 838-53788, *e-Mail: oei@zedat.fu-berlin.de*

Wir freuen uns auf Sie!

Zweite Verfassung des dritten Jugoslawien oder erste Verfassung des vierten Jugoslawien?

Die Änderungen der jugoslawischen Verfassung 2000[1]

von Vladimir V. Vodineliæ, Belgrad

I. Ist der Atlas noch aktuell?

Dem Atlas nach bilden zwei Teilrepubliken – Serbien und Montenegro – sowie zwei Autonome Provinzen Serbiens – Vojvodina und Kosovo – ein Land: Jugoslawien. Entspricht das auch der Realität? Ist Jugoslawien wirklich immer noch *ein* Land? Ganz abgesehen von dem wohlbekannten Sonderstatus des Kosovo, erwecken zu viele auffällige Unterschiede begründete Zweifel, zum Beispiel:

- unterschiedliche Einreiseregelungen (nach Montenegro kann man ohne Visum reisen, nicht jedoch nach Serbien);
- die offiziellen Versuche Montenegros, eine selbstständige Vertretung in der UNO zu erwerben;
- die faktisch eigenständige Diplomatie Montenegros (indem die Handelsvertretungen diplomatische Aktivitäten entfalten);
- unterschiedliche Währungen (die offizielle Geltung der DM in Montenegro, so dass die offizielle jugoslawische Währung Dinar hier nur einen numismatischen Wert [oder Unwert?] hat);
- uneinheitliche Zollbestimmungen u.s.w.

Diese Heterogenität birgt zu viel Sprengkraft in sich, um nicht die Frage zu stellen: Ist der Atlas noch aktuell?

II. Immer noch drittes Jugoslawien oder schon ein viertes?

Präzisieren wir die aufgeworfene Frage, so muss sie lauten: Haben wir es gegenwärtig noch mit dem dritten Jugoslawien zu tun oder schon mit einem vierten? Die Frage drängt sich nicht etwa deshalb auf, weil Wissenschaftler eine besondere Vorliebe für Periodisierungsfragen hegen. Ist nicht vielmehr durch die neuesten Novellierungen der Bundesverfassung vom 6. Juli 2000 aus Jugoslawien eine Föderation mit einem einzigen Mitglied geworden?!

Im Jahre 1918 ist Jugoslawien als Königreich von Slowenen, Kroaten und Serben entstanden (erstes Jugoslawien), das seit dem Jahre 1945 als Föderation von Serbien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Slowenien und Montenegro weiter existierte (zweites Jugoslawien), um im Prozess des Zerfalls 1992 auf eine zweigliedrige Föderation reduziert zu werden, die aus Serbien und Montenegro besteht (drittes Jugoslawien). Ob dieses dritte Jugoslawien noch existiert oder bereits ein viertes entstanden ist, hängt – innerstaatlich gesehen – davon ab, was am 6. Juli 2000 geschehen ist. Wie tiefgreifend waren also die an jenem Tag verkündeten und veröffentlichten Amendements der Verfassung der Bundesrepublik Jugoslawien (fortan: BV)?[2]

In aller Kürze gesagt: Durch die Amendements III und V (1), die verfassungswidrig zustande kamen (2), wurden die Teilrepubliken ihrer Möglichkeiten beraubt, in der Bundesversammlung (Savezna skupština), dem jugoslawischen Parlament, und bei der Wahl des Bundespräsidenten als (Teil)Staaten der Föderation zu agieren (3). Der fundamentale Grundsatz der Gleichberechtigung der Republiken als Teilstaaten wurde verfassungswidrig aufgehoben (4), womit das durch die Grundsätze der geltenden Bundesverfassung definierte Jugoslawien der Vergangenheit anheim fiel (5).

1. Amendement III Abs. 1 S. 1 lautet: „Der Rat der Republiken (Veæe republika)[3] besteht aus je 20 Bundesabgeordneten jeder Teilrepublik, die in unmittelbaren Wahlen gewählt wurden.“[4]

Amendement V Abs. 1 S. 1 schreibt vor: „Der Präsident der [Bundes]Republik wird in unmittelbaren Wahlen durch geheime Abstimmung gewählt.“[5]

Früher wurden die Bundesabgeordneten (für den Rat der Republiken) von den teilrepublikanischen Parlamenten[6] und der Bundespräsident von beiden Kammern des Bundesparlaments gewählt[7].

2. Bei der Verabschiedung der Amendements wurde das durch die Bundesverfassung bestimmte Verfahren der Vornahme von Verfassungsänderungen verletzt. Die Amendements kamen weder in einem verfassungsgemäßen Verfahren zustande (b), noch wurden sie von einem verfassungsgemäß zusammengesetzten zuständigen Verfassungsorgan verabschiedet (a).

a) Schon seit zwei Jahren verfügt Montenegro über keine legitime Vertretung im Rat der Republiken der Bundesversammlung (Veæe republika Savezne skupštine). Im Jahre 1998 liefen die Mandate aller Bundesabgeordneten aus, und die neu gewählten montenegrinischen Abgeordneten wurden von Miloševiæ nie akzeptiert. Die bisherigen montenegrinischen Abgeordneten setzten die Arbeit im Rat der Republiken fort. Die Amendements vom 6. Juli 2000 wurden also von ehemaligen montenegrinischen Abgeordneten, deren Mandat abgelaufen war und die deshalb nicht die Interessen von Montenegro als Staat, sondern nur ihre persönlichen oder die ihrer Partei im Parlament repräsentieren konnten, zusammen mit den neugewählten serbischen Abgeordneten verabschiedet.

b) Die Änderungen der Artikel 1 und 2 BV (die den Grundsatz der Gleichberechtigung der Teilrepubliken beinhalten)[8]

durften im Bundesparlament nur nach vorheriger Bestätigung durch die Parlamente beider Teilrepubliken vorgenommen werden.[9] Die diesen Grundsatz aufhebenden Amendements III und V wurden jedoch bar jeder vorherigen oder nachträglichen Beteiligung der teilrepublikanischen Parlamente verabschiedet.

3. Eine der beiden Hauptfolgen der Änderung ist, dass die Teilrepubliken die Möglichkeit verloren, im Bundesparlament und bei der Wahl des Bundespräsidenten als Staaten zu agieren (a), wodurch gleichzeitig *de facto* auch das Zwei-Kammer-System des Bundesparlaments eliminiert wurde (b).

a) Der früheren Lösung nach sollten und konnten beide Teilrepubliken als Staaten sowohl im Oberhaus des Bundesparlamentes repräsentiert werden als auch bei der Wahl des Bundespräsidenten eine Rolle spielen. Deshalb delegierten die Parlamente beider Teilrepubliken Abgeordnete ins Oberhaus des Bundesparlaments, und die auf diese Weise gewählten Abgeordneten repräsentierten die Teilrepubliken und wählten unter anderem auch den Bundespräsidenten.[10] Dem Amendement III nach werden nunmehr die Bundesabgeordneten als auch der Bundespräsident von den Bürgern direkt gewählt. Damit verfügen die Teilrepubliken über keinerlei Möglichkeit mehr, als Staaten im Bundesparlament und bei der Wahl des Bundespräsidenten tätig zu werden. Die Bundesabgeordneten im Rat der Republiken repräsentieren nicht mehr die Interessen der Teilrepubliken als Staaten, sondern die derjenigen Parteien, von denen sie zur Wahl aufgestellt wurden. Die Teilrepubliken und ihre Parlamente verloren ihre Rechte und Kompetenzen auf Bundesebene zur Gänze.[11]

Art. 86 BV, der vorschreibt, dass die Bundesabgeordneten im Rat der Republiken des Bundesparlaments die Teilrepublik repräsentieren, in der sie gewählt wurden, wurde gemäß dem Wortlaut des Amendements III Abs. 2 durch die Änderung lediglich „ergänzt“[12]. In Wahrheit aber wurde die Regelung ersetzt, da die in ihr vorgesehenen Repräsentierungsmöglichkeiten der Teilrepubliken als Staaten nicht bewahrt wurden.

b) Gemäß dem angeblich nur ergänzten und ansonsten fortgeltenden Art. 86 BV vertreten die Bundesabgeordneten im Rat der Republiken des Bundesparlaments die Teilrepublik, in der sie gewählt wurden,[13] wozu aber nunmehr, nachdem die Bundesabgeordneten von Repräsentanten der Teilstaaten zu Repräsentanten der Bürger gemacht wurden, keine Möglichkeit mehr besteht. Der Rat der Republiken ist deshalb eine Kammer *ohne* die Republiken geworden. Die jugoslawische Bundesversammlung ist fortan nur noch formell ein Zwei-Kammer-Parlament. Es setzt sich nur dem Namen nach aus einem Unterhaus (Veæe gradjana – Bürgerrat) und einem Oberhaus (Veæe republika – Rat der Republiken) zusammen.[14] Aus dem Bundesparlament ist stattdessen ein Parlament mit zwei Unterhäusern geworden.

4. Nach der Selbstlegitimation in den Artikeln 1 und 2 der Bundesverfassung von 1992 ist Jugoslawien eine Föderation zweier gleichberechtigter Teilrepubliken.[15] Die zweite Hauptfolge der Verfassungsnovellierungen ist jedoch, dass der Grundsatz der Gleichberechtigung der Teilrepubliken eliminiert wurde.[16] Das war insbesondere für Montenegro gefährlich und inakzeptabel (a). Im Endeffekt sind der neu gewählte Bundespräsident und die neu gewählten Bundesabgeordneten weder die Repräsentanten der Teilstaaten (wie schon unter 3. dargelegt), noch die Repräsentanten der Mehrheit der Bürger Montenegros (b).

a) Eine weitere Folge der Verfassungsänderungen ist, dass sich die Möglichkeiten der Teilrepublik Montenegro, einen eigenen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten durchzusetzen, nach der Einführung der Direktwahl des Bundespräsidenten eklatant verschlechtert haben. Kandidaten aus der etwa dreizehnmal kleineren Teilrepublik Montenegro sind praktisch chancenlos.

Während es so scheint, als sichere die gleiche Anzahl von Bundesabgeordneten beiden Teilrepubliken im Rat der Republiken gleiche Möglichkeiten der Einflussnahme, eröffnet sie in der Praxis der um vieles größeren und mächtigeren serbischen Teilrepublik die Möglichkeit, die Föderation zu dominieren.

b) Der Bundespräsident und die Bundesabgeordneten, die in den Wahlen vom September 2000 gewählt wurden, repräsentieren weder Montenegro als Teilstaat noch die Mehrheit der Bürger Montenegros. An der Abstimmung nahmen weniger als 20% der montenegrinischen Wahlberechtigten teil, während die Mehrheit dem Boykottaufruf der regierenden montenegrinischen Koalition Folge leistete und den Wahlurnen fernblieb.

Nachdem die montenegrinischen Abgeordneten 1998 behindert wurden, im Bundesparlament an Abstimmungen teilzunehmen, verabschiedete das montenegrinische Parlament eine Resolution, nach der keine Akte des Bundesparlaments in Montenegro Anerkennung finden sollten. Da die aktuellen Änderungen der Bundesverfassung ebenfalls ohne jede Beteiligung Montenegros verabschiedet wurden, war es nur konsequent, dass die montenegrinische Regierung nunmehr die in Ausführung der Verfassungsänderungen für September 2000 anberaumten Wahlen zum Bundespräsidenten und zur Bundesversammlung nicht akzeptierte.

5. Die zweigliedrige Föderation aus dem Jahre 1992 ist einer eingliedrigen vom Jahre 2000 gewichen. Eine eingliedrige Föderation ist natürlich ein *contradictio in adjecto*, ein Unding, aber nur eine Perversion mehr unter vielen anderen der Miloševiæ-Ära. Sie drückt nur *de jure* aus, was *de facto* schon existierte (und was auch nach dem Neuwahlen im September 2000 und der Wende in Serbien im Oktober fortbesteht).[17]

Der Tragweite und der Tiefe der Verfassungsänderungen nach, kam am 6. Juli 2000 mehr als eine einfache Verfassungsänderung zustande: Miloševiæ hat sich damit eine neue Verfassung gegeben. Formell war es eine Novellierung, aber dem Inhalt nach wurde eine neue Verfassung verabschiedet. Aber wessen Verfassung?

III. Die zweite Verfassung des dritten Jugoslawien oder die erste Verfassung des vierten Jugoslawien? Die letzte Verfassung des letzten Jugoslawien?

Die den Teilrepubliken genommene Möglichkeit, im Bundesparlament als Teilstaaten zu agieren, und die mangelnde Gleichheit der Republiken entspricht nicht dem Bild des Staates, der im Jahre 1992 in der Bundesverfassung fixiert wurde. Die Identität des Staates hat sich verfassungsrechtlich geändert. Die neue Verfassung von 2000 ist deshalb keine zweite Verfassung des dritten Jugoslawien sondern die erste Verfassung des vierten Jugoslawien.

Wie auch immer, die Verfassung 2000 wird allem Anschein nach die letzte Verfassung des letzten Jugoslawiens sein,[18] zumindest terminologisch. Von allen Seiten hört man, dass der Name „Jugoslavija" kein Zukunft hat (schon kreist in der Diskussion „Srbija i Crna Gora"). Wichtiger ist aber, dass für viele Menschen das Fortbestehen Jugoslawiens nicht die einzig denkbare Alternative ist. Die neuesten Meinungsumfragen teilen mit, dass die Mehrheit der Bevölkerung Montenegros mittlerweile für einen unabhängigen Staat plädiert. In Serbien mehren sich die Stimmen, dass aus der Existenz eines gemeinsamen Staates allein die Montenegriner profitieren würden. Alles in allem bietet dies keine viel versprechende Perspektive, nicht einmal für einen Staatenbund, noch weniger für einen Bundesstaat, egal ob er aus zwei gleichberechtigten oder ungleichberechtigten Mitgliedstaaten besteht.[19]

Vladimir V. Vodineliæ *war Univ.-Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Belgrad. Seit seiner politisch motivierten Entlassung ist er als Gastforscher an der FU Berlin tätig.*

---

[1] Der vorliegende Beitrag gibt einen Teil des Vortrags wieder, der am 14. Dezember 2000 am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, im Rahmen des Seminars „Rechtsvergleichung und Rechtsentwicklung in Ost-Südosteuropa" von Prof. Dr. Herwig Roggemann gehalten wurde.

[2] „Amandmani na Ustav Savezne Republike Jugoslavije" (Amendements zur Verfassung der Bundesrepublik Jugoslawien), Slu•beni list Savezne Republike Jugoslavije (Gesetzblatt der Bundesrepublik Jugoslawien) 29/2000 vom 6. Juli 2000, Pos. 361.

[3] Das Oberhaus des Bundesparlaments, etwa Bundesrat.

[4] Amendement III Abs. 2: „Durch dieses Amendement werden Art. 80 Abs. 3, Art. 81 Abs. 2 ersetzt und Art. 86 der Verfassung der Bundesrepublik Jugoslawien ergänzt."

[5] Amendement V Abs. 2: „Durch dieses Amendement wird Art. 97 der Verfassung der Bundesrepublik Jugoslawien ersetzt."

[6] Art. 80 Abs. 3 BV vom 1992, der durch Amendement III ersetzt wurde (Amendement III Abs. 2).

[7] Art. 97 BV vom 1992, der durch Amendement V ersetzt wurde (Amendement V Abs. 2).

[8] Art. 1 BV: „Die Bundesrepublik Jugoslawien ist ein souveräner Bundesstaat, der sich auf der Gleichberechtigung der Bürger und der Teilrepubliken (*republika èlanica*) gründet." Art. 2 Abs. 1: „Die Bundesrepublik besteht aus der Republik Serbien und der Republik Montenegro, als Teilrepubliken."

[9] Art. 141 Abs. 2 BV.

[10] Art. 80 Abs. 3: „Der Rat der Republiken besteht aus je 20 Bundesabgeordneten jeder Teilrepublik."

[11] Außerdem wurde die Kompetenz der Teilrepubliken aus Art. 81 Abs. 2 BV abgeschafft, die Wahlen der Bundesabgeordneten durch eigenes Gesetz zu regeln (Amendements III Abs. 1 S. 1 und Abs. 2).

[12] Siehe FN 4.

[13] Art. 86 Abs. 1 BV: „Die Bundesabgeordnete im Bürgerrat (Veæe gradjana) der Bundesversammlung repräsentieren die Bürger der Bundesrepublik Jugoslawien, und die Bundesabgeordneten im Rat der Republiken der Bundesversammlung repräsentieren die Teilrepublik, in der sie gewählt wurden."

[14] Art. 80 Abs. 1 BV: „Die Bundesversammlung (Savezna skupština) besteht aus dem Bürgerrat und dem Rat der Republiken."

[15] Art. 1 BV: „Die Bundesrepublik Jugoslawien ist ein souveräner Bundesstaat, der sich auf die Gleichberechtigung der Bürger und der Teilrepubliken (*republika èlanica)* gründet. Art. 2 Abs. 1: „Die Bundesrepublik besteht aus der Republik Serbien und der Republik Montenegro als Teilrepubliken."

[16] Durch die Amendements sind die Artikel 1 und 2 zwar weder textlich geändert noch formell außer Kraft gesetzt. Der Inhalt der Artikel ist aber berührt, da der in diesen Artikeln enthaltene Grundsatz der Gleichberechtigung der föderativen Einheiten durch die Amendements eliminiert wird. (Deshalb wird im Text unter 2. b, FN 8 ausgeführt, dass die Amendements nicht nur materiell, sondern auch formell verfassungswidrig sind, denn sie wurden unter Nichtbeachtung des für die Änderung der Artikel 1 und 2 vorgeschriebenen Verfahrens verabschiedet.)

[17] Erst vor kurzem einvernehmlich festgestellt von Bundespräsident Koštunica (Es ist Tatsache, dass „die andere föderale Einheit, Montenegro, der Souveränität des Bundesstaates größtenteils entronnen ist" (Interview für „NIN", Nr. 519/2000 vom 14.12.2000, S. 19) und vom montenegrinischen Präsidenten Djukanoviæ („Sogar dem Blinden ist klar, dass wir heute ein unabhängiges Serbien und ein unabhängiges Montenegro haben, die über fast keine gemeinsamen Funktionen verfügen"(Interview für „Blic" vom 28.12.2000, S. 1).

[18] Siehe Vesna Rakiæ-Vodineliæ, Poslednji ustav, „Monitor", Podgorica, 17.07.2000.

[19] Beide Seiten sehen verschiedentlich auch Wege für eine gemeinsamen Zukunft. Nach der in Serbien vorherrschend anzutreffenden Meinung sollte ein zukünftiger gemeinsamer Staat durch Änderungen der Bundesverfassung geformt werden; nach montenegrinischer Vorstellung muss der Verkündigung einer neuen Verfassung eines eventuellen zukünftigen gemeinsamen Staates die internationale Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Montenegros vorangehen.

Aufbau eines Systems sozialer Dienste für anfällige Gruppen in Russland – Ein internationales Tacis-Projekt 1997–1999

von Ingemarie Neufeldt, Dresden

Träger des Tacis-Projektes war der British Council in England. In dem Projekt kooperierten Experten aus mehreren westeuropäischen Ländern: England, Frankreich, Holland, Schweden, Spanien und die Verfasserin als einzige Expertin aus Deutschland. Es fanden sowohl Beratungen hinsichtlich organisatorischer, sozialpolitischer und rechtlicher Fragen als auch Trainingsseminare für folgende Zielgruppen statt: Lehrende an Ausbildungsstätten für Sozialarbeiter, Personal von Sozialverwaltungen und Praktiker von sozialen Diensten für Familien und Kinder, für alte Menschen und für Behinderte.

Die folgenden Erfahrungen und Beobachtungen beruhen auf vier jeweils einwöchigen Methodik-Seminaren im September 1997 und im Februar 1998 für Praktiker der sozialen Arbeit mit Familien, Kindern und alten Menschen in Samara an der Wolga, Penza und Kuzneck (1000 bzw. 800 km südöstlich von Moskau).

„Ein Problem kommt selten allein!"– Soziale Dienste für Familien und Kinder in Russland

Die rapide Entwicklung von sozialen Diensten in Russland in den neunziger Jahren ist beeindruckend. So erhöhte sich beispielsweise in russischen Bezirken die Zahl der Zentren für soziale Arbeit mit Kindern und Familien von 6 (1992) auf 169 (Anfang 1996). Im Jahre 1993 wurden 14 Zufluchtstätten für verlassene Kinder und Jugendliche in großen Städten eröffnet, 1996 existierten in Russland bereits insgesamt 400 (A. M. Panov 1996, S. 3). Die Sozialverwaltungen der Gebiete, so z.B. im Samarer Gebiet, hatten komplexe Programme für Kinder für die Jahre 1997–98 auf der Grundlage eines Gesetzes von 1996 „Über soziale Dienste für Familien und Kinder" entwickelt, das aber laut Sozialpolitikern dringend reformiert werden müsste.

Die in allen Großstädten vorhandenen Zentren für Familien vereinigen eine Vielzahl von ambulanten und stationären Hilfeangeboten unter einem Dach, z.B. enthält das „Zentrum für soziale Hilfen für Familien und Kinder" in Penza sechs Abteilungen: Aufnahme von Familien – erste Analyse und Prognose, medizinisch-soziale Abteilung, sozialökonomische Abteilung, Abteilung für alte Menschen im Rentenalter, stationäre vorübergehende Unterbringung für Kinder aus schwierigen Familien, Prävention für unbeaufsichtigte und deviante Kinder und Jugendliche. Das heißt, Betroffene können hier ganzheitliche Hilfe und Unterstützung erhalten, ohne den Weg zu vielen verschiedenen Einrichtungen machen zu müssen. Insbesondere die Verbindung der stationären Aufnahme von Kindern und der ambulanten Beratung bzw. (Familien-)Therapie für Eltern, die auch unabhängig von der Unterbringung eines Kindes in Anspruch genommen werden kann, in einer Einrichtung ist ein wirksames Angebot. Da auch meistens Pflegekinderdienste, Adoptionsvermittlung und Betreuung von behinderten Kindern in diese der regionalen Sozialverwaltung unterstehenden Zentren einbezogen sind, gewinnt man – auf dem Papier – zunächst den Eindruck, dass sie den deutschen Jugendämtern entsprechen. Dies trifft aber eher auf das „Komitee für Fragen der Familie, der Mutterschaft und der Kindheit" der regionalen Sozialverwaltung zu, während die Zentren selbst konkrete soziale Dienste in räumlicher Verbundenheit anbieten. Die schriftlichen Konzeptionen enthalten häufig nur eine Aufzählung der Bereiche und Tätigkeiten, seltener auch Ziele und/oder Arbeitsprinzipien, wie z.B. in einem Arbeitspapier „Grundsätzliche Orientierung für die Arbeit von territorialen Zentren sozialer Hilfen für Familien und Kinder", kurz „Zentrum Familie", im Samarer Gebiet. Darin werden folgende Prinzipien genannt: Humanismus, Erreichbarkeit, Freiwilligkeit, Vertraulichkeit, Anonymität, Stärkung der eigenen Kräfte, präventive Ausrichtung.

Hier sollen aus eigener Anschauung einige Schlaglichter auf Besonderheiten dieser Zentren geworfen werden, die mit der sowjetischen/russischen Tradition des Umgangs mit Menschen erklärbar und daher verständlich sind, uns jedoch – auch den KollegInnen aus England und Holland – auf dem Hintergrund unserer Geschichte und Erfahrungen sozialer Praxis befremdlich, problematisch und z.T. im Widerspruch zu ethischen Grundsätzen erscheinen.

1) In der Abteilung für Analyse und Prognose befassen sich die „SozialarbeiterInnen" mit der Erforschung von sozialen Problemen der Region. Dies geschieht aber nicht als empirische Sozialforschung, sondern in Form einer Datenerfassung zu speziell ausgesuchten Familien, die beim Besuch aller Familien in einem Wohngebiet durch Sozialarbeiter/innen als problembelastet festgestellt werden. Die Daten von jeder dieser Familien und die bereits gewährten Hilfen werden in den Computer eingespeichert und sind für jeden Mitarbeiter des Zentrums abrufbar. Traditionell spielt Datenschutz offenbar keine Rolle. Diese für Russland selbstverständliche Art von Untersuchung hat sicherlich den Vorteil, dass alle bedürftigen Familien erfasst werden und damit möglicherweise notwendige Hilfe erhalten.

2) In den meisten Zentren gibt es gesonderte Abteilungen für Diagnostik, die von Psychologen – unter Einsatz von Tests – geleistet wird. Diagnostik wird abgetrennt von dem eigentlichen Hilfeprozess, was in den Familienberatungsstellen in Deutschland längst als überholt gilt.

3) Ökonomische und medizinische Hilfen bilden den Schwerpunkt in der sozialen Arbeit. Neben kostenlosen Hilfen im Gesundheitsbereich steht jedoch auf Grund der großen Anzahl der Familien mit materiellen Problemen die materielle Hilfe im Vordergrund.

4) Die Unterschiede im Verständnis von sozialer Arbeit wurden weniger in der Theorie, sondern erst in der Bearbeitung von praktischen Beispielen in den Seminaren deutlich und fassbar. Auf beiden Seiten gab es Aha-Erlebnisse.

– So wurde von den SeminarteilnehmerInnen alles als Sozialarbeit angesehen, was für materiell und sozial bedürftige Menschen gemacht wird, einschließlich der Tätigkeiten solcher Berufe wie Altenpfleger, Heilerziehungspfleger, Verwaltungsfachleute.

– Die SozialarbeiterInnen lösen Probleme ausschließlich auf sachlicher und formaler Ebene. Den Betroffenen bringen sie kaum – mittels einfühlsamer Gesprächsführung – Interesse und Verständnis für ihre psycho-soziale Situation entgegen. Die Entwicklung einer Vertrauensbeziehung zu den Familienmitgliedern, insbesondere bei Gewalt-, Alkohol- und Vernachlässigungsproblemen in der Familie, als Voraussetzung für die Annahme von Hilfe spielt so gut wie gar keine Rolle. Traditionellerweise wird in Russland letztere Aufgabe ausschließlich PsychologInnen zugeordnet. Im Laufe des Seminars änderten die TeilnehmerInnen ihr Verständnis von sozialer Arbeit. Statt wie vorher nur Informationen von ihren Klienten zu sammeln, nur die Probleme und das Negative zu sehen, die Schuldigen zu belehren und sie dann evtl. zum Psychologen zu schicken, waren sie jetzt überzeugt, dass es ihre Aufgabe als SozialarbeiterIn ist, die Klienten zu beraten. Dies wurde als umso wichtiger erkannt, als die SozialarbeiterInnen meistens den ersten Kontakt mit den Hilfebedürftigen haben. Ein wichtiger Lernerfolg der Seminare war es, dass die TeilnehmerInnen – wenn auch sehr langsam und mühsam – lernten, ihre Gefühle auszudrücken und in Rollenspielen auf die Gefühle der KlientInnen einzugehen, und die Erkenntnis, dass es gilt, die Ressourcen der Familienmitglieder aufzudecken, und nicht die der Sozialarbeiterin und dass erstere selbst verantwortlich für die Lösungen sind. Die Sozialarbeiterin unterstützt und begleitet sie dabei.

– Die SozialarbeiterInnen mussten in den Seminaren erst lernen, dass sozialarbeiterische Ethik, z.B. die Achtung vor dem Individuum, nicht nur für „gute“ sozial benachteiligte und bedürftige Menschen gilt, sondern auch für solche, die Alkoholiker oder gewalttätig sind oder straffällig werden.

5) Die Beratungsräume der SozialarbeiterInnen in den Zentren waren z.T. große, kahle und triste Räume mit 6–8 Arbeitsplätzen, in denen keine Vertraulichkeit aufgebaut werden kann.

„Gestern wusste ich noch nicht, wie man Sozialarbeiter schreibt, heute bin ich einer!“– Die Qualifikation der MitarbeiterInnen

Während der Seminare wurde deutlich, dass eine gute Grundqualifikation bei vielen der SeminarteilnehmerInnen hinsichtlich ihres Umgangs mit hilfebedürftigen Menschen vorhanden ist. Ähnlich wie in Ostdeutschland sind die meisten SeminarteilnehmerInnen nach langjähriger Berufserfahrung als Lehrer, Jurist, Arzt, Ingenieur u.a., also meist mit einem akademischen Abschluss, direkt in die soziale Arbeit gegangen und haben nur zu einem geringen Teil zusätzlich ein zweijähriges Fern-Sozialarbeitsstudium abgeschlossen. Daraus ergibt sich u.a., dass die Einbeziehung des sozialen Umfeldes, der Lebenswelt von hilfebedürftigen Menschen bei den PraktikerInnen wenig im Blick ist. Außerdem fehlt in deren Methodenrepertoire auch der systemische Ansatz, insbesondere in der sozialen Arbeit mit Familien.

Im Unterschied zum traditionellen russischen Ausbildungssystem, das die Vermittlung von theoretischem Wissen zum Inhalt hat, sollten sowohl die Ausbildung von SozialarbeiterInnen als auch die Fortbildung von PraktikerInnen im sozialen Bereich stärker als Workshops mit Lehrmethoden wie Brainstroming, Diskussion, Kleingruppenarbeit, Analyse von Praxisbeispielen, Skulptur, Übungen und Rollenspielen durchgeführt werden, wie das in den Seminaren des Tacis-Projektes der Fall war. Durch die Nutzung von eigenen Praxiserfahrungen der TeilnehmerInnen und durch Rollenspiele wurden methodische Fertigkeiten produktiv angeeignet.

Eine Konkretisierung von Werten in Form von Arbeitsprinzipien als Grundlage für die Erarbeitung von schriftlich formulierten Konzeptionen sozialer Dienste und deren Umsetzung in sozialarbeiterisches Handeln sowie die Ausarbeitung und Durchführung von Fortbildungsprogrammen zur Qualifizierung aller Mitarbeiter sozialer Einrichtungen erscheinen mir dringend notwendig. Durch die Erfahrungen mit den Seminarmethoden erhielten die TeilnehmerInnen für diesen Zweck wichtige Anregungen.

Da die Ausbildung von Sozialarbeitern und die Praxis noch weitgehend getrennt nebeneinander herlaufen, müssten die AusbilderInnen an den Hochschulen zeitweise in der sozialen Praxis arbeiten und soziale PraktikerInnen stärker in die Ausbildung von SozialarbeiterInnen einbezogen werden.

Prof. Dr. Ingemarie Neufeldt *ist Dipl.-Soziologin, Dipl.-Sozialpädagogin, Familientherapeutin und Mediatorin.*

Literatur

Jan Tillmann: Sozialarbeitswissenschaft als Basis der Curriculumsentwicklung, Soziale Arbeit 9–10/95.

A. M. Panov: Sozialpolitik in Russland: Gegenwärtige Situation und Perspektive, 1996.

Osteuropa zwischen Integration und Differenz. Probleme europäischer und kultureller Differenzierung

hrsg. von Holm Sundhaussen

Peter Lang Verlag Frankfurt/M. u.a. 1999

How do female deputies differ from male deputies?

von Adéla Seidlová, Prag

Members of Parliament,[1] especially in countries undergoing the post-Communist transition to democracy, can be categorized as a body that has been acquiring new political experience in a whole spectrum of areas, and has become more professional in its outlook, as its members become politicians. The politicians have been forming, and the majority of them are periodically adding to, a new political elite.

The "Political System Changes" team of the Institute of Sociology, Academy of Sciences of the Czech Republic, has been studying the issue of the highest elected representatives for a long time, not only in partial short-term projects but especially in two basic developing elements, questionnaire surveys[2] and a database of the highest elected representatives, which is being created at the Documentation and Information Center on Central European Parliaments[3]. I have drawn data for this study from these sources.

Members of Parliament by gender between 1986 and 2000

The number of women in Parliament in the course of this period has changed, falling from the original 27.5 % (the Czech National Committee, hereinafter the ÈNR) and 29.4 % (the Federal Assembly, hereinafter the FS) in 1986 to 15.0 % (the House of Deputies, hereinafter the PS) and 11.1 % (the Senate) after the elections in 1998 (see Table 1). The ratio of men to women in connection with the change of the political regime has changed dramatically especially due to the fact that at the time of Communist Parliaments there were quotas for women in the electoral candidate lists. In this period (5th electoral term of the FS ÈSSR as well as ÈNR), there were also "female workers and agriculturalists"; out of the total number of 55 women (i.e., 27.5% of the Parliament) elected to the ÈNR in 1986, there were four women (i.e., 7 % of women) who had completed a university degree. For the sake of comparison: 46% of men in this House of Deputies had completed a university degree; among women elected in the 1998 elections to the House of Deputies, 24 out of the total 30 elected women had completed a university degree (i.e., 80 % of the total number of elected women).

At a glance, the number of women in the Houses throughout the nineties seems rather low compared to 1986. According to the statements of female deputies, however, this ratio is completely natural and women are not discriminated against in any way by the political parties.

Relationship of male to female deputies in Committees

We can derive the attitude of male deputies to female deputies from the composition of Parliamentary Committees and the prestige these Committees have among male deputies. Data available to us pertains to the composition of the Parliamentary Committees of the House of Deputies of the Parliament of the Czech Republic in the second electoral term (1996–1998), the prestige of individual Committees among Members of Parliament as stated in this survey at the end of this electoral term and the composition of the Parliamentary Committees of the House of Deputies of the Parliament of the Czech Republic in the third electoral term (since 1998 until now).

In the second electoral term, an average male deputy worked in 1.95 committees, commissions and delegations, and an average female deputy worked in 2.11 committees, commissions and delegations. In the third electoral term, an average male deputy has worked in 1.83 committees, commissions and delegations, and an average female deputy worked in 1.93 committees, commissions and delegations (see Table 2).

In the survey, Members of Parliament answered the question which three Parliamentary Committees have, in their opinion, the highest and which three Parliamentary Committees the lowest prestige. We obtained the resulting index – the prestige of a parliamentary committee – as a difference in the number of respondents who stated that a given committee is one of the three committees with the highest prestige, and the number of respondents who stated that a given committee is one of the three with the lowest prestige.

According to this index, the most prestigious committee is the Budget Committee (the prestige index equals 79.3 %), followed by the Constitution and Legal Committee (index

Table 1: Members of Parliament and Senate members by gender

	ÈNR 86	FS 86	PSP 94	SP 96	PSP 98	Senate 98	Senate 00
No. of men	145	247	181	173	170	72	71
No. of men (%)	72.5	70.6	90.5	86.5	85.0	88.9	87.7
No. of women	55	103	19	27	30	9	10
No. of women (%)	27.5	29.4	9.5	13.5	15.0	11.1	12.3

Source: Archives of the House of Deputies of the Parliament of the Czech Republic (PSP ÈR)

55.1 %) and the Economic Committee (index 37.9 %). In the second electoral term, there were 6 female deputies, i.e., 9.7%, out of the total number of 62 members working in these three committees (all six were Members of the Constitution and Legal Committee); in the third electoral term, out of the total 63 Members there were 6 female deputies, i.e., 9.5% (1 female member of the Budget Committee and 5 female Members of the Constitution and Legal Committee).

Table 2: Average membership of Members of Parliament in committees, commission and delegations of the House of Deputies of the Parliament of the Czech Republic in the second and third electoral terms, by gender.

	A	B	C	D
Male deputies in PSP ÈR 96	1.27	0.40	0.28	1.95
Female deputies in PSP ÈR 96	1.37	0.44	0.30	2.11
Male deputies PSP ÈR 98	1.21	0.29	0.33	1.83
Female deputies PSP ÈR 98	1.37	0.23	0.33	1.93

A=Committees, B=Commissions, C=Delegations, D=Total

Source: Archives of the House of Deputies of the Parliament of the Czech Republic (PSP ÈR)

Among all the Parliamentary Committee the prestige index of which is positive, female deputies were represented significantly only in one committee, namely, the Social Policy and Health Care Committee with 8 women in the 19-member committee in the second electoral term and 9 women in the 21-member committee in the third electoral term. Other committees where female deputies were represented to a larger extent were the Mandate and Parliamentary Privilege Committee, the Petition Committee and the Committee for Science, Education, Culture, Youth and Sports (3 committees with the lowest prestige index value); in the third electoral term, these were the Petition Committee (traditionally, a committee with the lowest prestige; in this electoral term the portion of women reached 47.1 %) and the Agricultural Committee (with a negative prestige index value).

Relationship between Members of Parliament and voters

The relationship of Members of Parliament to voters is illustrated by the issue of to what extent Members of Parliament agree with the use of various (even by means of pressure) tools to enforce the will of citizens if the will of Parliament opposes it. The suggested tools were as follows: submitting petitions to the Parliament, writing letters to deputies, threats of strikes / strikes, organization of demonstrations, personal visits to deputies, participation in the meetings of Parliamentary Committees and commissions, negotiations with political clubs, negotiations with party leadership, opinions published in the media and telephone negotiations with deputies. Members of Parliament were most open to letter writing, personal visits and participation in meetings of the Parliamentary Committees and commissions.

Furthermore, it is possible to divide these mechanisms into those with which female deputies tend to agree more and those with which male deputies tend to agree more. Female deputies agree more with the distribution of petitions to Parliament (female deputies "absolutely agree" by 14.9 % more than male deputies), letter writing (female deputies "absolutely agree" by 9.9 % more than male deputies), personal visits to deputies (female deputies "absolutely agree" by 5.1 % more than male deputies), co-participation of citizens at meetings of Parliamentary Committees and commissions (female deputies "absolutely agree" by 9.4 % more than male deputies) and opinions in the media (female deputies "absolutely agree" by 17.5 % more than male deputies).

Only one instrument of pressure found more support among male deputies than female deputies, and that was the threat of a strike/strike. Male deputies "absolutely" agreed by 8.7 % more than female deputies, and "absolutely" and "rather" agreed by 13.1 % more than female deputies. On the other hand, 20.1 % male deputies "absolutely" disagreed (compared to 8.3 % female deputies).

Table 3: To what extent do you agree with the use of the following tool: threaten to strike/ strike to express citizens' will if this will does not find a response in Parliament?

	Male deputy	Female deputy
Absolutely agree	25.4%	16.7%
Rather agree	12.7%	8.3%
Neither agree nor disagree	14.9%	37.5%
Rather disagree	26.9%	29.2%
Absolutely disagree	20.1%	8.3%
Total	100.0%	100.0%

Source: Survey of Parliamentary Deputies conducted by SoÚ AV ÈR

Another question that pertained to this issue was the referendum. This issue was explored in two versions. The first asked whether Members of Parliament considered a referendum that would function as a final vote on bills already passed by the Parliament, to be desirable; the second whether Members of Parliament considered a referendum that would be an auxiliary vote on the bills prior to their discussion in the Parliament, to be desirable. In both cases, female deputies were more open. 54.2% of female deputies (but only 40.9% of male deputies) considered the consultation referendum to be desirable, 30.4% of female deputies (and 16.2% male deputies) considered the referendum as a final vote on an already passed bill to be desirable.

Conclusions

We can state that female deputies are seen, both by voters and their male colleagues, as less professionally defined by field and tend to be classified generally by humanitarian fields, such as social policy, healthcare, education, culture or regional issues. No female deputy in the PSP ÈR (i.e.,

since 1993) has ever been a member of the Economic Committee. In the Budget Committee, Committee of Foreign Affairs, Agricultural Committee and the Committee for Defense and Security (formerly the Armed Forces and Security Committee), female deputies appear only sporadically, in some electoral terms not at all. Moreover, there are only 2 female deputies in the new Committee for the European Integration (established in the third electoral term).

Although it appears that voters approach female deputies more than male deputies (as evidenced from the frequency of personal dealings with voters) and although female deputies generally agree more with various instruments of citizen/voter pressure than male deputies, it is not true that female deputies are more voter-oriented than male deputies.

When asked whether they feel to represent first and foremost "members of their party", "voters of their party", "all citizens of the constituency" or "all citizens of the Czech Republic", female deputies selected the alternatives "all citizens of the Czech Republic" and "all citizens of the constituency" more than male deputies. No female deputy stated that she felt first and foremost be a representative of "member of her party" (but 5.2 % male deputies did) and female deputies also selected the answer that they felt to be representatives of "voters of their party" less frequently than male deputies.

Another issue where such a strong attachment to voters could be revealed was the question how a deputy should vote if s/he held a different opinion than that of voters. When asked whether s/he, in such a case, should vote "in agreement with the voters' opinion", "in agreement with the party line" or "in agreement with their own opinion", female deputies, unlike male deputies, were always able to make a decision. With comparable values for both genders as to the option "in agreement with the voters' opinion", more female deputies opted for the answer "in agreement with the party line of their party". This difference is, however, not substantial enough to become statistically significant in relation to the size of the sample (161 deputies).

Adéla Seidlová *is a member of the research team "Political Sociology" at the Institute of Sociology of AV ÈR.*

---

[1] For the purposes of this text, I have used the appellation "male deputy" for men and "female deputy" purely for women. If deputies of both gender are involved, I opted for the term "Members of Parliament". Similarly, for general appellation of female and male Senators I have used the term "Senate members". (Translator's Note: the Czech language has a female and male gender noun for a member of the Parliament. The male gender is often, however, used to cover both male and female deputies).

[2] The project "Deputies and Senators of the Parliament of the Czech Republic in its third term", GA ÈR grant No. 407/00/0747.

[3] The project "Information and Documentation Center on Central European Parliaments", GA AV ÈR grant No. S7028003.

Dagmara Jajeśniak-Quast, Katarzyna Stokłosa
Geteilte Städte an Oder und Neiße
Frankfurt (Oder) – Słubice, Guben – Gubin und Görlitz – Zgorzelec 1945–1995
2000, 258 S., kart., 48,– DM, 350,– ÖS, 44,50 SFr
ISBN 3-87061-808-6

Milan Milošević
Die Parteienlandschaft Serbiens
Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
2000, 109 S., kart., 24,– DM, 175,– ÖS, 22,– SFr
ISBN 3-8305-0059-9

Claudia Brosta
Der vertragliche Erwerb von Grundeigentum in Tschechien
Eine Untersuchung unter Berücksichtigung des deutschen und des österreichischen Rechts
2000, 236 S., kart., 58,– DM, 423,– ÖS, 53,– SFr
ISBN 3-8305-0083-1

Karina Pallagst
Raumordnung der Tschechischen Republik
Mittel- und Osteuropa vor dem Hintergrund europäischer Raumordnungsbestrebungen
2000, 212 S., kart., 48,– DM, 350,– ÖS, 44,50 SFr
ISBN 3-8305-0077-7

Walburga Glatz
Die Entwicklung des polnischen Zivilrechts
Darstellung und Bewertung unter dem Aspekt wirtschaftlichen Wandels
2001, 301 S., kart., 68, DM, 496, ÖS, 62, SFr
ISBN 3-8305-0101-3

Wendelin Ettmayer
Estland
Der Aufbruch nach Europa
1999, 169 S., kart., 49,– DM, 358,– ÖS, 45,50 SFr
ISBN 3-87061-840-X

Wendelin Ettmayer
Finnland
Ein Volk im Wandel
1999, 299 S., kart., 54,50 DM, 398,– ÖS, 49,50 SFr
ISBN 3-8305-0051-3

Dörte Putensen
Im Konfliktfeld zwischen Ost und West
Finnland, der Kalte Krieg und die deutsche Frage (1947–1973)
2000, 459 S., kart., 74,– DM, 540,– ÖS, 67,50 SFr
ISBN 3-8305-0054-8

BERLIN VERLAG Arno Spitz GmbH
Pacelliallee 5 • 14195 Berlin • Tel. 030/84 17 70-0
E-Mail: berlin-verlag.spitz@t-online.de
Internet: http://www.berlin-verlag.de

Der akteurstheoretische Ansatz und die politische Systemtransformation in Ungarn 1988/1989

von Andreas Schmidt-Schweizer, München/Budapest

Im Jahre 1986 gaben die Politikwissenschaftler Guillermo O'Donnell, Philippe C. Schmitter und Laurence Whitehead eine mehrbändige Studiensammlung mit dem Titel „Transition from Authoritarian Rule" heraus und begründeten damit eine neue Schule der Transformationsforschung.[1] Ihr akteurstheoretischer Ansatz stieß in der Politikwissenschaft auf großes Interesse, diente als Grundlage zahlreicher Untersuchungen und spielt auch gegenwärtig eine besondere Rolle bei der Analyse von Systemwechselprozessen. Zwar betrachten maßgebliche Transformationstheoretiker wie Wolfgang Merkel dieses Modell nicht als den einzig gangbaren Weg der Forschung und plädieren für eine Synthese von System-, Struktur- und Akteurstheorien.[2] Sie sprechen sich aber gleichzeitig dafür aus, bei der Untersuchung von politischen Systemtransformationen prinzipiell vom akteurstheoretischen Ansatz auszugehen und mittels der übrigen Ansätze den Handlungskontext zu bestimmen. Die fortwährende zentrale Bedeutung der global ausgerichteten Akteurstheorie legt es nahe, ihre spezifische Erklärungskraft anhand eines konkreten Fallbeispiels bzw. einer empirischen Länderstudie zu überprüfen.

I. Der akteurstheoretische Ansatz

Das akteurstheoretische Modell, das vor dem Hintergrund der in den siebziger und frühen achtziger Jahren in Lateinamerika und Südeuropa stattfindenden Demokratisierungswelle entwickelt wurde, beschäftigt sich im Gegensatz zu früheren Forschungsrichtungen nicht mit strukturellen oder systembedingten Voraussetzungen von Demokratisierungsprozessen, sondern es beleuchtet ausschließlich den Vorgang der Ablösung autoritärer Systeme durch demokratische Ordnungen.[3] Politische Prozesse werden hierbei als Folge des interaktiven strategischen Handelns der Akteure bzw. ihrer politischen Kosten-Nutzen-Rechnungen verstanden. Insbesondere setzt sich dieser Ansatz mit den subjektiven Interessen, Zielsetzungen, Entscheidungen und Verhaltensweisen der herrschenden und der oppositionellen Eliten auseinander. Objektive Faktoren wie sozio-ökonomische Bedingungen oder politisch-institutionelle Strukturen werden als unwesentlich für den Ausgang der Entwicklungen betrachtet und dementsprechend weitgehend vernachlässigt. Im Zentrum des akteurstheoretischen Ansatzes steht ein maßgeblich von der Rational-Choice-Theorie Adam Przeworskis beeinflusstes Drei-Phasen-Modell.[4] „Liberalisierung", „Demokratisierung" und „Konsolidierung" bilden darin die entscheidenden Stadien des Übergangs von einer autoritären zu einer demokratischen Ordnung.

Gemäß dem akteurstheoretischen Verlaufsmuster beginnt die Liberalisierungsphase – vor dem Hintergrund krisenhafter Entwicklungen und des Auftauchens realistischer alternativer Ordnungsvorstellungen – mit der Spaltung der herrschenden Elite in eine veränderungsbereite Richtung (*Softliner*) und eine konservative, an der bisherigen Linie festhaltende Strömung (*Hardliner*). Die *Softliner* unternehmen den Versuch, den Krisenerscheinungen mittels politischer Zugeständnisse gegenüber der Bevölkerung zu begegnen, d.h. sie sehen eine Lockerung ihrer autoritären Herrschaft bzw. die Erweiterung der Freiheitsrechte vor. Die führende Rolle der Herrschenden im politischen Entscheidungsprozess soll durch diese Maßnahmen aber nicht prinzipiell in Frage gestellt, sondern letztlich konserviert werden. Im Falle einer erfolgreichen Liberalisierung bzw. einer begrenzten politischen Öffnung sieht sich die herrschende Elite – früher oder später – mit einer eigendynamischen innenpolitischen Entwicklung, d.h. mit einer zivilgesellschaftlichen „Pluralisierungslawine", konfrontiert und wird vor die Alternative gestellt, zu Repressionsmaßnahmen zu greifen oder sich für eine Demokratisierung einzusetzen.

Eine Demokratisierung, d.h. der Übergang von einem autoritären Herrschaftssystem zu einer von Rechtsstaatlichkeit und politischem Pluralismus geprägten neuen Ordnung, kann gemäß dem akteurstheoretischen Ansatz nur dann erfolgen, wenn es zu einer – im Regelfall auf einem formellen oder informellen „Pakt" beruhenden – Verständigung und zu Kompromissen zwischen den *Softlinern* und den gemäßigten Kräften der Opposition über die grundlegenden Fragen der Transformation und der zukünftigen politischen Ordnung kommt. Die kompromissunfähigen *Hardliner* sowie die radikalen Kräfte innerhalb der Opposition müssen in dieser Phase von den *Softlinern* und den gemäßigten Oppositionellen politisch in den Hintergrund gedrängt werden. Die Tatsache, dass sich die *Softliner* auf das Demokratisierungexperiment einlassen, beruht laut der Theorie auf einer entsprechenden Kosten-Nutzen-Rechnung sowie auf der – letztlich illusionären – Überzeugung, ihre Herrschaft und Privilegien auch im demokratischen System behaupten zu können.

Die Konsolidierung des demokratischen Systems beginnt gemäß der akteurstheoretischen Schule, wenn nach einer erfolgreichen Einigung erstens eine aus freien, allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgegangene Regierung eingesetzt und zweitens die ausgehandelte demokratische Institutionenordnung bestätigt wird. Die – system- bzw. strukturbezogene – Frage, wann ein demokratisches System als konsolidiert gelten kann, wird vom prozessorientierten akteurstheoretischen Ansatz nicht mehr gestellt.

II. Das ungarische Beispiel

Im Folgenden soll untersucht werden, inwieweit das Drei-Phasen-Modell der Akteurstheorie in seinen Grundzügen auf den Fall der politischen Systemtransformation in Ungarn 1988/1989 angewendet werden kann. Hierbei stütze ich mich auf die zentralen Ergebnisse meiner jüngst veröffentlichten politikgeschichtlichen Untersuchung zum ungarischen Systemwechsel.[5]

Hinsichtlich der Liberalisierungsphase kann festgestellt werden, dass das akteurstheoretische Modell auch für den ungarischen Fall zutrifft. So kam es in Ungarn vor dem Hintergrund einer akuten Wirtschaftskrise 1985/1986 und des „Auftauchens" realisierbarer politischer Alternativen, die die neue Politik der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow seit 1986/1987 eröffnete, zu einer offenen Spaltung innerhalb der herrschenden Elite in *Softliner* (Reformer um Károly Grósz, Imre Pozsgay, Miklós Németh und Rezsõ Nyers) und *Hardliner* (Konservative um János Kádár und seine „Alte Garde"). Mit der Absicht, die marode Planwirtschaft durch einen Kurswechsel in Richtung einer „regulierten Marktwirtschaft" zu sanieren und die führende Rolle der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP) zu stabilisieren, setzten die Reformer Ende 1987/Anfang 1988 mit Unterstützung der gegen den „Kádár-Zirkel" rebellierenden Parteibasis eine politische Liberalisierung im Rahmen des Einparteiensystems durch. Der von ihnen angestrebte „sozialistische Pluralismus" sah unter anderem eine gesetzliche Regelung der Kompetenzen der Partei, ein Streikrecht sowie ein Versammlungs- und Vereinigungsgesetz vor. Im Zuge des Versuchs, den neuen politischen Kurs nach der Ablösung Kádárs und seiner Anhänger im Mai 1988 zu implementieren, offenbarte sich im Sommer/Herbst 1988 eine unerwartete innenpolitische Dynamik, eine „Offensive der Zivilgesellschaft" (Attila Ágh), die die Herrschenden vor die Alternative stellte, die Entwicklungen entweder gewaltsam zu unterdrükken oder sich für einen Übergang zur Demokratie zu entscheiden. Die *Softliner* in der ungarischen Staats- und Parteiführung wählten Ende 1988/Anfang 1989 den Weg der Demokratisierung.

Im Hinblick auf die Frage, warum sich Liberalisierer auf eine Demokratisierung einlassen, liefert der akteurstheoretische Ansatz eine auch für den ungarischen Fall überzeugende Erklärung. Neben dem politischen Kosten-Nutzen-Kalkül, dass eine Repression – aufgrund der nicht mehr garantierten sowjetischen Rückendeckung – mit unvorhergesehenen Risiken einhergehen und die – für die Wende in der Wirtschaft – unverzichtbare ökonomische Hilfeleistung des Westens gefährden würde, kam dem Faktor „Irrationalität" eine entscheidende Bedeutung zu: Die *Softliner* bzw. Transformer innerhalb der MSZMP ließen sich deshalb auf eine Demokratisierung ein, weil sie die – wie sich bereits bei den freien Parlamentswahlen im Frühjahr 1990 zeigen sollte – unrealistische Hoffnung hegten, in einem demokratischen System ebenfalls langfristig an der Macht bleiben zu können, d.h. ihren politischen und ökonomischen Einfluss sowie ihren gesellschaftlichen Status in die neue Ordnung „hinüberretten" zu können. (Imre Pozsgay, die Schlüsselfigur des ungarischen Systemwechsels, ist heute, zehn Jahre nach der Wende, nahezu vollkommen aus dem öffentlichen Leben Ungarns verschwunden.)

In Bezug auf die Demokratisierungsphase geht der akteurstheoretische Ansatzes davon aus, dass diese ausschließlich im Falle von Verständigungslösungen und Kompromissen zwischen den *Softlinern* in der herrschenden Elite und den gemäßigten Oppositionskräften erfolgreich durchlaufen werden kann. Die ungarischen Entwicklungen widersprechen allerdings dieser These. Meinen Untersuchungsergebnissen gemäß spielte im ungarischen Systemwechsel der Interessenausgleich zwischen der Opposition und den Herrschenden nicht die ihm bisher zugeschriebene zentrale Rolle.[6] Zur Begründung seien folgende zwei Aspekte angeführt:

1) In Ungarn erfolgten sowohl die Entmachtung der *Hardliner* innerhalb der Staatspartei als auch die grundlegenden Schritte in Richtung einer parlamentarischen Demokratie „von innen" heraus, d.h. auf Initiative der partei- und regierungsinternen Transformer um Imre Pozsgay, Miklós Németh und Rezsõ Nyers (ohne „Pakte" oder Vereinbarungen mit der Opposition). So ließen die *Softliner* unter anderem Ende 1988/ Anfang 1989 die Gesetze zum Vereinigungs- und Versammlungsrecht verabschieden und führten damit eine Vorentscheidung für eine rechtsstaatlich-pluralistische Ordnung herbei. Im Februar 1989 initiierten sie den Grundsatzbeschluss zugunsten eines kompetitiven Mehrparteiensystems und im Februar/März 1989 setzten sie die Verabschiedung von fundamental gewandelten Verfassungsprinzipien durch. Mit diesen Maßnahmen vollzogen sie einen radikalen Bruch mit der konstitutionellen Ordnung des Kádárismus und schufen die Grundlage für eine parlamentarische Demokratie. Die zahlenmäßig, organisatorisch und programmatisch schwache, in sich gespaltene ungarischen Opposition konnte in diesem entscheidenden Zeitraum den Demokratisierungsprozess nicht wesentlich beeinflussen.

2) Politisches Gewicht erlangte die ungarische Opposition erst im Sommer 1989, als sie von den Machthabern als gleichberechtigter Verhandlungspartner akzeptiert wurde und ihre Vorstellungen über die einzelnen Modalitäten des Übergangs und über die konkrete Ausgestaltung der zukünftigen demokratischen Ordnung am „Nationalen Runden Tisch" in den politischen Entscheidungsprozess einbringen konnte. Wie die eingehende Analyse der Zielsetzungen und Maßnahmen der *Softliner* vom Sommer/ Herbst 1989 zeigt (siehe vor allem die Gesetze bzw. Gesetzentwürfe der Németh-Regierung), wäre das politische System Ungarns zweifellos aber auch ohne die Übereinkunft am Runden Tisch von den partei- und regierungsinternen Transformern im Sinne einer parlamentarischen Demokratie ausgestaltet worden. (Selbstverständlich strebten die *Softliner* hierbei gleichzeitig an, für ihr politisches Überleben vorteilhafte Bestimmungen staatsrechtlich zu verankern.)

Hinsichtlich der Konsolidierungsphase hebt die akteurstheoretische Schule hervor, dass diese beginnt, wenn eine demokratische Regierung eingesetzt wird und dann die neu geschaffenen demokratischen Institutionen verankert und bestätigt werden. Dem ist prinzipiell zuzustimmen. Für Ungarn muss aber darauf hingewiesen werden, dass die Verankerung der neuen, im Wesentlichen bis heute geltenden Verfassungsordnung, die mit der Totalrevision der Verfassung am 23. Oktober 1989 geschah, bereits ein halbes Jahr vor den freien Wahlen (25. März bzw. 8. April 1990) erfolgte, so dass die Wahlen gleichzeitig als Inauguration eines demokratischen Regimes und als Bekräftigung der institutionellen Ordnung gelten können.

III. Fazit

Wie die Überprüfung der einzelnen Phasen des akteurstheoretischen Ansatzes anhand meiner politikgeschichtlichen Untersuchung der ungarischen Entwicklungen zeigt, bietet dieser eine sinnvolle Einteilung des Transformationsprozesses in Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung und legt tragfähige Erklärungsmuster für die Wandlungsprozesse insbesondere hinsichtlich der Liberalisierungsphase vor. Damit erweist sich das Modell auch im ungarischen Fall als eine nützliche Arbeitshilfe zur Rekonstruktion und Analyse des politischen Systemwechsels. Eine hinreichende und umfassende Erklärung des Transformationsprozesses kann dieser Ansatz für Ungarn aber nicht bieten. Dies liegt – nach den Erkenntnissen meiner empirischen Länderstudie – daran, dass die vom globalen akteurstheoretischen Modell als unabdingbar angesehene Kompromiss- bzw. Verständigungslösung in der Demokratisierungsphase im ungarischen Fall keine zentrale, unabdingbare Rolle spielte.

Dr. phil. Andreas Schmidt-Schweizer, *Historiker, München/Budapest, ist z. Z. wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Projekt zu den deutsch-ungarischen Wissenschaftsbeziehungen.*

---

[1] Guillermo O'Donnell/Philipe C. Schmitter/Laurence Whitehead (Hrsg.),Transition from Authoritarian Rule, Baltimore/London 1986.

[2] Wolfgang Merkel, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Opladen 1999, S. 107 ff.; siehe auch Klaus von Beyme, Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt a. M. 1994, S. 39–45.

[3] Diskutiert wird dieser Ansatz ausführlich bei Ellen Bos, Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, in: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, hrsg. von W. Merkel, Opladen 1994, S. 81–109; Wolfgang Merkel, Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?, in: Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, hrsg. von W. Merkel, Opladen 1994, S. 303–331.

[4] Adam Przeworski, Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America, New York 1991; siehe auch Merkel, Struktur oder Akteur, S. 314–326; Bos, Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren, S. 81–109.

[5] Andreas Schmidt-Schweizer, Vom Reformsozialismus zur Systemtransformation in Ungarn. Politische Veränderungsbestrebungen innerhalb der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP) von 1986 bis 1989, Frankfurt a. M./Bern/Wien 2000 (Diss.).

[6] Die gebräuchliche, offensichtlich vom akteurstheoretischen Modell beeinflusste Charakterisierung des ungarischen Systemwechsels als „ausgehandelte Revolution" (László Bruszt, 1989: Magyarország tárgyalásos forradalma (1989: Ungarns verhandelte Revolution), in: Magyarország Politikai Évkönyve (Politisches Jahrbuch Ungarns) (1989), Budapest 1990, S. 160–166; Rudolf Tõkés, Hungary's negotiated revolution. Economic reform, social change and political succession, 1957–1990, Cambridge 1996) oder als „Revolution auf dem Verhandlungsweg" (Beyme, Systemwechsel, S. 94) ist daher nicht haltbar.

fibre

Łukasz Gałecki / Basil Kerski (Hrsg.):
DIE POLNISCHE EMIGRATION UND EUROPA 1945–1990
Eine Bilanz des politischen Denkens und der Literatur Polens im Exil
ISBN 3-929759-60-8 · 269 S. · DM 38,-

Neu in der Reihe »Klio in Polen« – Polnisch-deutsche Übersetzungsreihe des DHI Warschau:
Andrzej Wyczański:
POLEN ALS ADELSREPUBLIK (1506–1764)
ISBN 3-929759-40-3 · DM 58,-

Neu in der Reihe »Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau«:
Ute Caumanns / Mathias Niendorf (Hrsg.):
VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN. ANTHROPOLOGISCHE KONSTANTEN – HISTORISCHE VARIANTEN
ISBN 3-929759-47-0 · DM 58,-

fibre Verlag · Martinistraße 37 · D-49080 Osnabrück
Telefon 05 41/43 18 38 · Telefax 05 41/43 27 86
e-mail: info@fibre-verlag.de · www.fibre-verlag.de

Das Nationale Institut für Strategische Studien (NISS) in Kiev

von Martin Malek, Wien

Geschichte

Das Nationale Institut für Strategische Studien (Nacional'nij institut stratehiènich doslid•en´) wurde im März 1992, also nur wenige Monate nach der Unabhängigkeit der Ukraine, geschaffen. Es war zunächst dem Präsidenten der Ukraine (damals Leonid Kravèuk), dann dem Nationalen Rat für Sicherheit und Verteidigung, dem der Präsident vorsitzt, unterstellt. Gründungsdirektor war der Ökonom Prof. Serhiy Piro•kov. Im November 1996 folgte ihm General Oleksandr Belov nach, der auch den Posten eines stellvertretenden Sekretärs des Nationalen Rates für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine bekleidet. Piro•kov ist nun Direktor des 1997 ins Leben gerufenen Nationalen Instituts für ukrainisch-russische Beziehungen in Kiev, das mit dem NISS eng kooperiert. Im November 2000 fiel die Entscheidung, das NISS wieder der Administration des Präsidenten, Leonid Kuèma, zu unterstellen; Belov blieb jedoch stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrates.

Auftrag

Hauptaufgabe des NISS ist die wissenschaftliche Begleitung und Unterstützung des politischen Entscheidungsfindungsprozesses. Es führt Grundlagen- und angewandte Forschung unter anderem in folgenden Bereichen durch: Nationale Sicherheit; internationale Sicherheit und Außenpolitik; nationale Verteidigungspolitik; Strategien; politische Analysen und Strategien; soziale und ökonomische Strategien; humanitäre Fragen; ökologische Sicherheit; Informationssicherheit; regionale Entwicklungen. Das NISS

- formuliert Optionen und auf Forschungsergebnisse gestützte Empfehlungen für den Präsidenten der Ukraine und Einrichtungen der Regierung in allen wichtigen Bereichen der nationalen Sicherheit;
- führt politikrelevante Forschungen und Analysen zu Fragen durch, die mit der nationalen Sicherheit im strategischen Kontext zu tun haben;
- analysiert die Hauptbedrohungen für die nationalen Interessen der Ukraine und deren Dynamik;
- schätzt Möglichkeiten und Risiken für die Ukraine auf regionaler und globaler Ebene ab;
- nimmt Expertenbewertungen der nationalen Politik, legislativer Akte und anderer juristischer Dokumente vor.

Im Statut des NISS sind folgende Prinzipien verankert, von denen es sich in seiner Arbeit leiten lassen soll:

- Förderung von strategischem Denken in allen Instanzen der Regierung;
- Unterstützung der demokratischen Prozesse und marktwirtschaftlichen Reformen in der Ukraine;
- Ausarbeitung und Verbreitung von unabhängigen und unvoreingenommenen Auffassungen zur künftigen Entwicklung der Ukraine.

Struktur

In der Zentrale des NISS in Kiev (Pirogov-Straße 7a, unmittelbar neben der Metrostation „Universität") arbeitet ein Kernbestand von ca. 70 Forschern. Die wichtigsten Abteilungen sind:

- Abteilung für Militärpolitik
- Abteilung für außenpolitische Strategie,
- Abteilung für Informationstechnologie,
- Abteilung für sozioökonomische Strategie und ökonomische Sicherheit,
- Abteilung für ökologische Sicherheit,
- Abteilung für demographische Probleme.

Personal

Das NISS verfügt über Filialen in Dnipropetrovsk und Charkiv mit je 30 Forschern. Zur Einschätzung der laufenden Entwicklungen in den Regionen der riesigen Ukraine (Fläche 603.700 Quadratkilometer, ca. 50 Mio. Einwohner) anhand bestimmter Kriterien hat das NISS 1998 eigene regionale Informations- und Analyse-Zentren in Simferopol', Doneck und U•horod etabliert; in L'viv (Lemberg) und Odessa sollen noch weitere dazukommen. Diese Zentren arbeiten mit lokalen Regierungsstellen zusammen und führen eigene Forschungsprogramme durch, welche die regionalen Entwicklungsstrategien unterstützen sollen.

Mitarbeiter des NISS berichten, dass sich die allgemein bekannte regionale Inhomogenität der Ukraine – dem nationaldemokratisch ausgerichteten Westen stehen die östlichen und südlichen, mehr oder weniger russifizierten Landesteile gegenüber, wo die Linksparteien stark sind – auch auf die Arbeit des Instituts (und konkret seine Tätigkeit im Bereich der Politikberatung) auswirkt: Aus dem Westen des Landes oder aus Kiev stammende Mitarbeiter neigen allgemein zu einer Befürwortung einer möglichst engen Teilnahme der Ukraine an der westeuropäischen und euro-atlantischen Integration in Wirtschaft und Sicherheit, während Fachleute aus dem Osten des Landes eher ein Näheverhältnis zu Moskau und eine intensivere Beteiligung an der politischen, wirtschaftlichen und militärischen „Integration" im Rahmen der GUS, die Russland forciert, empfehlen.

Die Außenpolitik der Ukraine versucht, hier einen Kompromisskurs zu steuern: Einerseits wird ein Beitritt zur EU angestrebt (der noch in weiter Ferne liegt), andererseits ist man an einem guten Verhältnis zu Russland und seinem engen Verbündeten Belarus interessiert. Mitgliedschaft in der NATO stellt die Staatsführung derzeit offiziell

nicht zur Diskussion, da dies in der ukrainischen Gesellschaft keinesfalls mehrheitsfähig wäre, heftigen Widerstand Moskaus auslösen würde und auch in der Allianz selbst keinesfalls auf Begeisterung stieße. Das hindert allerdings einige Parteien und Politiker der Rechten und der Mitte nicht, diese Forderung zu propagieren. Das tat etwa Expräsident Kravèuk, jetzt Spitzenfunktionär der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei und nach wie vor einer der einflussreichsten Politiker der Ukraine, im Gespräch mit dem Verfasser Anfang September 2000 in Kiev.

Tätigkeit

Die Finanzierung des NISS erfolgt in erster Linie aus dem Staatsbudget. Das Institut unternimmt aber auch spezifische Forschungsprojekte, die von öffentlichen und privaten Fonds finanziert werden.

Das NISS kann für seine Forschungs- und Analysetätigkeit die Ressourcen von externen Fachleuten und Regierungsbeamten in Anspruch nehmen. NISS-Mitarbeiter lehren auch an verschiedenen Hochschulen.

Spezialisten des NISS haben in verschiedenen Arbeitsgruppen und Kommissionen an der Erstellung von für die Ukraine und ihre Sicherheit zentralen Dokumenten mitgearbeitet, so an der Militärdoktrin (1993), der 1996 verabschiedeten Verfassung, der Konzeption für Nationale Sicherheit (1997), dem Programm für die ökonomische Sicherheit der Ukraine sowie den Programmen für die wirtschaftliche Kooperation mit Russland bis 2007 und die Bekämpfung der Schattenwirtschaft. NISS-Mitarbeiter nahmen auch als Mitglieder der ukrainischen Delegation an Abrüstungsgesprächen in Genf teil.

Das NISS organisiert Seminare, wo Institutsmitarbeiter mit externen Experten die wichtigsten Forschungsprojekte diskutieren. Diese finden mitunter in internationaler Kooperation statt; so wurde im Juni 2000 in Kiev zusammen mit der Universität von Lancaster (Großbritannien) das Seminar „Streitkräfte, Gesellschaft, Staat“ abgehalten. Zudem veranstaltet das NISS Gespräche von Politikern, Regierungsbeamten, Analytikern, Diplomaten, Journalisten usw. am „Runden Tisch“, um ein neues Denken und Debatten zu aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik der Ukraine zu fördern. Themen waren dabei unter anderem: „Die nationale Sicherheitsstrategie“, „Die Sicherheit der ökonomischen Transformation“, „Informationssicherheit“ usw. Mitunter gelingt es dem NISS auch, prominente Gäste nach Kiev zu holen. So nahm der US-Politologe Prof. Samuel Huntington im Oktober 2000 an einem „Runden Tisch“ zum Thema „Die neue Weltordnung im 21. Jahrhundert: Tendenzen und die europäische Dimension“ teil.

Kontakte

Das NISS unterhält Arbeitsbeziehungen mit Einrichtungen der ukrainischen Regierung und internationalen Vertretungen in der Ukraine. Es sieht Kontakte mit verschiedenen Institutionen und Einzelpersonen inner- und außerhalb der Ukraine auch zwecks Durchführung gemeinsamer Forschungen als unverzichtbaren Teil seiner Arbeit an und ist an deren Ausbau interessiert.

Im Jahr 2000 tauschten die von einem Kapitän 1. Ranges (ein Oberst zur See), Dozent Grihorij Perepelicja, geleitete Abteilung für Militärpolitik des NISS und die Abteilung für internationale Friedenssicherung der Landesverteidigungsakademie (LVAk) in Wien je einen Forscher aus. Auf diese Weise kam mit dem Verfasser erstmals ein ausländischer Praktikant für einen Monat an das NISS. Es bedurfte dazu allerdings der Überwindung einiger bürokratischer Hindernisse. So ist das NISS ein „geschlossenes“ Institut, das man ohne Passierschein, der im vorhinein zu beantragen ist, nicht einmal kurz besuchen kann; am Eingang sitzen uniformierte Wächter. Dem ausländischen Gast wurde ein freundlicher Empfang bereitet und ein Internet-Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt. Nicht zu übersehen war allerdings die in manchen Bereichen veraltete und unzureichende Infrastruktur; das betraf vor allem Fax, Kopierer und Drucker. Dafür gab es die Möglichkeit, die Bibliothek des NISS in Anspruch zu nehmen. Sie umfasst über 5.000 Bücher und abonniert Dutzende (vor allem ukrainische und russische) Zeitungen sowie Zeitschriften zu internationalen Fragen, Politik und Wirtschaft.

Promotionsrecht

Das NISS brachte bei der Obersten Attestationskommission der Ukraine einen Antrag auf Schaffung eines wissenschaftlichen Rates zur Verteidigung von Dissertationen zwecks Zuerkennung der akademischen Grade eines Kandidaten bzw. Doktors der Wissenschaften ein, um die einschlägige Ausbildung von Wissenschaftlern zu verbessern und zur Erfüllung der verfassungsmäßigen Aufgaben des Nationalen Rates für Sicherheit und Verteidigung bezüglich Koordinierung und Kontrolle von Aktivitäten im Bereich nationale Sicherheit und Verteidigung durch bekannte Wissenschaftler des NISS beizutragen. 1999 entsprach die Attestationskommission dem Antrag. Beim NISS und dem Institut für ukrainisch-russische Beziehungen wurde ein spezieller Rat angesiedelt, der das Recht hat, in folgenden vier Fächern Kandidaten- und Doktordissertationen entgegenzunehmen: Grundlagen der nationalen Sicherheit des Staates (Politikwissenschaft), Humanitäre und politische Sicherheit des Staates (philosophische Wissenschaften), Ökonomische Sicherheit des Staates (Wirtschaftswissenschaften) und Informationssicherheit des Staates (technische Wissenschaften). Dem Rat gehören Doktoren der Wissenschaft aus dem Apparat des Nationalen Rates für Sicherheit und Verteidigung, des NISS, des Instituts für ukrainisch-russische Beziehungen sowie aus anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und Ministerien der Ukraine an. Der Rat soll einen Mechanismus zur Ausbildung und Auswahl der besten Fachleute zur Arbeit in analytischen Diensten und Forschungsinstitutionen des Nationalen Rates für Sicherheit und Verteidigung bereitstellen und diesem die Möglichkeit geben, die Forschung im Bereich der nationalen Sicherheit zu beeinflussen.

Publikationen

Die nicht vertraulichen Ergebnisse der Arbeit des NISS werden in Monographien, Research Papers, Berichten sowie einzelnen Kommentaren und Informationen für ukrainische und ausländische Massenmedien publiziert. Diese Materialien gehen an über 200 Organisationen und Einzelpersonen, darunter Funktionsträger und Mitarbeiter der Administration des Präsidenten der Ukraine, der Obersten Rada (Parlament), des Nationalen Rates für Sicherheit und Verteidigung, des Ministerrates (Kabmin) sowie zentraler und lokaler Regierungsstellen, Vertretungen der Ukraine im Ausland, internationale Organisationen sowie Forschungs- und Lehreinrichtungen.

Seit 1998 bringen das NISS und das Institut für ukrainisch-russische Beziehungen die Zeitschrift „Stratehièna Panorama“ (Strategisches Panorama) heraus, die sich mit Fragen der nationalen und internationalen Sicherheit der Ukraine befasst. Sie geht dabei von einem weiten Sicherheitsbegriff aus, in dessen Rahmen die rein militärische Sicherheit lediglich eine von mehreren Komponenten darstellt. So kann man in der Zeitschrift auch Beiträge zu religiösen und kirchenpolitischen Problemen finden. Das mag über Sicherheitspolitik arbeitende westliche Forscher verwundern, ist aber aus dem spezifischen ukrainischen Kontext heraus verständlich: Das Kiever Patriarchat und das Moskauer Patriarchat der orthodoxen Kirche in der Ukraine stehen in einem Wettstreit um die Sympathien der Gläubigen, der nicht losgelöst von den generellen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland betrachtet werden kann.

Die Auflage von „Stratehièna Panorama“ beträgt 500 Exemplare; zweimal im Jahr erscheint je eine Doppelnummer. Der Umfang ist von 174 Seiten (Nr.1–2/1998) auf 246 (Nr. 1–2/2000) gewachsen. Die Zeitschrift ist im Internet frei zugänglich (*www.niss.gov.ua/book/title.htm*). Chefredakteur ist Volodymyr Horbulin, Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine und bis November 1999 Sekretär des Nationalen Rates für Sicherheit und Verteidigung (über dessen Entscheidungen die Zeitschrift laufend informiert); Belov und Piro•kov fungieren als Stellvertreter des Chefredakteurs. Es ist zu bedauern, dass das informative „Stratehièna Panorama“ nur auf Ukrainisch erscheint, das im Ausland (von der ukrainischen Diaspora abgesehen) lediglich von einem relativ kleinen Kreis von Spezialisten beherrscht wird; eine englische Ausgabe würde den Verbreitungsgrad im Ausland und damit die Aufmerksamkeit für die Arbeit des NISS natürlich erhöhen. Zudem ist festzuhalten, dass die Verfasser der Beiträge fast ausschließlich aus der Ukraine selbst stammen; die vermehrte Heranziehung auch ausländischer Autoren könnte die sicherheitspolitische Debatte im Land nur bereichern.

Dr. phil. Martin Malek *ist für die GUS zuständiger wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Friedenssicherung der Landesverteidigungsakademie, Wien.*

Herwig Roggemann (Hrsg.)
Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas
Einführung und Verfassungstexte mit Übersichten und Schaubildern
1999, 1.129 S., kart., 148,– DM, 1080,– ÖS, 131,50 SFr
ISBN 3-87061-557-5

Reinhard Richardi (Hrsg.)
Individuelles Arbeitsrecht in Osteuropa
2000, 238 S., kart., 58,– DM, 423,– ÖS, 53,– SFr
ISBN 3-8305-0097-1

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin und Deutsche Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit e.V. Bonn (Hrsg.)
Zivilgesetzbuch der Russischen Föderation (Zweiter Teil) von 1995
bearbeitet und eingeleitet von Herwig Roggemann und Wilfried Bergmann
2000, 523 S., kart., 98,– DM, 715,– ÖS, 89,– SFr
ISBN 3-87061-639-3

Boris Meissner
Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen
Ausgewählte Beiträge
2000, 135 S., geb., 39,– DM, 285,– ÖS, 36,– SFr
ISBN 3-8305-0102-1

Elisabeth Cheauré (Hrsg.)
Kunstmarkt und Kanonbildung
Tendenzen in der russischen Kultur heute
2000, 334 S., 13 Abb., kart., 78,– DM, 569,– ÖS, 71,– SFr
ISBN 3-8305-0110-2

Klaus Ziemer (Hrsg.)
Die Neuorganisation der politischen Gesellschaft
Staatliche Institutionen und intermediäre Instanzen in postkommunistischen Staaten Europas
2000, 263 S., kart., 64,– DM, 467,– ÖS, 58,– SFr
ISBN 3-8305-0099-8

Georg Brunner (Hrsg.)
Politische und ökonomische Transformation in Osteuropa
3. aktual. Aufl. 2000, 252 S., kart., 64,– DM, 467,– ÖS, 58,– SFr, ISBN 3-8305-0041-6

BERLIN VERLAG Arno Spitz GmbH
Pacelliallee 5 • 14195 Berlin • Tel. 030/84 17 70-0
E-Mail: berlin-verlag.spitz@t-online.de
Internet: http://www.berlin-verlag.de

Nationsbildung der Ukraine im Spiegel der Kämpfe um die Nationalisierung von Religion (1861–1921)

von Ricarda Vulpius, Berlin

Noch heute reiben sich viele Menschen im westlichen Europa verwundert die Augen und fragen sich, wie scheinbar aus dem „Nichts" heraus eine neuer und zudem der flächengrößte Staat Europas (Russland beiseite gelassen) 1991 auf der politischen Landkarte erscheinen konnte. Das Wissen um die Ukraine, ihre Bewohner und ihre Geschichte ist verhältnismäßig dünn gesät – ein Erfolg der sowjetischen Selbstdarstellung, wonach die verschiedenen nationalen Identitäten hinter die einende, sowjetische Identität zurückgetreten seien und kaum mehr Bedeutung hätten. Im verständlichen, zuweilen aber übereifernden Nachholbedürfnis nach Anerkennung einer ukrainischen Nation im Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit bemühen sich ukrainische Historiker und Staatsmänner, gegen russische bzw. sowjetische Vereinnahmungen von Teilen der Geschichte anzugehen, die als die „eigenen" angesehen werden. Aneignung der Geschichte bzw. genauer: Aneignung der Deutungsmacht über die Geschichte für die kollektive Erinnerung ist dabei konstitutiv für die Gegenwart und Zukunft des jungen Staates. „Leben ist, woran man sich erinnert", hat Gabriel García Márquez geschrieben, und man könnte dies erweiternd auch auf das „Leben" der Ukraine als Nationalstaat formulieren: Er wird langfristig nur dann gegen Expansionswünsche der Russischen Föderation bestehen können, wenn die Gesellschaft kollektive Erinnerung kreieren, sich auf ein gemeinsames, von russischer Deutung unterschiedenes Geschichtsbild wird einigen können.

Vasyl' Lypkivs'kyj, erster Metropolit „von Kiev und der ganzen Ukraine" der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche (1921–1927)

Das größte Hindernis für die Ukrainer, aber auch für die Stabilität des russischen nationalen Selbstverständnisses ist das Verhältnis zum „großen", russischen bzw. zum „kleinen", ukrainischen Bruder. Schon das russische Zarenreich hatte ein Problem mit der Ukraine. Gegenüber keiner anderen Ethnie verhielt sich die Regierung des damaligen Vielvölkerreiches vergleichbar restriktiv und allergisch wie gegenüber den von russischer Seite als *Kleinrussen* bezeichneten Ukrainern. Nicht nur der Name Ukraine wurde im 19. Jahrhundert aus dem offiziellen Sprachgebrauch verbannt, auch von der Sprache behauptete der russische Innenminister Valuev 1863, dass es sie nie gegeben habe, nicht gebe und auch nie geben werde. Bis in die jüngste Zeit hinein war die Zugehörigkeit der *Kleinrussen* zu einem großrussischen Reich für das Identitätskonzept der Russen konstitutiv.

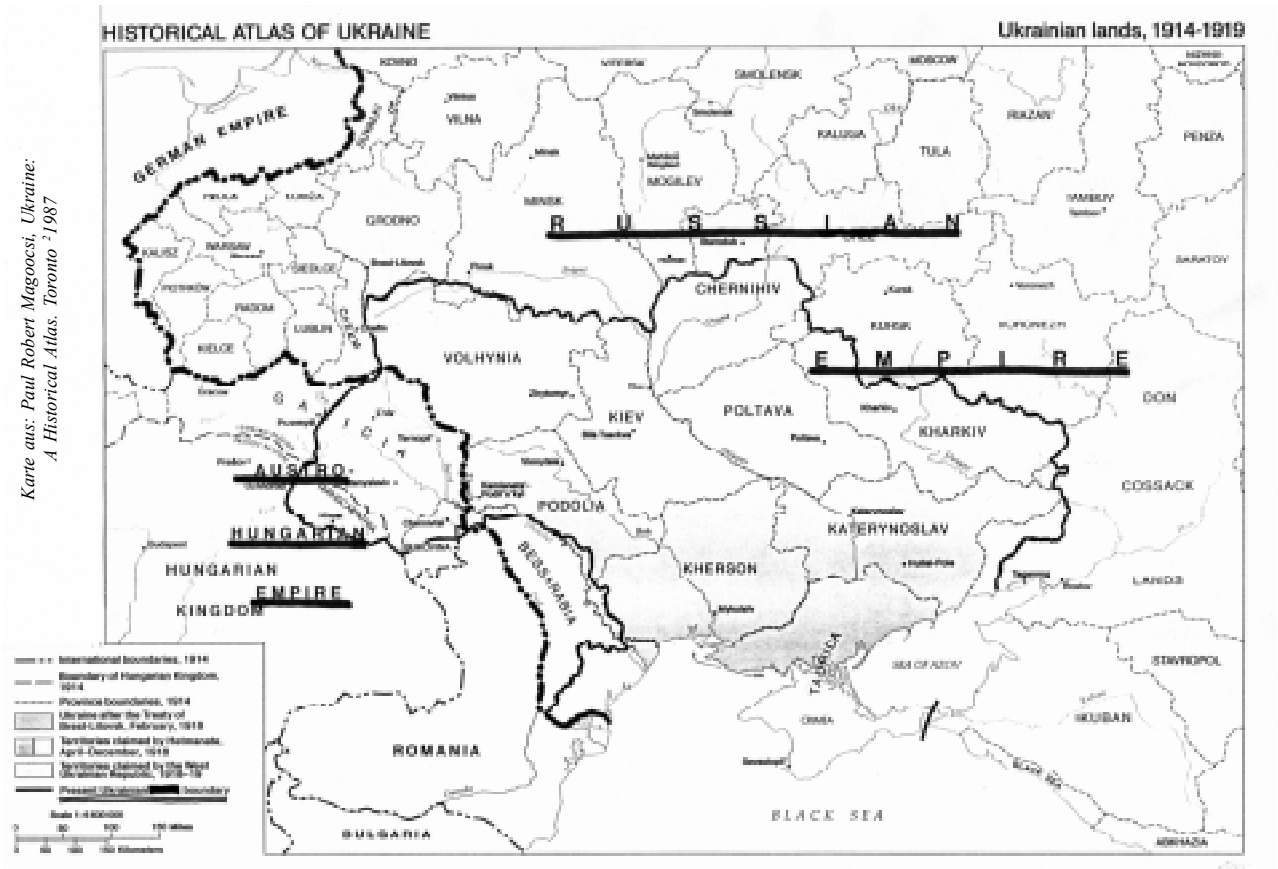
Umgekehrt dominierte das Verhältnis zu den *Großrussen* das Schicksal der ukrainischen Nationswerdung. Je stärker sich seit dem 17. Jahrhundert Teile der Ukraine an den großen Nachbarn anlehnten, meist aus Schutzsuche gegenüber vermeintlichen oder tatsächlichen Begierden des als „kriegerisch" wahrgenommenen Katholizismus aus dem Westen, desto stärker waren sie zur Aufgabe ihrer politischen und allmählich auch kulturellen Eigenständigkeit gezwungen. Ein Zusammenwirken mit großrussischen Kräften – sei es auf politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Ebene – hatte immer die Assimilierung an den größeren Bruder zur Folge.

Spiegelbild dieser engen Interdependenz und besonders fruchtbares Feld für die Analyse der ukrainisch-russischen Beziehungen sind die innerkirchlichen Beziehungen. Die orthodoxe Kirche bietet sich besonders gut zur Untersuchung an, weil die für sie charakteristische enge Verknüpfung von Religion und Ethnizität einerseits sowie von Kirche und Staat andererseits sie zum Instrument nationaler Ziele auf beiden Seiten prädestinierte. Wann immer in der Geschichte eine orthodox geprägte Ethnie die staatliche Unabhängigkeit erlangte, hatte sich die orthodoxe Kirche in institutioneller und sozialer Hinsicht zu einer Nationalkirche entwickelt – so in Russland, Serbien, Griechenland, Bulgarien, Georgien, Rumänien und in Mazedonien. Für die russophile Seite der Kirchenkreise lag die Bedeutung einer russischen Nationalkirche daher in der Bindung der Ukrainer an den großrussischen Staat, auch und gerade zu Zeiten, in denen die gemeinsame Staatlichkeit mit den Ukrainern abhanden gekommen war. Für die ukrainophile Seite bot mangels staatlicher Kontinuität die Kirche im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert das – wenn auch nicht immer genutzte – Potenzial, eine gedankliche Brücke zur Blüte ukrainischer Eigenständigkeit im 17. Jahrhundert zu kreieren und damit die ukrainische Staatsgründung in den Jahren nach der Februarrevolution von 1917 zu unterstützen.[1]

Besonders reizvoll erscheint die Untersuchung der Dichotomie des russophilen und ukrainophilen Lagers im Vergleich mit den Verhältnissen innerhalb der ukrainisch unierten (oder auch griechisch-katholisch genannten) Kirche in Galizien, welche dort mittels Förderung durch die habsburgische Regierung und durch die konfessionelle Konfrontation mit den katholischen Polen eine Vorreiterrolle für die ukrainische Nationalbewegung einnehmen konnte. Im folgenden seien einige vorläufige Ergebnisse dieses Vergleiches zusammengefasst.

Während die griechisch-katholische Kirche im Anfangsstadium der ukrainischen Nationalbewegung für diese von Bedeutung war und anschließend ihre Relevanz eher abnahm, verlief die Entwicklung in Kleinrussland genau umgekehrt. Mit zunehmender politischer Destabiliserung des Zarenreiches gewann der ukrainophile „Flügel" der Geistlichkeit an Bedeutung, bis er nach der Revolution durch die Gründung der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche (UAOK) seinen Höhepunkt erreichte. Die Ursache hierfür weist auf einen weiteren signifikanten Unterschied hin: Die ukrainophilen westukrainischen Geistlichen verdankten ihre gesellschaftlich privilegierte Position in erster Linie der Regierung in Wien, waren daher regierungsloyal und zählten im Laufe des 19. Jahrhunderts in Opposition zur erstarkenden sozialistischen (und vielfach atheistisch gesinnten) Bewegung eher zu den politisch und sozial verharrenden Kräften Galiziens. Für die meisten ukrainophilen Geistlichen der Dnjepr-Ukraine galt das Gegenteil. Besonders für die späteren Begründer der UAOK dienten St. Petersburg und die russisch-orthodoxe Kirche als Inbegriff des überkommenen, reformunfähigen Systems. Bereits in ihren vorrevolutionären Aktivitäten tauchen neben nationalen Bestrebungen (besonders auf dem sprachlich-kulturellen Gebiet) immer auch sozialistische Forderungen auf, die vor allem auf eine Umgestaltung der hierarchischen kirchlichen Verwaltungsstrukturen zielten. Die religiöse Reformbewegung wirkte zum Teil daher als Stimulanz für eine ethnisch-nationale „Selbsterneuerung". Nach 1917 finden beide Ziele gleichberechtigt Eingang in das Programm der UAOK: Ukrainische Sprache im Gottesdienst und auf allen kirchlichen Ebenen, vollständige kirchliche Eigenständigkeit (Autokephalie) und Demokratisierung der Kirchenstrukturen (*Sobornopravnist'*).

Ein weiterer entscheidender Unterschied zwischen der kirchenpolitischen – und damit auch nationalen – Entwicklung der Westukraine und der Dnjepr-Ukraine lag in der unterschiedlichen Wirkung der Feindbilder. Ihre Bedeutung für die relative Schwäche bzw. Stärke des ukrainophilen Lagers innerhalb der Kirchenkreise kann kaum überschätzt werden: Während in Galizien die religiöse Differenz gegenüber den katholischen Polen und Juden die ukrainische Nationalbewegung entscheidend förderte, war eben diese Differenz gegenüber den insbesondere nach dem Toleranzgesetz von 1905 immer intensiver agitierenden



Bis zum 1. Weltkrieg war die Ukraine in das österreichisch beherrschte Galizien und in die russisch beherrschte Dnjepr-Ukraine geteilt.

Katholiken in Kleinrussland für die orthodoxen Geistlichen ein Hindernis für nationales Selbstbewusstsein; der konfessionelle Antagonismus trieb sie erst recht in die Arme „der Großrussen", die als Träger der gleichen Konfession in den Augen vieler Kleinrussen zum einzig wahren Beschützer der Orthodoxie avancierten. Die kulturelle Unterdrückung durch die Zarenregierung, die Protest und Opposition auch unter weniger national bewussten Kleinrussen weckte, konnte im russischen Reich nur als schwacher Ersatz für die Dynamik dienen, die in Galizien der religiösen Konfrontation mit den katholischen Polen entsprang.

Doch bei allen Unterschieden bleibt eine entscheidende Parallele zwischen der skizzierten Entwicklung in Galizien und in der Dnjepr-Ukraine. Die Wendepunkte für den Einfluss der nationalen Orientierungen innerhalb der griechisch-katholischen Geistlichkeit Galiziens[2] lassen sich wie die Wendepunkte in Kleinrussland[3] auf politische Maßnahmen der jeweiligen Reichsregierungen bzw. Revolutionen zurückführen. Es war daher sowohl in Galizien als auch in der Dnjepr-Ukraine nicht die Stärke oder Überlegenheit des einen kollektiven Entwurfes über den anderen aus sich heraus, sondern äußere politische Faktoren bestimmten – wie so oft in der ukrainischen Geschichte – den Kampf um die Vorherrschaft verschiedener Entwürfe nationaler Identität. Insofern muss die in der jüngsten Forschung zuweilen erfolgte Überbetonung des freien Willens bei der Konstruktion von Nationen[4] zumindest für den Fall der Ukraine modifiziert und stärker auf die politischen Begrenzungen einer akteurszentrierten Interpretation hingewiesen werden.[5]

Ricarda Vulpius *ist seit 1997 Akademische Mitarbeiterin am Osteuropa-Institut, wo sie zur russischen und ukrainischen Nationsbildung lehrt. Sie schreibt ihre Dissertation zur Nationalisierung von Religion in der Ukraine bei Prof. Dr. Andreas Kappeler (Wien).*

---

1 Genau hierin liegt auch die Brisanz der heutigen Kirchenstreitigkeiten auf ukrainischem Territorium, die eine Wiederholung der Kirchenkämpfe zu Beginn des 20. Jahrhunderts darstellen: Wieder streitet die orthodoxe Kirche, die unter der Moskauer Jurisdiktion steht, mit solchen orthodoxen Kirchen, die unabhängig in der Ukraine wirken wollen. Zu letzteren zählt die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Kiever Patriarchats sowie die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche, welche bislang offiziell nicht anerkannt ist.

2 In Galizien führten die Ereignisse der Jahre 1867 und 1882 zu jeweils erheblichen Veränderungen: 1867 erfolgte der sogenannte österreichisch-ungarische Reichsausgleich, 1882 kam es zu einem Prozeß gegen Pfarrer und Mitglieder einer Gemeinde, die geschlossen zur Orthodoxie übertreten wollte. Näheres bei Himka, John-Paul: Religion and Nationality in Western Ukraine: The Greek Catholic Church and the Ruthenian National Movement in Galicia, 1867–1900. Montreal u.a. 1999.

3 In der russisch beherrschten Dnjepr-Ukraine (damals allgemein auch Kleinrussland genannt) bildeten die Revolutionen von 1904/05 und von 1917/18 die entscheidenden Zäsuren.

4 Verwiesen sei beispielsweise auf die Werke von Ernest Gellner und Eric Hobsbawm.

5 Vgl. auch Himka, Religion and Nationality, S. 210–212.

Die Praktikumsbörse am Osteuropa-Institut der FU Berlin

- vermittelt Praktika mit Osteuropabezug
- aus allen Bereichen – vom Wirtschaftspraktikum bis zum Praktikum im sozialen Bereich
- in den osteuropäischen Ländern wie in Deutschland

Praktika suchen

Die Praktikumsbörse bietet Studierenden Hilfe zur Selbsthilfe für die Praktikumssuche.
Wir unterstützen mit Adressen, Tipps und konkreten Kontakten.

Praktika anbieten

Die Praktikumsbörse hilft Organisationen, Firmen und anderen Praktikums-Anbietern, qualifizierte PraktikantInnen mit Osteuropa-Kompetenz zu finden.
Veröffentlichen Sie Ihr Praktikumsangebot auf unserer Homepage im Internet:

Http://userpage.fu-berlin.de/~oeprakt/anbieten

Kontakt

Praktikumsbörse Osteuropa am OEI
– Hanno Gundert –
Garystr. 55, 14195 Berlin
 030/838-52074 Fax: 030/838-53788
e-Mail:oeprakt@zedat.fu-berlin.de

im Internet

http://userpage.fu-berlin.de/~oeprakt

Sprechstunde

im SoSe 2001 (voraussichtlich):
Donnerstags, 13–15 Uhr
im Studienbüro des OEI
(Raum 017, EG)

Krisenregion Nordkaukasus

Kurze Zwischenergebnisse einer Fact-Finding-Mission für ein Forschungsprojekt

von Ludmilla Lobova, Wien

Der Nordkaukasus ist aufgrund ethnischer, religiöser, sozialer und wirtschaftlicher Gegebenheiten hinsichtlich der staatlichen Verwaltung durch föderale russische Organe und der Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit die problematischste Region Russlands. Hier ist es zu großmaßstäblichen bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen, so zu dem Konflikt zwischen Osseten und Inguschen um den Prigorodny-Bezirk Ende 1992 und zu den beiden verheerenden Kriegen in Tschetschenien (1994–96 und seit September 1999). Hierin liegt einerseits der Ursprung des militanten Separatismus auf dem Territorium Russlands; andererseits hat die russische Führung auch folgenschwere Fehler begangen, die ungeheure Opfer und Zerstörungen nach sich zogen. Das liegt auch und gerade daran, dass der Kreml nach wie vor kein plausibles und umsetzbares nationalitätenpolitisches Konzept für diese Region ausgearbeitet hat. Man scheint das für überflüssig zu halten: Die politische Elite in Moskau sieht den einzigen Ausweg zur Lösung der Tschetschenienfrage nach wie vor in der Anwendung von Gewalt, was die Zahl der Menschenopfer nur vergrößert, Flüchtlingsströme auslöst sowie die sozioökonomischen Probleme weiter verschärft. Dabei sind im Süden Russlands mehrere wissenschaftliche Zentren und Institute zur Erforschung und Lösung der nordkaukasischen Konflikte entstanden, wo nicht nur führende russische, sondern auch ausländische Kaukasusexperten tätig sind. Sie haben zahlreiche Vorschläge und Programme zur Lösung der Probleme der Region vorgelegt. Stellvertretend für viele seien hier nur genannt: Prof. Wladimir Nachuschew, ein anerkannter Fachmann in Nationalitätenfragen und Direktor des Karatschajewo-tscherkessischen Instituts für humanitäre Forschungen in Tscherkessk, das sich u.a. mit Problemen der Adygejer befasst; die Historikerin Prof. Valentina Newskaja vom Lehrstuhl für Geschichte der Staatlichen Universität Stawropol, die u.a. über die Karatschajewer arbeitet, sowie Viktor Awxentjew, Lehrstuhlleiter für Ethnologie der Staatlichen Universität Stawropol.

Die Wirtschaftskrise

Der Nordkaukasus ist die wirtschaftlich schwächste Region Russlands. Die wirtschaftliche Lage wird durch die anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen (der Sachschaden im Gebiet des Konflikts zwischen Osseten und Inguschen belief sich auf 26 Mio. Dollar, der des ersten Tschetschenien-Krieges betrug 5,5 Mrd. Dollar)[1] und die Schädigung ganzer Industriezweige (vor allem der Rüstung, in der ein Großteil der Bevölkerung des Nordkaukasus beschäftigt war) noch zusätzlich verschärft. Die Armut wirkt sich unmittelbar auch auf den ideologischen Bereich aus: wenn Bildungs- und Forschungseinrichtungen schließen müssen und Arbeitslosigkeit um sich greift, sind breite Bevölkerungsschichten für radikale islamistische Strömungen natürlich empfänglicher.

Quelle: „Österreichische Militärische Zeitschrift" (ÖMZ)

Der Faktor Religion

Im Nordkaukasus wird der Islam wie nirgendwo sonst in Russland von verschiedenen Gruppierungen politisiert. An der Wende von den 80er zu den 90er Jahren ist hier die Bewegung der „Wahhabiten" entstanden. Diese Erscheinung hat interne ebenso wie externe Wurzeln – extreme Armut und den Bruch mit Traditionen der Bergvölker sowie das Engagement islamischer Zentren aus Saudi-Arabien, Ägypten, Algerien, Syrien und Pakistan. Die Anhänger eines traditionellen Islam versuchten zwar, dem „Wahhabismus" Widerstand entgegenzusetzen, doch nach dem Einmarsch russischer Truppen in Tschetschenien im Dezember 1994 verstärkte sich der Einfluss der Wahhabiten, und der Sieg der Rebellen im ersten Tschetschenien-Krieg (Sommer 1996) hat die Position der Wahhabiten auch in der benachbarten autonomen Republik Dagestan, die ethnisch überaus inhomogen ist, gestärkt. Der tschetschenische „Wahhabismus" weist Besonderheiten auf, die im Zusammenhang mit den russisch-tschetschenischen Kriegen und der Konfrontation zwischen der tschetschenischen Führung unter Präsident Aslan Maschadow und den Feldkommandanten zwischen den beiden russischen Tschetschenieninterventionen (als es keinen gemeinsamen Feind zu bekämpfen galt) zu sehen sind. Die generelle Wiedergeburt des Islam tritt am deutlichsten im verbreiteten Bau von Moscheen zutage: So waren in Dagestan am 1. 1. Januar ca. 1.700, nach unbestätigten Informationen sogar 5.000 Moscheen aktiv.[2]

Kulturhistorische Traditionen und sozialpsychologische Motive

Die meisten ethnischen Gruppen im Nordkaukasus (darunter die Russen) kultivieren gegenwärtig verstärkt ihre Sprachen, Religionen, nationalen Heiligtümer und denkwürdigen historischen Ereignisse, die dem alten sowjetischen Wertsystem – und konkret seinem Atheismus – entgegengesetzt sind;[3] das führt zur Herausbildung von Mythen und der demonstrativen Hervorkehrung kultureller Eigenheiten. Bei vielen nichtrussischen Völkern spielt das historische Bild Russlands als eines großen Landes, das in der Region mehrmals und bis auf den heutigen Tag – mit drastischen Folgen – Gewalt anwandte (Kaukasuskrieg 1817–1864; Deportationen ganzer Völker 1944, die bis heute als kollektives Trauma nachwirken; zwei Tschetschenienkriege), eine große Rolle.

Geopolitische und national-konfessionelle Faktoren

In Russland betrachtet man den Nordkaukasus überwiegend als Gebiet, wo sich verschiedene externe Interessen überschneiden, von denen es eine zumindest potentielle Schwächung des russichen Staatswesens und seines Einflusses in der Region ausgehen sieht. So könnte nach Ansicht Moskaus der geoökonomische Aspekt für den Westen, China und Japan von Interesse sein, da der Nordkaukasus zur Kaspischen Region zählt, wo zahlreiche Ölgesellschaften aktiv sind; zudem verlaufen hier wichtige Ölpipelines. Der Türkei wird in Russland unterstellt, ihren Einfluss im Nordkaukasus stärken zu wollen. Weitere „Spieler" sind bestimmte arabische Länder, was aus russischer Sicht besonders gefährlich erscheint: die Islamisierung im Nordkaukasus wird in den allgemeinen Kontext einer islamischen Offensive seit dem Ende der 70er Jahre gestellt, die sich im gesamten Raum zwischen Marokko bis Indonesien und vom Sudan bis zur autonomen Republik Tatarstan an der Wolga entwickle und auch gegen Russland gerichtet sei.

Der Ostteil der nordkaukasischen Region (Tschetschenien, Dagestan, Prigorodny-Bezirk in Nordossetien) ist eine Region erheblicher ethnischer Spannungen. Der Westteil – von Kabardino-Balkarien bis zur Republik Adygeja – zählt zu den bisher relativ ruhigen Regionen, was allerdings nicht bedeutet, dass dort Nationalitätenkonflikte überhaupt fehlen.

Tschetschenien

Die Situation in Tschetschenien und seine Beziehungen zu Moskau bestimmen maßgeblich den Charakter der sozialpolitischen Prozesse im ganzen Nordkaukasus. Man kann den zweiten russischen Einmarsch im September 1999 als eine Bewährungsprobe der postsowjetischen russischen Elite einstufen, die sie mit neuen Methoden – so sind nun etwa gegenüber 1994–96 doppelt so viele Soldaten im Einsatz – sowie massiver Militärzensur in den Medien zu bestehen versucht. In der Republik gibt es eine starke innertschetschenische Fragmentierung, die die radikalsten moslemischen Führer (Oberster Rat der islamischen Dschamaaten) als *Clash of Civilizations* zwischen den nordkaukasischen Moslems und dem christlichen Russland interpretieren, bei dem es letztlich um die Schaffung eines islamischen Staates auf der Grundlage der Scharia geht. In der tschetschenischen Gesellschaft haben sich zudem die sozialen Klassenunterschiede verschärft. Stammes- und Sippen-Beziehungen sowie die Interessen von Clans spielen weiterhin eine wesentliche Rolle. Dazu kommt – wie in ganz Russland – auch hier ein Kampf um die Umverteilung von Besitz und Bodenschätzen.

Karatschajewo-Tscherkessien

In dieser autonomen Republik droht eine weitere Konfrontation. Nach den Wahlen des Republikspräsidenten, deren zweiter Durchgang – von zahlreichen Anschlägen und Gewaltakten überschattet – am 16. Mai 1999 stattfand, begann ein politischer und nationaler Konflikt, in den auch die russischsprachige Bevölkerung der Republik (42,4%) hineingezogen wurde. In nationaler Hinsicht herrscht eine Polarisierung zwischen Karatschajern (31,2%) und Tscherkessen (9,7%).[4] Zerfall der Republik und/oder ein Bürgerkrieg sind nicht völlig ausgeschlossen. Davon abgesehen bestehen natürlich Wechselwirkungen zur Situation in Dagestan und Tschetschenien, die auch in Karatschajewo-Tscherkessien einen günstigen Nährboden für die Verbreitung des „Wahhabismus" bieten.

Geteilte Völker

Bestimmte Kräfte streben die Gründung von unabhängigen Republiken der Balkaren, Karatschajer und Tscherkessen an. In Kabardino-Balkarien gehören die Nationali-

täten wie in Karatschajewo-Tscherkessien verschiedenen ethnischen Gruppen, nämlich Adygejer und Turkstämmigen, an. Gegenwärtig findet ein Konsolidierungsprozess aller ethnischen Zweige der Adygejer statt, was in dem mitunter anzutreffenden Wunsch, ein „Großtscherkessien" (im Bestand Russlands) zu schaffen, zum Ausdruck kommt. Bis zum Beginn des Kaukasuskrieges 1817 kontrollierten die Adygejer das große Territorium vom Schwarzen Meer bis an den mittleren Terekfluss im Osten des Nordkaukasus. Die Übersiedlung hunderttausender Adygejer in das Osmanische Reich nach dem Sieg Russlands im Kaukasuskrieg 1864 war eine Tragödie für dieses Volk. In der Sowjetzeit bildeten sich drei Nationen mit adygischen Wurzeln aus: Adygejer, Kabardiner und Tscherkessen. Im Rahmen ihrer heutigen Siedlungsgebiete sind sie nach den Russen die größte, aber verstreut lebende ethnische Gruppe. Da eine Revision der administrativen Grenzen im Nordkaukasus von Moskau aber ausgeschlossen wird (um nicht einen „Dominoeffekt" auszulösen), suchen die Führer der Adygejer nach anderen Vereinigungsformen. So fand 1990 ein Weltkongress der Tscherkessen statt, wo eine bis heute tätige „Internationale Tscherkessische Assoziation" gegründet wurde, die auch in Russland nicht-ansässige Adygejer einschließt. Gegen diese Tendenz treten turksprachige Politiker und Gelehrte, in erster Linie Balkaren und Karatschajer, auf. Auch die Nogajer zählen zu den turksprachigen Völkern, aber ihre Führer halten sich aus dieser Konfrontation heraus. Sie sehen eigene Aufgaben, nämlich das früher große Volk vom sozialen und geistigen Verfall zu retten, die Kultur der Nogajer wiederaufzubauen und einige rechtliche Probleme (Schaffung eines eigenen Territoriums) zu lösen.

In Dagestan gehen komplizierte ethnopolitische Prozesse vor sich, auch wenn die Republik derzeit nicht entlang ethnischer Bruchlinien zu zerfallen droht. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die so genannten geteilten Völker des Nordkaukasus, vor allem die Nogajer, Lesginen und Osseten. Das Nogajer-Problem wird nicht zu überregionaler Unruhe führen, doch es besteht: dieses Volk ist weit verstreut – in Karatschajewo-Tscherkessien, im Stavropoler Gau, in Dagestan und auch in Tschetschenien. Die Siedlungsgebiete von Lesginen und Osseten liegen zu beiden Seiten internationaler Grenzen: erstere leben in Dagestan und Aserbaidschan (was nicht nur für Dagestan ein Problem ist, sondern auch für die Beziehungen zwischen Russland und Aserbaidschan), letztere im zu Russland gehörenden Nordossetien sowie in Südossetien (Georgien), wohin allerdings die Macht der Zentralregierung in Tiflis nicht reicht. 1989–91 hatte es in Südossetien heftige Kämpfe gegeben. Der Konflikt ist seitdem „eingefroren", aber nicht gelöst.

Wenn man die südrussischen Gaue Stavropol und Krasnodar sowie einen Teil des Gebietes von Rostov zum geopolitischen Raum des Nordkaukasus zählt, stellen die Russen in der Region die klare Bevölkerungsmehrheit. Der Zerfall der UdSSR stellte für die russischen nationalistischen Organisationen die Frage nach ihrer ethnischen Heimat, einer „russischen" Form der Staatlichkeit und der Stellung und Rolle der anderen Völker, die ihre ethnische Heimat auf dem Territorium Russlands haben. Das nationale Selbstbewusstsein kann auch bei den Russen drastische Formen annehmen. So ist die radikale Bewegung „Russische Nationale Einheit" (RNE), die seit Beginn der 90er Jahre existiert, gerade in der nordkaukasischen Region – und konkret in den Gauen Stavropol und Krasnodar sowie teilweise im Gebiet von Rostov – recht stark. Es ist bezeichnend, dass hier an der Bildung der ideologischen Basis der RNE viele Vertreter der Intelligenz, darunter Universitätsprofessoren, sowie Militärs teilgenommen haben.

Das Institut für Ethnologie der Universität Stavropol hat 1998–99 eine Umfrage zur ethnopolitischen Situation im Nordkaukasus durchgeführt. Dabei meinten 70% der Befragten, dass der russische Nationalismus eine Gefahr für die Völker des Nordkaukasus ist, und 25% verlangten sogar eine Einschränkung der Tätigkeit russischer nationalistischer Organisationen.

Fazit

Wenn russische Politiker und besonders Militärs von einer Gefahr des Zerfalls Russlands und der besonderen Verwundbarkeit des Südens sprechen, betonen sie eine (angebliche) Bedrohung von außen und – vor allem im Hinblick auf den „islamischen Faktor" –, dass Unruhe nach Russland „importiert" werde. Daher widmet das föderale Zentrum in Moskau der wie erwähnt schlechten Wirtschaftslage, den Besonderheiten der nationalen Kultur und Mentalität und in der Folge der gesamten spezifischen ethnopolitischen Situation im Nordkaukasus nicht die gebotene Aufmerksamkeit. Es reicht nicht aus, für alle Probleme den radikalen Islam vor allem in Tschetschenien und in Dagestan verantwortlich zu machen; das ist mehr eine Folge der unstrittig vorhandenen Probleme als ihre Ursache. Die Zentralmacht in Moskau hat bisher keine wissenschaftlich fundierten nichtmilitärischen Mechanismen zur Verbesserung der Lage festgelegt. Daher gibt es in der näheren Zukunft kaum Anlass zu Optimismus bezüglich der Entwicklung im Nordkaukasus.

Dr. phil. Ludmilla Lobova *ist Historikerin, Absolventin der Staatlichen Universität von Stavropol (Nordkaukasus). Derzeit Stipendiatin des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Wien. Sie bereitet ein Projekt über Krisen und Konflikte im Nordkaukasus vor.*

---

[1] Vgl. Valerij Tiskov (Hrsg.): Puti mira na Severnom Kavkaze (Wege zum Frieden im Nordkaukasus). Bericht unabhängiger Experten, erstellt mit der Unterstützung einer Friedensmission, Moskva 1999, S. 17.

[2] Vgl. ebenda, S. 91.

[3] Vgl. Sergej Chenkin: Èelostnost' Rossii stanovitsja predmetom torga me•du federal'nym centrom i regeonal'nymi elitami, in: Raspad i ro•denie gosudarstv (Moskauer Niederlassung des Carnegie Endowment for International Peace). M. 1997, S. 8.

[4] Diese Zahlen nach der letzten sowjetischen Volkszählung von 1989.

Die Ukraine und die NATO im Kontext der europäischen Integration

von Mykola Movchan, Kiev/Berlin

Als Mitglied der Delegation der ukrainischen Journalisten besuchte ich vor drei Jahren im März 1998 das NATO-Hauptquartier in Brüssel. Außer Brüssel besuchten wir auch das Oberste Hauptquartier der Alliierten Mächte Europa (SHAPE) in Mons (Belgien), das damalige Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte Europa-Mitte (AFCENT) in Brunnsum (Holland) sowie den AWACS – Luftstützpunkt der NATO in Geilenkirchen (Deutschland). Im vorigen Jahr hat die NATO-Kommandostruktur eine gewisse Umstrukturierung erfahren. Anstatt dreier operativer Flanken Europa-Nord, Europa-Mitte und Europa-Süd ist seit einem Jahr die operative NATO-Kommandostruktur auf zwei operative Flanken aufgeteilt worden: Europa-Nord mit dem Kommando in Brunnsum und Europa-Süd mit dem Kommando in Neapel (Italien). Das Ziel unserer NATO-Reise war Folgendes: die NATO kennen zu lernen und Informationen über die atlantische Allianz aus erster Hand zu bekommen sowie unsere Meinungen über die Probleme und Perspektiven der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem atlantischen Bündnis und der Ukraine darzustellen.

Unter den euro-atlantischen Institutionen, zu denen die Ukraine engere Beziehungen unterhält, ist die NATO für mein Land von besonderer Bedeutung. Die Ukraine hält die NATO für den zuverlässigsten und tragfähigsten Pfeiler der europäischen Sicherheit und hat ihre Beziehungen zum Bündnis in der auf dem Madrider NATO-Gipfeltreffen im Juli 1997 unterzeichneten Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine förmlichen Ausdruck verliehen. Die NATO-Ukraine-Charta ist sozusagen eine rechtliche Grundlage für die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Ukraine und dem atlantischen Bündnis. Außerdem spielte die Charta eine Schlüsselrolle in der Weiterentwicklung der außenpolitischen und politisch-militärischen Orientierung des ukrainischen Staates. Aber diese weit reichende Partnerschaft bedeutet nicht unbedingt, dass die Ukraine dem Bündnis beitreten will und kann, zumindest nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Es ist klar, dass die Ukraine sowohl im Hinblick auf die Erfüllung der notwendigen Kriterien als auch im Hinblick auf die öffentliche Meinung im Lande für eine Mitgliedschaft noch nicht in Frage kommt. In der jetzigen Zeit strebt die Ukraine die EU-Mitgliedschaft an, die die wichtigste Priorität in der ukrainischen Außenpolitik einnimmt.

In der Ukraine wurde eine groß angelegte Aufklärungskampagne eingeleitet, um die beiderseitigen Vorteile der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO darzulegen. Die Ukrainer erkennen mit der Zeit, dass die NATO für unsere ukrainische Heimat keine Gefahr darstellt, sondern – ganz im Gegenteil – als Garant der Stabilität in Europa dient und somit auch die Sicherheit der Ukraine stärkt. Außerdem sind Polen, die Tschechische Republik und Ungarn – die Nachbarstaaten der Ukraine – bereits im März 1999 NATO-Mitglieder geworden. Sowohl mit Polen als auch mit Ungarn hat die Ukraine eine gemeinsame Grenze. Deswegen ist es notwendig zu betonen, dass dieser geopolitische NATO-Faktor auch auf die Innen- und Außenpolitik der Ukraine einen bestimmten Einfluss ausübt. Die NATO steht sozusagen bereits an den westlichen Grenzen der Ukraine.

Die Evolution der Beziehungen zwischen der Ukraine und der NATO seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahre 1991 kann auf zwei Kernpunkte reduziert werden. Der erste Punkt umfasst die Jahre 1991–1997 (von der Unabhängigkeit der Ukraine bis zur Unterzeichnung der Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der Ukraine und dem atlantischen Bündnis). Der zweite Punkt betrifft die letzten drei Jahre nach der Unterzeichnung der Charta (von 1997 bis zum heutigen Tag). Die Kernrolle und Wichtigkeit der NATO-Ukraine-Charta besteht darin, dass sie eine gewisse Klarheit in den NATO-Ukraine Beziehungen schuf und die bilaterale Partnerschaft intensivierte. Außerdem bekam die Ukraine Sicherheitsgarantien von den NATO-Staaten und die NATO erkannte die Wichtigkeit der unabhängigen Ukraine für die Sicherheit und Stabilität im gesamten Europa an. Im Kapitel I der Charta „Aufbau erweiterter Beziehungen zwischen der NATO und der Ukraine“ hieß es: „in der Überzeugung, dass eine unabhängige, demokratische und stabile Ukraine einer der Schlüsselfaktoren für die Gewährleistung der Stabilität in Mittel- und Osteuropa sowie auf dem Kontinent insgesamt ist“ (1).

In der ersten Phase der NATO-Ukraine Beziehungen spielte das Jahr 1994 eine Hauptrolle. Während des Treffens des Nordatlantikrats in Brüssel am 10.–11. Januar 1994 haben die NATO-Staaten die Länder Mittel- und Osteuropas eingeladen, dem NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) beizutreten, um damit einen Beitrag zur Stärkung der Sicherheit und Stabilität in Europa zu leisten. Hiermit ist eine Brücke zur NATO-Osterweiterung geschlagen worden. Bereits am 8. Februar hat der Außenminister der Ukraine Anatolij Slenko dem NATO-Hauptquartier in Brüssel einen Besuch abgestattet, um das Rahmendokument des Programmes „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) zu unterzeichnen. Das PfP-Rahmendokument hat die notwendigen Bedingungen für die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO geschaffen.

Nach der Unterzeichnung des PfP-Rahmendokumentes ist es für die NATO noch deutlicher geworden, dass die Ukraine im Bereich der Sicherheit gemeinsam mit dem Bündnis

eine Kooperationspolitik betreiben will, um auch seinen Beitrag zur Stärkung der Stabilität und Sicherheit in Europa leisten zu können. Dieses gemeinsame Interesse der Ukraine und der NATO zur Verstärkung des Friedens im euro-atlantischen Raum gab der Entwicklung der bilateralen Beziehungen einen starken Impuls.

Am 1. Juni 1995 besuchte der ukrainische Präsident Leonid Kuèma die NATO. Er traf dabei mit dem Generalsekretär zusammen und übermittelte der Ukraine den Wunsch, die Beziehungen zur NATO auf eine neue Grundlage zu stellen. Drei Monate später, am 14. September 1995, stattete der damalige Außenminister Gennadij Udovenko der NATO einen Besuch ab, um das individuelle Partnerschaftsprogramm der Ukraine offiziell zu billigen und an einem „16 + 1"-Treffen mit dem Nordatlantikrat über europäische Sicherheitsfragen teilzunehmen. Am gleichen Tag veröffentlichten die NATO und die Ukraine eine gemeinsame Presseerklärung zu den allgemeinen Grundsätzen ihrer Beziehungen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden und in den anderen Bereichen. Im März 1996 wurde ein Dokument zur Umsetzung dieser Erklärung vereinbart, und am 3. April 1996 fand die erste „16 + 1"-Konsultation auf der Ebene des politischen Ausschusses statt. Die Zusammenkünfte auf hoher Ebene wurden das ganze Jahr 1996 über und zu Beginn des Jahres 1997 fortgesetzt (2).

Die im Juli 1997 in Madrid zwischen der NATO und der Ukraine vereinbarte Charta eröffnete der Ukraine neue Perspektiven und schuf eine solide Grundlage für die dynamische Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der atlantischen Allianz. Mit der Unterzeichnung der Charta beginnt die zweite, sehr intensive Periode der Ukraine-NATO-Beziehungen. Das greifbarste Ergebnis der Charta besteht in der Bildung der NATO-Ukraine-Kommission, eines Forums, in dem die Ukraine mit den 19 Mitgliedstaaten zu Konsultationen über ein breites Spektrum politischer und militärischer Kooperationsaktivitäten zusammenkommt. Diese Kommission tagt inzwischen sowohl auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister als auch auf der Botschafterebene. Solche Konsultationen betrafen Fragen der Stärkung der Zusammenarbeit, friedenserhaltenden Maßnahmen, die Bildung der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Verteidigungsreform und die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe für zivile Notfallplanung. Am 16. Dezember 1997 wurde zwischen der NATO und der Ukraine eine Regierungsvereinbarung über zivile Notfallplanung und Katastrophenschutz unterzeichnet.

Bei der NATO wurde eine ukrainische Mission mit einem militärischen Vertreter eingerichtet; ferner ist die Ukraine auch in der Partnerschaftskoordinierungszelle (PCC) in Mons, Belgien, vertreten. Gemäß der Entscheidung der NATO-Ukraine-Kommission auf ihrer Tagung in Luxemburg am 29. Mai 1998 wurde in Kiew ein Verbindungsoffizier der NATO berufen, um die volle Mitwirkung der Ukraine in der Partnerschaft für den Frieden zu erleichtern und die Zusammenarbeit zwischen der NATO und den ukrainischen Militärbehörden allgemein zu stärken. Die Ukraine bleibt ein aktiver Teilnehmer an PfP-Vorhaben sowohl beim NATO-Hauptquartier als auch in den Bündnis- und Partnerstaaten und war Gastgeber einer Reihe von PfP-Übungen auf ihrem Territorium (3).

Dazu gehören Übungen wie *Sea Breaze*, *Cooperative Partner*, *Cooperative Neighborhood, Carpatian Safety*, die regelmäßig stattfinden. Außerdem finden auf dem Territorium der Westukraine im Gebiet Javoriv regelmäßig militärische Übungen der Ukraine und der NATO statt. Derzeit leistet die Ukraine einen wichtigen Beitrag zu internationalen friedenserhaltenden Maßnahmen. Das ukrainische 240. Infanteriebataillon befindet sich im friedenserhaltenden Einsatz im Rahmen der SFOR in Bosnien. Derzeit ist das ukrainisch-polnische Bataillon im Rahmen der KFOR im Kosovo stationiert.

Das Informations- und Dokumentationszentrum der NATO in Kiev hat auch zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und NATO beigetragen. Dieses Zentrum, das auf der Grundlage der Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft errichtet wurde und am 7. Mai 1997 in Kiev durch den damaligen Generalsekretär Javier Solana und den ukrainischen Außenminister Gennadij Udovenko eröffnet wurde, erleichtert den Informationsaustausch zwischen dem Bündnis und der Ukraine und trägt dazu bei, dass alte Vorurteile überwunden werden und die ukrainische Bevölkerung korrekte Informationen aus erster Hand über die NATO erhält. Das NATO-Informationszentrum in Kiew war das erste NATO-Zentrum dieser Art, das in einem Partnerland der atlantischen Allianz errichtet wurde.

Die Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine geht jedoch in ihrer Bedeutung weit über die zahlreichen Kooperationsaktivitäten hinaus, die dadurch erleichtert werden. Wie der Erweiterungsprozess der NATO, die NATO-Russland-Grundakte und der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat spielt diese Charta eine wichtige Rolle bei der Beseitigung des europäischen Stabilitäts- und Sicherheitsvakuums, das durch das Ende des Kalten Krieges entstanden ist.

Die Ukraine hat also durch die Vielfalt der Mechanismen und Institutionen der Zusammenarbeit, an denen sie sich in führender Position beteiligt, und insbesondere durch ihre ausgeprägte Partnerschaft mit der NATO in der sich herausbildenden europäischen Sicherheitsarchitektur eine Schlüsselrolle übernommen und sich als ein Staat erwiesen, der einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit und Stabilität Europas leistet. Auch die Rolle Deutschlands als aktives NATO-Mitglied ist nicht nur für die Vertiefung der Beziehungen zwischen der NATO und der Ukraine wichtig, sondern auch für die Integration der Ukraine in Europa. Im Laufe seines zweiten, Anfang September 1996 in Kiev abgestatteten Besuchs betonte der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, dass die unabhängige und stabile Ukraine wichtig für Europa ist (4).

Die heutige rot-grüne Regierung Deutschlands versteht das große politische Potential der Ukraine ebenfalls und trägt dazu bei, die Integration der Ukraine in Europa zu unterstützen. Das demonstrierte auch der vor kurzem er-

folgte Besuch des ukrainischen Präsidenten Leonid Kuèma und des Außenministers Anatolij Slenko in Berlin.

Beim Ausbau ihrer Beziehungen zur NATO muss die Ukraine auch den geopolitischen Faktor Russland im Auge behalten. Bereits seit langem finden auf dem Boden der Ukraine militärische friedenserhaltende Übungen der Ukraine und der NATO-Staaten statt. Russland, der östliche Nachbarstaat der Ukraine, betrachtet mit großer Aufmerksamkeit die Annäherung zwischen der Ukraine und der NATO und sieht darin eine bestimmte Bedrohung für sich. Aber auf Einladungen, an militärischen Übungen – wie dem Seemanöver *Sea Breaze* – gemeinsam mit der Ukraine und der NATO teilzunehmen, verzichtete Russland. Russische Armeekreise beobachten die Aktivitäten des nordatlantischen Bündnisses auf dem Nachbarterritorium mit Argwohn (5).

Das Verhältnis zwischen Moskau und Kiev gilt auch nach der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages und der Aufteilung der Schwarzmeerflotte als nicht unproblematisch. Die Ukraine war vor allem irritiert über Gebietsansprüche einiger russischer Politiker, wie von Moskaus Bürgermeister Jurij Luškov, der die Krim als Teil Russlands zurückforderte. Deswegen ist es notwendig zu betonen, dass die Partnerschaft zwischen der Ukraine und der NATO die Rolle eines Gegengewichts zu den Gebietsansprüchen einiger russischer Politiker an die Ukraine spielen soll.

Gewachsenes Vertrauen und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der NATO wurden durch den Besuch des ständigen NATO-Rats in Kiev vom 29. Februar bis 2. März 2000 unterstrichen (6).

Dies war die erste Sitzung auf Botschafterebene der NATO-Ukraine-Kommission auf ukrainischem Boden. Das Jahr 2000 war, wie die letzten zwei Jahre, überhaupt außerordentlich reich an Kontakten zwischen der Ukraine und der NATO. Am 22. Mai des vorigen Jahres stattete der ukrainische Premierminister Viktor Jušèenko der NATO in Brüssel einen Besuch ab. Am 25. Mai traf der damalige ukrainische Außenminister Boris Tarasyuk mit den Außenministern der NATO-Staaten im Rahmen der NATO-Ukraine-Kommission in Florenz (Italien) zusammen (7).

Darauf fand am 8. Juni 2000 im NATO-Hauptquartier in Brüssel das Treffen der NATO-Ukraine-Kommission auf der Ebene der Verteidigungsminister statt. Während dieses Zusammentreffens wurden wichtige Probleme besprochen, und zwar die militärischen Übungen zwischen der Ukraine und der NATO *Cooperative Partner 2000*, die vom 19. bis 30. Juni 2000 auf ukrainischem Boden stattfinden sollten sowie die Stationierung des polnisch-ukrainischen Bataillons im Kosovo im Juli 2000 (8).

Außerdem fanden vom 20. bis zum 28. September 2000 in der Westukraine die Übung *Trans-Carpathia 2000* im Rahmen des Programms „Partnerschaft für den Frieden" im Bereich Katastrophenschutz und Humanitäre Aktionen statt. Außer der Ukraine wirkten dabei folgende Staaten mit: Weißrussland, Kroatien, Ungarn, Moldawien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Schweden und die Schweiz (9).

Im Dezember fanden die Treffen in Brüssel sowie auf der Ebene der Außen- als auch der Verteidigungsminister im Rahmen der NATO-Ukraine-Kommission statt. Und es ist völlig symbolisch, dass das an außenpolitischen Ereignissen reiche Jahr 2000 mit der Schließung des Kernkraftwerkes Tschernobyl am 15. Dezember beendet worden ist.

Mit der Schließung von Tschernobyl, die durch die internationale Staatengemeinschaft mit großem Enthusiasmus befürwortet wurde, demonstrierte die Ukraine ihre Bereitschaft, ihren Beitrag zur Atomsicherheit zu leisten. Übrigens war die Ukraine das einzige Land, das freiwillig auf Kernwaffen verzichtete und Kernwaffen auf ihrem Territorium demontierte. Dieser Schritt der Ukraine wurde von der NATO wärmstens begrüßt.

Mag. Mykola Movchan *ist ukrainischer Journalist und Politologe; Doktorand am Institut für Journalistik der Taras-Schewtschenko-Universität Kiew; z.Z. Stipendiat der Studienstiftung des Abgeordnetenhauses von Berlin.*

Literatur

Die Charta über eine Ausgeprägte Partnerschaft zwischen der Ukraine und der NATO, Madrid 9. Juli 1997.

NATO-Handbuch, Brüssel 1998, S. 116.

NATO-Handbuch, Brüssel 1998, S. 117.

Mathias Brüggmann, Stabile Ukraine ist wichtig für Europa, in: Die Welt vom 04.09.1996.

Jens Hartmann, Moskau besorgt über Kiews NATO-Annäherung, in: Die Welt vom 12.07.1997.

NATO Press Release (2000) 020, Brussels 1 March 2000.

NATO Press Release (2000) 053, Brussels 25 Mai 2000.

NATO Press Release (2000) 061, Brussels 8 June 2000.

NATO Press Release (2000) 087, Brussels 22 September 2000.

KLAUS SEGBERS/KERSTIN IMBUSCH

Desiging Human Beings? Politikwissenschaftliche Annäherungen an eine neue Leitwissenschaft „Life Sciences"

Arbeitspapiere des AB Politik und Gesellschaft des Osteuropa-Instituts, Heft 33, 2001

Die Karpaten – zwischen subregionaler Identitätssuche und EU-Osterweiterung

Eine Exkursion der Professur für Kulturstudien Ostmitteleuropas in die Heimat Andy Warhols

von Stefan Troebst, Leipzig/Berlin

Im zentralen Teil des Karpatenzuges, den Waldkarpaten, grenzen fünf Staaten dicht aneinander – Polen, die Slowakei, Ungarn, die Ukraine und Rumänien. Die karpatischen Teile dieser Länder weisen eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf, die sie zu einer Subregion Ostmitteleuropas machen: Die fünf multiethnischen, mehrkonfessionellen und vielsprachigen Peripherien, die sich bis 1918 sämtlich unter einem staatlichen Dach, demjenigen der Habsburgermonarchie, befunden haben, sind weit entfernt von den jeweiligen Hauptstädten; ihre Bevölkerungsstruktur ist vom Jahrhundertbeginn bis heute von gewaltigen Arbeitsmigrationswellen, seit den fünfziger Jahren von forcierter Industrialisierung samt Urbanisierung einschließlich massiver Zuwanderung von außen gekennzeichnet; die Modernisierung von Schwerindustrie und Infrastruktur sowie die Kapitalinvestitionen hinken bei unverändert großem Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten dramatisch hinter dem jeweiligen Landesschnitt hinterher, und entsprechend hoch ist die Arbeitslosigkeit, entsprechend niedrig sind Durchschnittseinkommen und Lebensstandard. Aber auch die religiös-konfessionelle Struktur der Region mit der parallelen Präsenz von ukrainisch-orthodoxer, rumänisch-orthodoxer, römisch-katholischer, griechisch-katholischer („unierter"), lutherischer und reformierter Kirche sowie Judentum ist durch partielle Ähnlichkeiten geprägt, desgleichen die slawisch dominierte Sprachlandschaft mit ihren magyarischen, romanischen und anderen Anteilen. Besonders augenfällig sind in der ethnischen Gemengelage von Polen, Slowaken, Ungarn, Ukrainern, Rumänen, Deutschen, Juden, Armeniern, Russinen, Lemken, Huzulen und anderen Zahl und Verbreitung der Roma. Sie stellen hier die größte Agglomeration ihrer ethnischen Gruppe in Europa dar. Die Mehrheit lebt ohne Arbeit und ohne Ausbildungschancen in ghettoartigen Vorstadtslums wie „Lunik 9" im ostlowakischen Košice oder „Radvanka" im westukrainischen U•horod.

Mindestens genau so wirkungsmächtig wie diese Gemeinsamkeiten sind jedoch die Unterschiede zwischen den karpatischen Peripherien der fünf Staaten: Der Gegensatz zwischen der politisch instabilen Ukraine auf der einen und den NATO-Mitgliedern Polen und Ungarn auf der anderen Seite, desgleichen das eklatante Entwicklungsgefälle zwischen Rumänien und der Ukraine einerseits, den drei übrigen Staaten andererseits, haben diese Kernregion Ostmitteleuropas zu einer sicherheitspolitisch sensitiven Zone werden lassen. Auch sind in diesem multikulturellen Milieu die 1989/91 beginnenden Demokratisierungsansätze nicht nur von politischen, sondern auch von ethnischen Gruppen zur Artikulierung ihrer Interessen genutzt worden – dies gilt besonders für die „Dornröschennation" der Russinen, deren Aktivisten sich mit Sinn für Melodramatik zu den „Kurden Europas" stilisieren. Seit der Wende ist diese vor allem in der Westukraine, Südostpolen und der Ostslowakei siedelnde Kulturnation in einem Politisierungsprozess begriffen, dessen Ergebnis derzeit offen ist. Zwar ist im gespannten Verhältnis zwischen russinischer Minderheit und ukrainischer Zentralregierung 1999 eine deutliche Deeskalation erfolgt, doch ist zugleich das Ergebnis eines 1991 von den Russinen iniitierten Referendums über Territorialautonomie für den ukrainischen Landesteil Transkarpatien, dem 78% der Wahlberechtigten zugestimmt haben, von Kiev noch immer nicht umgesetzt.

Aber die eigentliche Zerreißprobe für die Region stellt die bevorstehende EU-Mitgliedschaft Polens und Ungarns sowie in zweiter Staffel der Slowakei und möglicherweise Rumäniens dar, beinhaltet die EU-Osterweiterung doch die Umwandlung zunächst der polnischen und ungarischen Außengrenzen in Schengen-Grenzen. Vor allem in der Ukraine, aber auch in Rumänien wächst die Furcht vor einem neuen, die Karpatenregion zerschneidenden „Eisernen Vorhang". Die Einführung eines Visaregimes für ukrainische und rumänische Bürger durch die Slowakei im Mai 2000 wird dabei als erster Schritt in Richtung Abschottung aufgefasst. In den kommenden fünf bis 15 Jahren, so die Befürchtung zahlreicher Bewohner der Karpaten wie externer Beobachter, könnte der vormalige Graben zwischen den früheren ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten der UdSSR und der damaligen Ukrainischen Sowjetrepublik statt eingeebnet weiter vertieft werden. Eine von Brüssel ausgegrenzte Ukraine, so dieses Szenarium, könnte sich stärker an Moskau anlehnen und würde für die erweiterte EU zu einem unberechenbaren Nachbarn an einer dann über tausend Kilometer langen gemeinsamen Grenze. Um ein solches Auseinanderdriften der bis 1989 zwangsweise in RGW und Warschauer Pakt zusammengeschlossenen Karpatenanrainer zu vermeiden, haben Regierungen und Gebietskörperschaften der fünf Staaten schon 1993 die „Euroregion Karpaten" gegründet. Sie umfasst heute eine Fläche von 155.000 Quadratkilometern, die von 16 Millionen Menschen bewohnt wird (*www.carpathian.euroregion.org*). Ihr Hauptziel, EU-Mittel für grenzüberschreitende Projekte in den Bereichen Regionalentwicklung, Handel, Umwelt und Tourismus sowie Katastrophenschutz einzuwerben, konnte diese Euroregion aufgrund der intransigenten Haltung Brüssels bis 1998 gar nicht, seitdem nur in geringem Umfang realisieren.

Um den Stand subregionaler Kooperation, interethnischer Konflikte und sicherheitspolitischer Perspektiven in den Karpaten auszuloten, unternahmen 15 Studierende der Universität Leipzig unter der Leitung von Stefan Troebst, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas im Institut für Slawistik sowie stellvertretender Direktor des GWZO, im September 2000 eine 14-tägige Exkursion in die fünf Staaten der Region. Finanziell unterstützt wurde das Unternehmen von der Philologischen Fakultät der Universität Leipzig, der Sächsischen Staatskanzlei und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst. Die Route führte in die neu gebildete südostpolnische Wojewodschaft Vorkarpaten, die Provinzen Prešov und Košice im Osten der Slowakei, das Gebiet Transkarpatien im äußersten Westen der Ukraine, die Kreise Baia Mare und Satu Mare in der Marmarosch-Region im Nordwesten Rumäniens sowie in die Komitate Szabolcs-Szatmár-Bereg und Borsod-Abaúj-Zemplén in Nordostungarn. In zahlreichen Gesprächen mit Vertretern von Regionalverwaltungen, Gebietskörperschaften, nationalen und regionalen Parlamenten, Bürgermeistern, Stadträten, Grenzschutzkommandos, Zoll, Grenzübergängen, Wirtschaftsbetrieben, Umweltschutzinstitutionen und -organisationen, Tourismusagenturen, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen, ethnischen Gemeinschaften, Medien, Kirchen sowie Nichtregierungsorganisationen unterschiedlichster Art wurde versucht, den Grad grenzüberschreitender Zusammenarbeit und regionaler Identität zu bestimmen.

Was die Einstellung staatlich-regionaler Akteure in den fünf Staaten betrifft, so überwogen hier klar die nationalen Divergenzen: Im zunehmend EU-kritischen Polen ist die Diskussion über die eigene Ukrainepolitik in vollem Gange – eine Entscheidung darüber, ob man den sperrigen Nachbarstaat abschreiben oder den Versuch zum Aushandeln von Sonderregelungen für die lange polnisch-ukrainische Grenze machen soll, ist noch nicht gefallen. In slowakischer Perspektive spielt die Karpatenkooperation keinerlei Rolle – hier setzt man ganz auf bilaterales Zusammenwirken mit Ungarn und Polen. In Rumänien kann der Zweckoptimismus bezüglich EU-finanzierter Gemeinschaftsprojekte mit dem zuvor wenig geschätzten ungarischen Nachbarn die Angst vor einem politischen und wirtschaftlichen Abgehängtwerden nur dürftig verdecken. Die Blickrichtung Ungarns ist nahezu ausschließlich diejenige nach Westen – selbst die Existenz kompakter und zahlenmäßig starker ungarischer Grenzminderheiten in der Slowakei, der Ukraine und Rumänien ändert daran nunmehr wenig. Und die post-sowjetisch erstarrte Ukraine ist zu sehr mit ihren Strukturproblemen sowie innenpolitischen Konflikten befasst, als dass sie den drohenden Veränderungen an ihrer Westgrenze aktiv begegnete.

Deutlichster Beleg für die so unterschiedlichen außen- und sicherheitspolitischen Orientierungen der fünf Staaten sind die stark divergierenden Grenzregime: Während die polnisch-slowakische und die slowakisch-ungarische Grenze zügigen Personen- und Warenverkehr zulassen, erinnert das Überschreiten der Grenzen der Ukraine nach Polen, in die Slowakei und nach Ungarn noch immer an sowjetische Verhältnisse. Aber auch die ungarisch-rumänische Grenze wirkt auf beiden Seiten wie ein Relikt aus der Zeit vor 1989. In Rumänien wie in der Ukraine sind nicht nur Bürokratismus, Korruption und Beamtenwillkür, sondern gerade auch der fehlende Zugang zu verlässlichen Informationen über aktuelle Visabestimmungen, Zollformalitäten, Straßenbenutzungsgebühren und andere Hemmnisse für grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen sowie internationale Investitionen. Die „Euroregion Karpaten“ hat hier von der Neuerrichtung einiger Übergänge für den kleinen Grenzverkehr abgesehen kaum positiven Effekt gezeitigt, ja selbst die von ihr 1999 veröffentlichte offizielle „Tourist Map of the Carpathian Euroregion“ enthält hochgradig lükken- und fehlerhafte Angaben über die Benutzungsbedingungen der Grenzübergänge zwischen den fünf Staaten.

Diesen Hürden sowie der im Aufbau befindlichen „Brüsseler Mauer“ gegenüber fällt die Bindekraft subregionaler Kohärenzfaktoren nur wenig ins Gewicht. Dies gilt in besonderem Maße für die im Vergleich zu Fläche und Bevölkerungszahl anderer Euroregionen grotesk überdimensionierte und damit ineffektive „Euroregion Karpaten“ selbst. Entsprechend ist dieser Zusammenschluss zunehmend mit wesentlich stromlinienförmigeren, da kleineren Konkurrenz-Euroregionen auf seinem Territorium konfrontiert – so seit Mai 2000 mit der „Euroregion Košice-Miskolc“, deren Hauptziel der Bau einer Autobahn zwischen den beiden maroden Schwerindustriemetropolen im slowakisch-ungarischen Rostgürtel ist, sowie seit September 2000 mit der „Euroregion Oberer Pruth“, zu der sich das ukrainische Gebiet Èernivci (Czernowitz), die rumänischen Kreise Botoºani und Suceava sowie die moldauischen Rayons Edineï und Bãlïi zusammengeschlossen haben. Es sind vor allem die genannten unterschiedlichen Orientierungen in der Außenpolitik Warschaus, Bratislavas, Budapests, Kievs und Bukarests, welche auf der regionalen Ebene die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der „Euroregion Karpaten“ behindern, gar torpedieren. Hinzu kommen die verschwommene Zielsetzung dieses multilateralen Zusammenschlusses, dessen bescheidene Befugnisse sowie seine gänzlich unzureichende Ausstattung mit Finanz- und Humankapital.

Im zivilgesellschaftlichen Bereich hat die „Euroregion Karpaten“ bislang kaum Gegenstücke gefunden. Eine 1994 auf slowakische Initiative hin gegründete „Association of the Carpathian Region Universities“ (ACRU) mit 29 Vollmitgliedern in den fünf Karpatenstaaten sowie assoziierten Mitgliedern in Großbritannien und den USA setzt zwar auf den „Überfluss an intellektuellem Kapital dank der relativ hohen Zahl an Universitäten und Forschungsinstituten“ in der Region, ist jedoch mangels Geldmitteln ein loses Netzwerk geblieben, das über den universitären Bereich kaum hinauswirkt (acru.tuke.sk). Angesichts der Schwäche staatlicher und nicht-staatlicher Akteure in den Karpaten ist die Tätigkeit einer extern initiierten Institution um so bedeutsamer, nämlich der 1994 gegründeten „Carpathian Foundation“ (*www.carpathianfoundation.org*).

Diese Stiftung, die mittels *re-funding* eine große Zahl kleiner und mittelgroßer Projekte aus den Bereichen grenzüberschreitende Zusammenarbeit, interethnische Kooperation und Vertrauensbildung, Erhalt des regionalen kulturellen Erbes, Stärkung kommunaler Selbstverwaltung sowie Entwicklung des Tourismus und Reaktivierung ländlicher Gebiete fördert, erhält mehr als 90% ihres Budgets in Höhe von 2,3 Millionen US-$ von nordamerikanischen Stiftungen. Ziel der Projektförderung ist es, die Herstellung von gutnachbarschaftlichen Beziehungen und sozialer Stabilität sowie wirtschaftlichen Fortschritt in der Region zu unterstützen. Selbst für Sándor Köles, den Direktor der „Carpathian Foundation" – der wie alle übrigen Mitarbeiter aus der Region stammt –, ist dabei schwer erklärlich, warum die Karpaten zwar in den USA, kaum hingegen im Europa der EU als Region betrachtet werden, deren Übergang zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft der Förderung von außen bedarf. Credo der „Carpathian Foundation" ist die Unterstützung lokaler *community-buildings* und die Stärkung subregionaler Identität. Diesbezüglich setzt man ganz gezielt auf die Wiederbelebung regionaler Traditionen in Handwerk, Folklore, Musik, Küche, Forst- und Landwirtschaft sowie nicht zuletzt im Weinbau. Hinzu kommt die Förderung des kollektiven Gedächtnisses der Region durch Pflege und Erhalt von Erinnerungsorten wie historischen Gebäuden, Kirchen, Friedhöfen und Schlachtfeldern, aber auch durch den Plan des Verfassens einer Geschichte der Karpatenregion, deren Autoren sämtlich Historiker aus den fünf Anrainerstaaten sein sollen.

Das zarte Pflänzchen grenzüberschreitender Kooperation samt subregionaler Identifikation ist in den Karpaten trotz der skizzierten national-egoistischen Tendenzen in den Hauptstädten also stellenweise durchaus zu entdecken. Die pragmatische und ergebnisorientierte Tätigkeit der „Carpathian Foundation" sowie das – nicht ganz so zielgerichtete – Wirken der „Euroregion Karpaten" sind Belege dafür. Hinzu kommen eine Reihe von Entwicklungen auf gesamtstaatlicher Ebene. So haben Polen und die Ukraine gemäß deutsch-dänisch-polnischem Vorbild ein gemeinsames Bataillon mit Englisch als Kommandosprache aufgestellt. Desgleichen haben Polen und die Slowakei im Zuge des infrastrukturellen Ausbaus ihrer bilateralen Grenzübergänge auf die Errichtung getrennter Grenzabfertigungsanlagen verzichtet und jeweils einen gemeinsamen Gebäudekomplex errichtet. Die im ukrainischen Transkarpatien und im rumänischen Marmarosch liegenden Gebietskörperschaften, die bislang lediglich durch zwei kaum befahrene Bahnlinien und einen LKW-Grenzübergang verbunden waren, bauen derzeit mit Mitteln der PHARE- und CREDO-Programme der EU die 1945 gesprengte Theißbrücke zwischen den Städten Sighethu Marmaïiei und Solotvyna wieder auf, so dass ab 2001 auch Fußgänger und Autofahrer von einem Land ins andere kommen können. Aus demselben Brüsseler Topf wird auch ein anderes rumänisch-ukrainisches Projekt, das Biosphärenreservat „Marmarosch-Berge", finanziert. Und Umweltkatastrophen wie die Zyanidverseuchung von Samosch, Theiß und Donau, verursacht durch die australische Goldbergwerksfirma S. A. „Aurul" im nordwestrumänischen Baia Mare im Frühjahr 2000, haben das Bewusstsein für grenzüberschreitenden Naturkatastrophen- und Umweltschutz auch in den fernen Hauptstädten gesteigert. Jüngste Folge davon ist das Informations-, Mess- und Vorwarnnetzwerk „Oberes Theißtal", dem Rumänien, die Ukraine, die Slowakei und Ungarn angehören.

Ein gleichfalls subregional integrierend wirkender Faktor ist auch die griechisch-katholische Kirche, die in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre durch sowjetisches Diktat in der gesamten Region verboten wurde. Seit Beginn der neunziger Jahre kommt den reorganisierten „Unierten" eine gesamtkarpatische Brückenfunktion zu. Ähnliches gilt auch für die ethnische Gemeinschaft der Russinen, die in ihrem Bemühen um grenzüberschreitende Identitätsfindung nicht nur kulturelle, konfessionelle und sprachliche, sondern gerade auch regionale Faktoren betont. Dies gilt vor allem für eine russinische Identifikationsfigur, deren karpatische Herkunft außerhalb der Region so gut wie unbekannt ist: Die Pop-Art-Ikone Andy Warhol, dessen Eltern aus dem ostslowakischen Miková in die USA emigrierten, wird im „Andy-Warhol-Museum für moderne Kunst" in der Kleinstadt Medzilaborce als Ur-Russine und damit zugleich Proto-Karpate zelebriert. Als Begründung dient neben Warhols Herkunft auch seine Farbwahl, welche der Farbenpalette regionaler Trachten und Stickereien (!) entsprechen soll.

Schließlich ist noch ein ganz spezifischer Beleg grenzüberschreitender Regionalidentifikation zu nennen: Russinen, Ungarn und Roma im ukrainischen Gebiet Transkarpatien verwenden im privaten Umgang die von ihnen so genannte „europäische Zeit", also die MEZ, wie sie in Ungarn, der Slowakei und Polen gilt, nicht hingegen die als eurasisch empfundene, um eine Stunde versetzte „Kiever Zeit". Das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa – auch wenn man sich von diesem vergessen glaubt – ist am karpatischen Rand deutlich stärker als im Zentrum. Ungeachtet der vielfältigen konfessionellen, ethnischen und sozialen Spannungen gibt es daher in der Karpatenregion einen Grundkonsens darüber, dass Konflikte „auf europäische Art", also gewaltfrei, auszutragen sind. „Hier ist nicht Bosnien!" ist mittlerweile ein geflügeltes Wort in der Region, und zweifellos ist die lange Tradition interethnischen Ausgleichs und gewaltfreier Konfliktaustragung eine subregionale Charakteristik – einerseits. Andererseits aber: Welcher Südosteuropaexperte, gar welcher bosnische Kroate, Muslim oder Serbe hätte sich vor zehn Jahren vorstellen können, was im Zeitraum 1992–1995 im bis dahin ebenso multiethnischen wie friedlichen Bosnien und Herzegowina geschehen ist? Nicht zuletzt aus diesem Grund ist größere Aufmerksamkeit gegenüber der Karpatenregion angebracht – vor allem aber stärkere Förderung.

Stefan Troebst ist Professor *für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig und stellvertretender Direktor des ebenfalls in Leipzig befindlichen außeruniversitären Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas.*

Deutsche Beratung in Osteuropa
Das TRANSFORM-Programm der Bundesregierung

von Cosima Lemke, Berlin

Welchen Beitrag leistet eigentlich unsere Bundesregierung beim Aufbau neuer politischer und wirtschaftlicher Strukturen in den Transformationsländern Osteuropas, von gelegentlichen Besuchen des Kanzlers oder seiner Vertreter einmal abgesehen? Ein fünfmonatiger Praktikumsaufenthalt in Warschau gab Auskunft über diese Frage und einen Einblick in die Arbeit des TRANSFORM-Programms.

Im hektischen Zentrum der polnischen Hauptstadt befindet sich direkt neben dem Kulturpalast, der zwischen neuen gläsernen Bankhochhäusern noch das Klima einer vergangenen Zeit ausstrahlt, in einem unscheinbaren Gebäude das TRANSFORM-Büro Warschau. Eines von vielen in Polen und anderen Transformationsländern wie Ungarn, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Bulgarien, Russland, der Ukraine oder den baltischen Staaten, erfährt die neugierige Praktikantin.

Schon die Auswahl zeigt, dass es hier nicht um Kontakte zu zukünftigen EU-Mitgliedsstaaten oder Ländern mit geradliniger wirtschaftlicher Entwicklung geht. TRANSFORM ist ein Programm, das als Instrument der Bundesregierung zur Unterstützung des Transformationsprozesses in den Ländern Mittel- und Osteuropas im März 1992 ins Leben gerufen wurde und seither – entsprechend der Entwicklung in den Partnerstaaten – zahlreichen Wandlungen unterlegen war und ist. Entstanden aus dem Zusammenschluss eines Aus- und Weiterbildungsprogrammes für Fach- und Führungskräfte der UdSSR aus dem Jahre 1988 und einem Consulting-Programm des Wirtschaftsministeriums von 1990 zur Förderung von unternehmerischem Denken und zur Überwindung von Strukturschwächen bietet TRANSFORM seither seinen Dienst in den einzelnen Reformstaaten an. Hauptanliegen hierbei ist der Know-how-Transfer, der räumlich und thematisch an einzelne Schwerpunkte gebunden ist wie Privatisierungsvorhaben, betriebliche Umstrukturierungen, Aus- und Weiterbildungsangebote, Rechtsberatung, begleitende soziale Maßnahmen und zahlreiche andere Bereiche. Eingebettet ist die Beratung in internationale, europäische und andere bilaterale Unterstützungsprogramme von Institutionen wie der EBWE, Phare, TACIS oder Staaten wie beispielsweise den USA, Großbritannien, Frankreich und Japan.

Konkret besteht diese „Hilfe zur Selbsthilfe" vor allem in zahlreichen Beratungsgesprächen mit Vertretern der Regierung, einzelner Unternehmen und Selbstverwaltungseinheiten ebenso wie der Organisation und Durchführung von Seminaren und Informationsveranstaltungen. So reicht die Arbeit des TRANSFORM-Büros in Warschau von der Suche nach einem Nutzungskonzept für ein ehemals sowjetisches Militärgelände gemeinsam mit dem polnischen Partner über die Gespräche mit den Vertretern einer Kurortverwaltung zu deren Privatisierungsvorhaben bis hin zur Organisation eines Treffens zwischen polnischen und ukrainischen Regierungsvertretern zum Erfahrungsaustausch über das Thema Arbeitsmarkt, um nur eine kleine Auswahl zu nennen.

Von den Beratern wird viel Idealismus und diplomatisches Feingefühl verlangt, denn wer lässt sich schon gern von anderen raten, wie die eigenen Angelegenheiten sinnvoll zu regeln seien? Die zahlreichen Nachfragen von Seiten der verschiedensten Institutionen des Landes zeigen, wie wichtig und gefragt die Arbeit von TRANSFORM auch nach fast einem Jahrzehnt noch ist.

Cosima Lemke *studiert Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin und Neuere deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin.*

fibre

Łukasz Gałecki / Basil Kerski (Hrsg.):
DIE POLNISCHE EMIGRATION UND EUROPA 1945–1990
Eine Bilanz des politischen Denkens und der Literatur Polens im Exil
ISBN 3-929759-60-8 · 269 S. · DM 38,-

Neu in der Reihe »Klio in Polen« – Polnisch-deutsche Übersetzungsreihe des DHI Warschau:
Andrzej Wyczański:
POLEN ALS ADELSREPUBLIK (1506–1764)
ISBN 3-929759-40-3 · DM 58,-

Neu in der Reihe »Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau«:
Ute Caumanns / Mathias Niendorf (Hrsg.):
VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN. ANTHROPOLOGISCHE KONSTANTEN – HISTORISCHE VARIANTEN
ISBN 3-929759-47-0 · DM 58,-

fibre Verlag · Martinistraße 37 · D-49080 Osnabrück
Telefon 05 41/43 18 38 · Telefax 05 41/43 27 86
e-mail: info@fibre-verlag.de · www.fibre-verlag.de

Das neue RUSSISCHE BERLIN – novyj RUSSKIJ BERLIN –

Ein studentisches Projekttutorium und *public-private partnership*

von Rosalinde Sartorti, Berlin

Im Atelier des russischen Malers Sergej Kozlov, Chausseestrasse 35, III. Hof, Aufgang C, auch bekannt unter dem Namen „Das russische Feld", ein zweifellos sehr dekoratives Ambiente, fand am 21. Februar 2001 eine Pressekonferenz statt, die gemeinsam von der Ausländerbeauftragten des Senats, Barbara John, und „Partner für Berlin, Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH", veranstaltet wurde. Anlass hierfür war eine Buchpremiere: die Präsentation des Buches „Das neue russische Berlin", Arbeitsergebnis eines studentischen Projekts am Osteuropa-Institut der FU, für das der Senat von Berlin und die Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH die Herausgeberschaft übernommen haben.

Die beiden Studentinnen, Maria Chevrekouko und Ludmila Kusnezowa, hatten im Wintersemester 1999/2000 und im Sommersemester 2000 ein fächerübergreifendes Projekttutorium zum Thema „Russische Szene in Berlin – lesbar gemacht" geleitet (vgl. den Beitrag der beiden Autorinnen im BOI 14/2000, S. 141 f.). Das Ergebnis, eine zweisprachige, russisch-deutsche Broschüre, „Das neue russische Berlin", die auf 128 Seiten Auskunft gibt über das gesamte Spektrum russischen Lebens in Berlin, wurde jetzt der Öffentlichkeit vorgestellt. Die ersten Ausgaben aber hatten der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, und der Oberbürgermeister von Moskau, Jurij Luschkow, anlässlich seines Berlinbesuchs am 14. Februar erhalten, so war es der offiziellen Presse-Information zu entnehmen. Außerdem wird das Buch sowohl in Berlin wie auch in Moskau vertrieben und leistet damit nicht nur unter der Berliner Bevölkerung und seinen Gästen, sondern auch grenzüberschreitend zwischen zwei Hauptstädten einen Beitrag zur interkulturellen Kommunikation in einer multikulturellen Gesellschaft.

In ihren einleitenden Worten sprach Barbara John von der großen Bedeutung, die die russischsprachige Bevölkerung Berlins mittlerweile nicht nur quantitativ mit über 100.000 Einwohnern, sondern auch qualitativ durch die wichtigen Impulse erlangt habe, die sie der Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft oder Publizistik der Stadt gebe, was auch in dieser Broschüre zum Ausdruck komme. Die Autorinnen selber mussten zugeben, dass sie vor Beginn ihrer Recherchen eine derart große Vielfalt russischen Lebens in Berlin nicht erwartet hatten. Es gibt also selbst für überzeugte Kenner der russischen Szene noch Raum für Entdeckungen.

Der Gedanke der wachsenden Internationalität, von der auch „Das neue russische Berlin" Zeugnis ablegen würde, sei ein Markenzeichen, mit dem die Stadt werben könne, so Wolfram von Fritsch, Geschäftsführer von Partner für Berlin. Wesentlich für den Stellenwert dieses Handbuchs ist der Hinweis der Autorinnen, dass es sich beim russischen Berlin keineswegs um eine „geschlossene Gesellschaft" handelt. Das russische Berlin wird nämlich nicht nur von Emigranten, sondern auch von Gästen aus aller Welt und nicht zuletzt von Deutschen gestaltet. So ist auch die Feststellung der Ausländerbeauftragten zu verstehen, Berlins Wunsch, Drehscheibe zwischen Ost und West zu sein, habe sich im Hinblick auf die russische Bevölkerung schon erfüllt.

Die Veröffentlichung besticht in allen Details durch ihre hohe Professionalität: hervorragend recherchiert, äußerst übersichtlich gegliedert, das von den beiden Autorinnen entworfene und selbständig umgesetzte Design und Layout kann es problemlos mit den besten Arbeiten anerkannter Werbeagenturen aufnehmen. Nach Auskunft des Geschäftsführers der Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing, die die Druckkosten für die Publikation übernommen haben, war es die Professionalität des Produkts, die ausschlaggebend für die Unterstützung durch Partner für Berlin gewesen sei. Er bezeichnete die Zusammenarbeit und die Veröffentlichung als ein äußerst gelungenes Beispiel für *public-private partnership*.

Eine Frage, die nicht Thema der Pressekonferenz war, die sich aber in diesem Zusammenhang stellt, ist die, wer bei dieser Partnerschaft den öffentlichen Sektor vertreten hat. Aus der Sicht der Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH ist es der Senat von Berlin gewesen und nicht etwa die Freie Universität. Nach Auskunft der Autorinnen hat die Erfahrung des Projekttutoriums bei der Kontaktaufnahme mit Vertretern der Wirtschaft als potentiellen Sponsoren leider gezeigt, dass die Universität in der Öffentlichkeit keine gute Referenz ist. Akademische Projekte stehen nach wie vor in dem Ruf wirklichkeitsfremd zu sein, und das von den Hochschulen deklarierte Ziel, die Ausbildung praxisnäher zu gestalten, ist bislang kaum mehr als eine Absichtserklärung. Zur Anerkennung der Universität als ernstzunehmender Partner der Privatwirtschaft ist es offensichtlich noch ein weiter Weg. Die Arbeit des Projekttutoriums „Das neue russische Berlin" hat auf diesem Weg Pionierarbeit geleistet. Schon allein deshalb gebührt allen Beteiligten große Anerkennung.

Doch zurück zur Pressekonferenz: Mit der Wahl des Ateliers eines russischen Künstlers, eines für den Zweck einer Pressekonferenz eher ungewöhnlichen Veranstaltungsortes, hatte man sich bewusst in einen Teil dieses im Buch beschriebenen „neuen russischen Berlins" begeben: in die russische Künstlerszene. Mit der Einladung nahm man ge-

wissermaßen vorweg, was Ergebnis der Lektüre sein sollte und sicher auch sein wird, nämlich Interesse, Neugier, vielleicht sogar Lust auf das Kennenlernen eines anderen, eines neuen Berlins zu wecken. „Den Leser erwarten Einblicke in das russische Leben Berlins mit all seinen Facetten: Bekanntschaft mit russischen Unternehmen, Kunstwanderungen durch Galerien, Ausstellungen und Museen, Theater- und Kinobesuche, Diskussionsforen, Erlebnisse aus der Welt der Medien, Musikimpressionen, Gaumenfreuden, Ausschweifungen des Nachtlebens und vieles mehr...“– so heißt es im Vorwort dieses reich bebilderten Handbuchs. Auf jeden Fall bietet „Das neue russische Berlin” alle für eine solche Entdeckungsreise erforderlichen Informationen, einschließlich Adressen. Die einzelnen Themen befassen sich aber nicht nur mit dem gegenwärtigen Stand der Entwicklung, sondern vermitteln in den einleitenden Abschnitten auch die für eine historische Einordnung erforderlichen Kenntnisse.

Wir können die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des studentischen Projekttutoriums, vor allem aber ihre Leiterinnen, Frau Chevrekouko und Frau Kuznezowa, zu dieser außergewöhnlich innovativen Arbeit nur beglückwünschen!

Das Buch „Das neue russische Berlin“ kostet DM 8,-, ab zehn Stück DM 5,- und ist bei Partner für Berlin, Marion Jentsch, Charlottenstr. 65, 10117 Berlin, Tel.: 030/20 24 01 17 sowie bei der Ausländerbeauftragten des Senats, Potsdamer Str. 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17 23 57, erhältlich.

Dr. Rosalinde Sartorti *ist Akademische Rätin für den Bereich Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin. Sie war für dieses Projekttutorium die wissenschaftliche Betreuerin.*

Symposium „Deutsch-russische Beziehungen in Medizin und Naturwissenschaften des 18. und 19. Jahrhunderts“

von Aloys Henning, Berlin

Vom 29. September bis 1. Oktober fand in der Ostsee Akademie Travemünde und im Institut für Medizin- und Wissenschaftsgeschichte der Universität Lübeck unter Leitung seines Direktors Prof. Dietrich von Engelhardt und von Frau Dr. med. habil. Ingrid Kästner vom Carl-Sudhoff-Institut der Universität Leipzig die dritte Tagung zum DFG-Projekt *Deutsch-russische Beziehungen in der Medizin des 18. und 19. Jahrhunderts* statt. Die Arbeitsergebnisse der beiden vorangegangenen Symposia in Leipzig (vgl. BOI 13, S. 57f. und BOI 14, S. 101f.) sind von Ingrid Kästner im Shaker Verlag, Aachen 2000, publiziert worden als sehr gelungene Bände 1 und 2 der Reihe *Deutsch-russische Beziehungen in Medizin und Naturwissenschaften*, Hgg. Dietrich von Engelhardt und Ingrid Kästner.

Als erster unter 21 Referenten belegte Arkadij A. Ivachnov (St. Petersburg) mit *Deutsche Lehnworte als untrennbarer Teil des Enzyklopädischen Wörterbuchs medizinischer Termini*, dass deutsche Eponyme in B. N. Petrovskijs Wörterbuch von 1984 den größten Anteil unter ausländischen Eponymata haben. Regine Pfreppers (Leipzig) Beitrag *Der Pharmazeut und Chemiker Johann Tobias Lowitz (1757–1804) im Urteil seiner Zeitgenossen* zeigte, dass der nach Lomonosov bedeutendste Chemiker im Russland des 18. Jahrhunderts im 19. nahezu vergessen wurde und erst Paul Walden (1863–1957) und der Chemiehistoriker Nikolaj A. Figurovskij (1901–1986) wieder an Lowitz erinnerten. Eine gründliche Untersuchung der Rezeption seines Werkes fehlt bis heute, obwohl Lowitz' Bemühungen um die Interpretation der von ihm entdeckten Adsorptionseigenschaft von Kohle in den Diskussionen seiner Kollegen wie Klaproth (1743–1817), Hermbstädt (1760–1833) und Trommsdorff (1770–1837), die Auseinandersetzungen um die neue antiphlogistische Chemie widerspiegeln. Dirk Fischer (Lübeck) verdeutlichte an *Samuel Gottlieb Gmelins (1744–1774) Reise durch Russland: Das Schicksal eines deutschen Wissenschaftlers im Jahrhundert der Aufklärung* im Interesse der russischen Machterweiterung unter Katharina II. Seine Expedition (1768–1774) in das südliche Russland und nördliche Persien führten den Botaniker Gmelin in die Gefangenschaft des Chaitaken-Khans auf der Westseite des Kaspischen Meeres, in welcher er 30jährig an Ruhr starb. Sein Expeditionsbericht erschien 1770–1784 russisch und deutsch in St. Petersburg. Den vierten Band der *Russlandreise* edierte sein Freund Peter Simon Pallas (1741–1811). Hans-Theodor Koch (Merseburg) stellte mit *Justus Christian von Loder (1753–1832) und die Moskauer Gesellschaft* anhand von Loder-Briefen aus dem Nachlass Karl August Böttigers (1760–1835) Loders Bemühungen um die Modernisierung der Anatomie an der Moskauer Universität und ihre Angleichung an westeuropäische Standards dar. Hartmut Bettin (Greifswald) zeigte am Erfurter Pharmazeuten *Johann Bartholomäus Trommsdorff (1770–1837) und seine Russland-Kontakte* dessen Einfluss auf die russische Chemie und seine Vermittlung von Kenntnissen über sie nach Westeuropa. Petra Genz-Werner (Berlin) wies in *Der Beitrag russischer Forscher zu Alexander von Humboldts (1769–1859) „Kosmos“* auf, dass Humboldt für sein Alterswerk publizierte wie unveröffentlichte Schriften von 18 seiner 105 Briefpartner in Russland beizog – zehn von ihnen an der

Universität Dorpat – vor allem des Geologen Hermann Abich und der Astronomen Struve und Mädler.

Natalja Decker (Leipzig) schilderte in *Unterschiedliche Unterbringungsformen von psychisch Kranken in Russland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts* die Entwicklung von psychiatrischen Spezialkliniken aus ihren Vorformen, der „dolgauzy" (Tollhäuser) des 18. Jahrhunderts. Vladimir S. Sobolev (St. Petersburg) stellte die *Dokumente des Fonds der Medizinischen Abteilung des Russländischen Staatlichen Historischen Archivs (RGIA) zur Geschichte der deutschen Mediziner im Russland des 19. Jahrhunderts* [Fond Nr. 1297] vor, insgesamt 53.486 Akten, die bisher nicht öffentlich zugänglich waren und von Medizinhistorikern weder erforscht noch publiziert worden sind. Marina I. Sorokina (Moskau) trug vor: *Russische Historiker über deutsche Ärzte in Russland im 18. und 19. Jahrhundert.* Sarmite Pijola (Riga), die als einzige nicht ihre Muttersprache als Konferenzsprache benutzen konnte, referierte *Zur Geschichte der „Pharmazeutischen Gesellschaft" in Riga*, der ersten im Russischen Reich, in welchem zu Beginn des 19. Jahrhunderts Livland die größte Apothekendichte besaß. Ol'ga V. Iodko (St. Petersburg) berichtete über *Die Rolle der Deutschen bei der Untersuchung und Beschreibung des Kurortes Bad Baldohn in Kurland*. Michael Goerigs (Hamburg) Referat *Sergej Petroviè Botkin (1832–1889) und Stanislav Kilkoviè (1853–1910): Der Beitrag russischer Ärzte zur Einführung der Lachgas-Sauerstoff-Narkose im deutschsprachigen Raum* machte deutlich, wie Kilkoviès Veröffentlichungen ab 1881 die gynäkologisch-chirurgische Anwendung dieser Narkose in Deutschland befördert haben. Marina A. Akimenko mit Avgust M. Šereševskij (St. Petersburg) berichtete über *Die deutsche Wissenschaft und die Herausbildung der Neuropathologie am Bechterev-Institut in St. Petersburg*. Anna M. Ivachnovnas (St. Petersburg) Beitrag *Die gesellschaftlich-wissenschaftliche Tätigkeit der deutschen Pharmazeuten in St. Petersburg bis 1917* korrespondierte mit S. Pijolas zu Riga. Elena A. Zajceva (Moskau), Chemiehistorikerin und Schülerin N.A. Figurovskijs, berichtete über *Deutsche an der Moskauer Universität des 19. Jahrhunderts: Ferdinand Friedrich von Reuss (1778–1852) und Rudolf Heimann (1802–1865)*. Analog galt Konstatin K. Vasyl'evs (Sumy) Beitrag *Deutsche[n] an der medizinischen Fakultät der Kaiserlichen Universität in Odessa*, während Larissa Shumeikos (Marburg) Vortrag *Die Virchow (1821–1902) - Rezeption in Russland und in der Sowjetunion* betraf. Michael Kortschmit (Leipzig) thematisierte materialreich *Deutsche Quarantänebeamte im Auftrag der Zaren und Vergiftungshysterien in Russland*. Ingrid Kästner (Leipzig) hatte ihren Beitrag *Alexander Vasil'eviè Poehl (1850–1909) und d[er] Organotherapie* gewidmet, wonach eine seiner Nachfahrinnen, Eugenie Poehl-Tanger, die Referatereihe mit *Das Schicksal der Apotheker-Familie Poehl im 20. Jahrhundert* abschloss. Poehls hatten in St. Petersburg bis 1927 eine Apotheke, ein organotherapeutisches Institut und eine pharmezeutische Fabrik mit Filialen in Ni•nij Novgorod und Novo-Nikolaevsk betrieben. A.V. Poehls wissenschaftliches und materielles Erbe ist im Zweiten Weltkrieg untergegangen.

Herrn von Engelhardt und seinen Mitarbeitern wurde für die Organisation der gelungenen Tagung und ihre Gastfreundschaft sehr gedankt. Das Symposium hat verstärkt das wenigstens seit 1989 ständig zunehmende Interesse an den deutsch-russischen kulturellen Beziehungen in den vergangenen 300 Jahren deutlich gemacht und darüber hinaus auch deren Einbindung in die Geschichte der Ostseeanrainer, deren Beziehungen seit der Gründung des Ordensstaates des Deutschen Ordens im 13. Jahrhundert komplex verwoben sind. Dies gilt nicht zuletzt für Lübeck. Eine am Lübecker Heiligen-Geist-Hospital von der Bürgerschaft errichtete Kirche hat nach 1227 der Deutsche Orden betreut, anscheinend mit Blick auf seine Ambitionen an der Ostküste des Baltischen („Weißen") Meeres. Lübische Kaufleute hatten bei der Belagerung von Akko die Kreuzfahrer mit Nachschub versorgt. Das Rahsegel einer lübischen Kogge diente 1190 als Zelt für das erste Feldhospital des vor Akko als Bruderschaft gegründeten Deutschen Ordens, dem die Pflege von kranken und verwundeten Kreuzfahrern oblag. Das Faktum ist der erste Nachweis dieses Schiffstyps in der Geschichte der Seefahrt. Nach dem Vorbild des im Bombenkrieg zerstörten „Totentanzes" in der Lübecker Marienkirche schuf dessen Lübecker Meister Bernt Notke 1436 den „Totentanz" von St. Nikolai in Tallinn (taani linn – Dänenstadt), 1219 vom dänischen Waldemar II. mit einer steinernen Festung versehen, 1230 von deutschen Kaufleuten als Stadt Reval errichtet und 1346 mit Nordestland vom dänischen König dem Deutschen Orden verkauft. Auf den der Ostexpansion des Ordens entgegengesetzten Widerstand weisen in nationaler Mentalität des 19. Jahrhunderts u.a. die russische Kirche von Tallinn von 1900, die Aleksandr Nevskij geweiht ist, der 1242 auf dem Eis des Peipussees die Novgorod bedrohenden Ordensritter schlug, wie ebenso die Aleksandr-Nevskij-Kirchen in Potsdam von 1829 und in Kopenhagen.

In Travemünde verglich Frau Vasyl'eva bei einem abendlichen Gang über den Strand diesen mit dem von Baltijsk (Pillau), wo ihr Vater sowjetischer Marineoffizier war. Sie war sich mit dem Autor einig, dass jener nicht an die Schönheit der Kurischen Nehrung heranreicht, die beide aus eigener Anschauung kennen. Dort hatte im Mündungsdelta des Nemunas (Memel) im August 2000 die Leiterin des Heimatmuseums von Šiluté (Heydekrug) mit Nachdruck erklärt, sie seien niemals litauisch, sondern immer Memelländer gewesen mit über siebenhundertjähriger Geschichte seit Gründung des Ordensstaates. Lübeck war ein sehr geeigneter Ort für das dritte dieser deutsch-baltisch-russischen wissenschaftshistorischen Treffen, zu welchem die Mehrzahl der russischen Kollegen aus St. Petersburg mit dem Schiff anreisten.

Zu wünschen ist, dass die Komplexität der fruchtbaren grenzüberschreitenden Arbeit weiter zunimmt. Im Herbst

des vergangenen Jahres ist als neues Arbeitsergebnis Band 3 der Reihe *Deutsch-russische Beziehungen in Medizin und Naturwissenschaften* von Anna M. Ivachnova erschienen, die *Bibliographie der Literatur zur Homöopathie in der russischen Nationalbibliothek St. Petersburg* (Aachen: Shaker, 2000). Ein wichtiger Schritt kann die Fortführung des von Ingrid Kästner und Dietrich von Engelhardt 1999 initiierten DFG-Projekts sein.

Kontakte: Prof. Dr. Dietrich v. Engelhardt, Institut für Medizin- und Wissenschaftsgeschichte, Königstrasse 42, D-23552 Lübeck, Fax (0451) 70 79 98 99, e-mail *www.v.e@imwg.mu-luebeck.de*; Univ.-Doz. Dr. Ingrid Kästner, Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften der Universität Leipzig, Augustusplatz 10–11, D-04109 Leipzig, Fax (0341) 961245 8, e-mail: *kaesti@server3.medizin.uni-leipzig.d*e

Dr. med. Aloys Henning *war bis zu seiner Pensionierung Akademischer Mitarbeiter des AB Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.*

Zu einem Fernsehfilm von Andrzej Wajda

von Gerhard Gnauck, Warschau

Das hat es in Polen noch nicht gegeben. Andrzej Wajda, Oscar-Preisträger dieses Jahres, hat einen Antihelden, einen Kollaborateur aus der Zeit der deutschen Besatzung, zum Titelhelden eines Films gemacht. Die Grundlage lieferte der 1947 erstmals erschienene und nach 23 Jahren Unterbrechung jetzt wieder aufgelegte Roman „*Wyrok na Franciszka Klosa*“ (*Das Urteil gegen Franciszek Klos*). Er stammt von Stanislaw Rembek (1901–1985), der als nüchterner Chronist des polnisch-sowjetischen und des Zweiten Weltkriegs derzeit wieder entdeckt wird. Der gleichnamige Film lief kürzlich an einem Sonntag zur besten Sendezeit.

Schon die erste Szene hat alles, was ein polnischer Kriegsfilm haben muss: schießende deutsche Soldaten, einen sterbenden Zivilisten, mit rollendem „r“ ausgestoßene deutsche Worte. „Tüchtig! Gut gemacht! Braver Kerl!“ Doch das Lob der Wehrmachtssoldaten gilt diesmal dem in blauer Kluft auftretenden Polen Klos (Miros³aw Baka). Er gehörte bis 1939 der polnischen Polizei an, deren Beamte dann zum Teil als *granatowa policja*, als „blaue Polizei“, im Dienst der Besatzer standen. Dieser Dienst allein war für den polnischen Widerstand im Untergrund noch nicht ausreichend, einen Beamten zu ächten.

Doch Klos ist mehr als ein durchschnittlicher Kollaborateur. Er ist ein besonders eifriger. Er konfisziert den polnischen Händlern Fleisch und selbstgebrannten Schnaps, er hilft bei der Verschickung von Zwangsarbeitern. Wenn er einmal ein Auge zudrückt, dann nicht aus patriotischem Pflichtgefühl, sondern gegen Schmiergeld. Er schießt auf einen aufgestöberten Juden und die Polin, die ihn aufgenommen hatte, und er trifft. Er sorgt für „Rrrecht und Ordnung“. Dafür trifft ihn das Urteil des Untergrundstaates: Ein ihm zugestellter Brief verkündet das Todesurteil „im Namen der Republik Polen“.

Seiner Familie und seiner Mutter, die ihn nicht mehr ihren Sohn nennen will, muss Klos Rede und Antwort stehen. „Ich bin im Dienst, da muss ich die Befehle der Vorgesetzten ausführen. Und ich muss von etwas leben.“ Doch durch das Todesurteil wird er immer mehr zum Gejagten. Sein schiefer Mundwinkel hat immer weniger von einem Lächeln. Wenn er die Kneipe verlässt, schreien über ihm die Krähen.

In seiner Kollaboration steckt wenig ideologische Anfälligkeit, auch wenn bei ihm Antisemitismus anklingt; hinter seiner Angst vor der Strafe verbirgt sich wenig Schuldbewusstsein. Bei beidem ist vor allem der ganz gewöhnliche Selbsterhaltungstrieb im Hintergrund. Dennoch empfindet Klos einen Loyalitätskonflikt. Den scheinbaren Ausweg findet er im Suff – und am Ende im Antrag auf deutsche Papiere, dem ein Beamter auch stattgibt: „Dein Mut hat dich zu einem Deutschen gemacht.“ Am Ende des Films wird Franciszek Klos von den Widerstandskämpfern erschossen. Seine Mutter verharrt in der Leichenhalle, doch nicht mit der Geste einer Pieta. Ihre letzten Worte sind rufend und fragend zugleich: „Mein Sohn? Mein Sohn?“

Die Handlung spielt im Städtchen Grodzisk bei Warschau, und den Polizisten Klos und das Todesurteil hat es dort tatsächlich gegeben. Führende Kritiker würdigten den Film als Versuch, an ein nationales Tabu zu rühren. Der Historiker Jerzy Eisler glaubt allerdings nicht, dass man die Geschichte jetzt schnell umschreiben werde: „Natürlich kann man endlos wiederholen, dass wir keinen Pétain und keinen Quisling hatten, was auch zutrifft. Aber wir bräuchten ein Buch ‘Die Kollaboration in Polen’. Für diese Kollaboration würden sich kilometerweise Belege finden. Doch ehe dieses Buch erscheinen kann, muss die Generation der Zeitzeugen wohl gestorben sein.“

Ganz unvorbereitet ist die polnische Öffentlichkeit nicht. Im Sommer hat die Warschauer Zeitung „Rzeczpospolita“ eine Debatte über die Ermordung der Juden in Jedwabne begonnen. In Jedwabne nordöstlich von Warschau waren 1939 die Sowjets einmarschiert. Im Juli 1941, 18 Tage nach dem deutschen Einmarsch, trieben Polen vermutlich bis zu 1600 Juden zusammen und verbrannten viele von ihnen bei lebendigem Leibe in einer Scheune, während die Deutschen zusahen. Nach dem Krieg wurden mehrere Polen

verurteilt. Doch ein später in Jedwabne errichteter Gedenkstein gibt den Deutschen die Schuld. Das will die Stadtverwaltung jetzt ändern. Das Warschauer „Institut des Nationalen Gedenkens", Polens Gauck-Behörde mit erweiterten Befugnissen, will in einem Gerichtsverfahren mehr Klarheit gewinnen, auch wenn vermutlich keiner der Täter noch lebt.

Kommt jetzt die große Debatte? In Literatur und Film waren schon früher Kollaborateure und Judenfeinde aufgetaucht, beginnend mit Jerzy Andrzejewskis 1945 erschienener „Warschauer Karwoche", die Wajda 1995 verfilmte. Doch das heldische Polen, in dem alle Widerstandskämpfer waren, blieb auf seinem Sockel. Auch „Das Urteil gegen Franciszek Klos" bleibt letztlich diesem Muster treu. Der Kollaborateur ist fast von Anfang an dem Alkohol ergeben, ein Judas, wie seine Mutter sagt, die „abscheulichste Gestalt in der polnischen Literatur" (Wajda). Die starke Hand des bewaffneten Untergrunds dagegen scheint allgegenwärtig.

Kein Quisling in Polen, kein Pétain: Es lag nicht zuletzt an den deutschen Besatzern selbst, dass sie kaum prominente Kollaborateure fanden. Eisler, Autor einer Pétain-Biographie, erinnert daran, dass die Behörden des Vichy-Regimes gern damit argumentierten, Widerstand gegen die Deutschen werde Terror, eine „polonisation" der Lage in Frankreich nach sich ziehen. Hätten die Besatzer die Polen nicht als „Untermenschen" behandelt, glauben Historiker in Warschau, hätte das Land wohl auch seinen Quisling gefunden.

***Dr. Gerhard Gnauck** berichtet als Warschauer Korrespondent der „Welt" über Polen, die Ukraine und Weißrussland.*

Arbeitspapiere des Arbeitsbereichs Recht und Wirtschaft des Osteuropa-Instituts

Herwig Roggemann	Internationales Strafrecht, 1/1999
Herwig Roggemann	Rechtsentwicklung in Mittel- und Osteuropa, 2/1999
Herwig Roggemann (Hrsg.)	Kroatiens langer Weg, 3/999
Herwig Roggemann	Verfassungsrecht in Mittel- und Osteuropa 4/1999
László Csaba	Second Generation Tasks of Transformation, Enterprise Restructuring in Hungary, 5/1999
Manuach Messengiesser	Transformation der Wirtschaftssysteme aus systemtheoretischer Sicht, Ein Beitrag zur Transformationstheorie, 6/1999
László Csaba	A Decade of Transformation, Russia and Hungary compared, 7/1999
László Csaba	Between Transition and EU-Accession. Hungary at the Millenium, Heft 8/2000
Herwig Roggemann	Strafrecht und Kunst, 9/2000
Herwig Roggemann	Rechtsfragen der deutschen Einheit, 10/2000
Klaus-Heinrich Standke	Die Osterweiterung der EU: Der Stand der Dinge, 11/2000
Klaus-Heinrich Standke	Die Rolle Berlins innerhalb der Ost-West-Kompetenz der Bundesländer, 12/2000
Herwig Roggemann	Privatisierung, Beteiligung, Eigentum Funktionswandel des Eigentums in Ost und West, 13/2000

Die Hefte können gegen eine Schutzgebühr von 5,- DM bzw. 10,- DM über das Osteuropa-Institut erworben werden.

Was soll nur aus dem Institut werden? Oder: Irgendwas mit Osteuropa

von Jacob Hurrle und Michael Samec, Berlin

Aufgefordert, einen studentischen Beitrag zur derzeitigen Krise unseres Institutes zu verfassen, bewegen wir uns auf ausgetretenen Pfaden – denn die Krise gehört zu den treuesten Gefährten des Osteuropa-Instituts. Generationen von Studierenden haben das Institut bereits vor dem alljährlichen Untergang gerettet und kühne Sanierungskonzepte ausgearbeitet; Generationen evaluierender Spezialisten durch das immer fortwährende Brüten über die Zukunft des Instituts eine interessante Nebenbeschäftigung gefunden.

Vor etwa einem Jahr war es wieder so weit: Aus gut unterrichteten Kreisen sickerten die ersten Gerüchte über ein vernichtendes Urteil im jüngsten Gutachten des Wissenschaftsrates durch. Bei seiner Beurteilung des Berliner Hochschulangebotes hatte er an den meisten der regionalwissenschaftlichen Institute kein gutes Haar gelassen. Im Falle des Osteuropa-Instituts stand eine endgültige Abwicklung ernsthaft zur Debatte.

Was ist faul an unserem Institut?

Was aber ist faul an unserem Institut? Aus Sicht des Wissenschaftsrats ist die Konzeption von Regionalstudien grundsätzlich zu hinterfragen. In der Lehre steht die mangelnde Vermittlung von wissenschaftlichen Grundkenntnissen in den einzelnen Disziplinen im Zentrum der Kritik. Im Fall der Forschung wird angezweifelt, ob ein eigenes regionalwissenschaftliches Institut einen „wissenschaftlichen Mehrwert“ gegenüber einer ausschließlichen Verankerung der Forschung in den Mutterdisziplinen schaffen könne. Damit spricht der Wissenschaftsrat letztlich die allgemeine Debatte um *area studies* an, der sich das OEI selbstverständlich stellen muss. Auch für uns Studenten ist diese Frage natürlich von großer Bedeutung, schließlich geht es hierbei etwas zugespitzt um die Frage, ob das, was wir studieren, Sinn macht.

Wir Studierenden hatten aber den Eindruck, dass diese etwas theoretisch-allgemeine Diskussion nur einen Teil der Probleme am Institut reflektiert. Der Wissenschaftsrat hatte sein Gutachten auf der Grundlage von teilweise veralteten Papieren erstellt, aus welchen sich im besten Falle die Konzeption, nicht aber die tatsächlichen Studienbedingungen am Institut beurteilen ließen. In unserem Studienalltag sind es aber vor allem ganz konkrete Unzulänglichkeiten, welche eine erfolgreiche Ausbildung erschweren:

Von den sechs vorgesehenen Lehrstühlen sind derzeit nur zwei besetzt. Die langen Jahre der Unsicherheit haben auch nicht dazu beigetragen, die Wissenschaftssenatoren zu zügigen Nachbesetzungen zu bewegen. Diese Vakanzen schränken das Lehrangebot massiv ein und machen das Konzept (und die mögliche Stärke) eines Osteuropa-Instituts zunichte: nämlich die Beschäftigung mit verschiedenen Fragestellungen aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven am Beispiel der (wie auch immer definierten) Region Osteuropa.

Die unzureichende personelle Ausstattung am OEI erschwert die in der Praxis ohnehin komplizierte Verwirklichung interdisziplinärer Zusammenarbeit innerhalb des Instituts. Entgegen der in der Konzeption des Studienganges vorgesehenen Interdisziplinarität werden im Lehrangebot kaum Bezüge zwischen den einzelnen Arbeitsbereichen und Disziplinen hergestellt. So ist es derzeit der Eigeninitiative der Studierenden überlassen, im breiten Lehrangebot der Universitäten in Berlin und Brandenburg nach Zusammenhängen zu suchen.

Ähnlich steht es um die Sprachausbildung, die einen essentiellen Bestandteil des Osteuropa-Studiengangs darstellt und eine gefragte Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt ist. Die Studienordnung sieht die Beschäftigung mit zwei beliebigen osteuropäischen Sprachen vor. Tatsächlich werden an der FU aber selbst von den „großen“ Sprachen Osteuropas nur wenige in vollem Umfang (Erstsprache) angeboten. Selbst für eine so nahe liegende Sprache wie Polnisch müssen Studierende den Weg zur HU oder nach Potsdam in Kauf nehmen. Nach der Verlegung der FU-Slavistik an die HU stellt sich zudem die Frage nach der Zukunft des vom FU-Sprachlabor angebotenen Sprachunterrichts.

Gerade wegen des unzureichenden Lehrangebots an der FU ist das insgesamt doch ungewöhnlich vielfältige Angebot osteuropabezogener Lehrveranstaltungen in der Region Berlin-Brandenburg ein großes Potenzial für die Studierenden am Osteuropa-Institut. Neben Kulturwissenschaften an der Viadrina in Frankfurt (Oder), Slavistik an der HU und in Potsdam und dem Osteuropa-Institut der FU bieten zahllose andere Institute und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Universitäten Lehrveranstaltungen mit Osteuropabezug an. Allerdings werden den zwischen den Hochschulstandorten S³ubice und Golm nomadisierenden Studenten vielfältige Hindernisse in den Weg gelegt.

Die Kooperation zwischen den Universitäten funktioniert nicht so, wie wir uns das wünschen würden. Nicht immer ist der Student von der anderen Hochschule ein gerne gesehener Gast. Das gilt insbesondere für die stark nachgefragten Sprachkurse an der HU, wo sich FU-Studenten schon einmal anhören müssen, dass man „unsere Studenten öfter drannehmen werde“. Die Anrechnung von Prüfungsleistungen der fremden, und deshalb verdächtigen, Universität kann gleichfalls Probleme bereiten. Ob-

wohl ein Großteil der Studierenden am OEI zumindest teilweise auf das Angebot der HU zurückgreift, scheinen sich die Sekretariate beider Institutionen bei jedem Studenten aufs Neue über grundsätzliche Fragen verständigen zu müssen. Nicht selten wird der Student hierbei zum Boten, der die Beschlüsse und Dokumente zwischen den Kanzleien hin und her trägt. Angesichts solch mangelnder Kommunikation nimmt es nicht wunder, dass es auch nicht zu einer Koordinierung von Lehrinhalten kommen kann. Persönliche Animositäten und institutionelle Rivalität haben schon viele Initiativen zu einer weiter reichenden Kooperation scheitern lassen. Immerhin ist mit dem nunmehr erscheinenden Gesamtverzeichnis osteuropabezogener Lehrveranstaltungen ein wichtiger Schritt in Richtung einer stärkeren Vernetzung getan. Bislang war es für die Studierenden nahezu unmöglich, das in der ganzen Region verstreute Angebot zu überblicken.

Die Bibliothek des Osteuropa-Institutes enthält eine der besten Sammlungen zum Thema Osteuropa. Allerdings wird auch dieser große Pluspunkt durch mangelnde Benutzerfreundlichkeit und unzureichende Öffnungszeiten zum Teil zunichte gemacht. Beispielsweise ist der Buchbestand bislang nicht in das zentrale elektronische Verzeichnis der FU aufgenommen worden. Trotz ihrer unbestrittenen überregionalen Bedeutung wurde im Zusammenhang mit der Schließung des Instituts für Slavistik eine Auslagerung bedeutender Bestände in unzugängliche Magazine erwogen, um Platz für die Bibliotheken heimatlos gewordener Institute zu schaffen.

Für die Studierenden ist das Gefühl, in einem maroden Institut zu studieren, wenig erbaulich. Die dramatische Zuspitzung der Krise im Sommersemester vergangenen Jahres hat jedoch zu einer starken Mobilisierung der Studierenden geführt: Ihnen ist es gelungen, schnell medienwirksamen Protest gegen eine mögliche Schließung zu organisieren. Glücklicherweise ist es jedoch nicht beim spontanen Protest geblieben. Seit einem Jahr macht sich eine studentische Arbeitsgruppe über eine bessere Zukunft für das Osteuropa-Institut Gedanken.

Den Empfehlungen des Wissenschaftsrates folgend, wird seit Sommer 2000 u.a. auch das OEI durch die „Expertenkommission Regionalwissenschaftliche Institute“ evaluiert. Ihr für Sommer 2001 erwarteter Abschlussbericht sollte endlich Klarheit und Planungssicherheit für das OEI bringen.

Was soll nun anders werden?

Es besteht kein Zweifel, dass es auch zukünftig großen Bedarf an OsteuropaexpertInnen geben wird. Diese werden in den unterschiedlichsten Bereichen Verwendung finden. Was aber muss ein solcher Osteuropaexperte alles können? Zunächst muss er über eine fundierte fachliche Ausbildung für sein Arbeitsfeld verfügen. Denn eine Bank wird keine noch so belesene Osteuropaexpertin brauchen können, wenn diese nichts von Geldwirtschaft versteht. Dieses gilt beileibe nicht nur für die freie Wirtschaft: Auch in einem historischen Archiv wird ein Experte für Osteuropa nur dann gebraucht werden, wenn dieser in der Lage ist, Quellen wissenschaftlich auszuwerten, in einem internationalen Gerichtshof nur dann, wenn er mehr als bloß zwei juristische Seminare besucht hat.

Unserem Eindruck nach ist die Kritik am bisherigen Studiengang, er lege zu wenig Wert auf disziplinäre Grundkenntnisse, daher teilweise berechtigt. Letzten Endes bleibt es heute zu einem guten Teil den Studierenden überlassen, inwieweit sie bereit sind, dieses Defizit durch eine sinnvolle Studienkombination oder durch den (von der Studienordnung nicht verlangten) Besuch von Veranstaltungen in den einzelnen Fachinstituten auszugleichen. Bei der Studienberatung wird allerdings jedem eine solche sinnvolle Kombination mit passenden Nebenfächern ausdrücklich nahe gelegt.

Aus dem Gesagten wird deutlich, dass eine Reform des Studiengangs zu einem Mehr an disziplinärer Verankerung der Studierenden führen muss. Wie sieht es aber mit der Osteuropa-Kompetenz, wegen der wir ja eigentlich Osteuropa-Studien studieren, aus? Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Zukunft der *area studies* wird immer wieder auch die Frage aufgeworfen, ob eine solche geographische Spezialisierung überhaupt noch sinnvoll ist. Regionalspezialisten wird die Neigung vorgeworfen, sich ein bisschen in ihr Spezialgebiet zu verlieben. Unfähig zum Blick über die Grenzen des geliebten Gebietes hätten sie die Fähigkeit verloren, das dortige Geschehen in den Zusammenhang von globalen Trends einzuordnen. Manch einer leitet aus dieser Kritik den Ratschlag an die Studenten ab, sich in erster Linie darum zu kümmern, das theoretische Handwerkszeug zu erlernen, da man sich im Ernstfall ja auch in drei Wochen auf eine Region vorbereiten könne. Unserer Überzeugung nach ist diese Vorstellung jedoch falsch: Die Übertragung wissenschaftlicher Theorien in fremde Räume ist ohnehin problematisch, ohne wirklich profunde Kenntnisse eines Landes oder einer Region kann sie schnell zu einem Debakel werden. Hinzu kommt die empirische Forschung: Wie sollen Wissenschaftler in fremden Ländern Daten erheben, ohne Sprache und kulturelle Umgangsformen zu beherrschen? Wie sollen sie bei Interviews ein Gefühl dafür bekommen, welchem Gesprächspartner man trauen kann, welchem lieber nicht? Und wie beim Blick in Gesetzestexte oder Produktionsstatistiken eine Ahnung davon, was für eine Realität in Gerichten und Fabriken sich dahinter verbergen mag?

Zudem können genaue Kenntnisse einer bestimmten Region, eines Kultur- oder Wirtschaftsraumes das Interesse auf relevante Fragestellungen lenken. So kann der Fokus auf eine Region Erkenntnisse liefern, die für das Verständnis von Ereignissen auch in anderen Teilen der Welt dienlich sind.

Aus dem Gesagten leitet sich ein klares Plädoyer zugunsten spezifischer regionaler Kenntnisse ab. Und selbst der beim in sein Gebiet verliebten Regionalwissenschaftler kritisierte emotionale Zugang hat seine Berechtigung, da Emo-

tion Interesse und Neugierde schafft, somit die Voraussetzung dafür, Fragen zu stellen. Im Gegensatz zu der stärker an eine Disziplin zu bindenden Grundausbildung sollte die Vermittlung dieser kulturellen Kompetenz bewusst viele Disziplinen einschließen (und nach Möglichkeit miteinander verbinden). Wichtigstes Element der kulturellen Ausbildung ist und bleibt natürlich die Sprachausbildung. Eng hiermit verbunden ist die Einführung in die Literatur der Region. Auch wenn einem Studenten, der beispielsweise zukünftig Großhandelsmärkte in Belarus‘aufbauen möchte, wohl kein umfassendes Literaturstudium abverlangt werden kann, so sollten doch alle Studierenden das Institut mit einem Überblick über die Literaturen Osteuropas verlassen. Das gilt umso mehr, da diese im Gegensatz zur französischen und englischen Literatur im deutschen Schulunterricht nahezu keine Rolle spielen. Der dritte Pfeiler in der Kulturvermittlung sollte die Geschichte sein, da geschichtliche Kenntnisse unverzichtbar sind, um die heutigen Ereignisse in der Region zu begreifen.

Um eine Verbindung zwischen den Perspektiven und Zugängen der verschiedenen Disziplinen zu ermöglichen, sollten die Lehrenden am OEI einige gemeinsame Ausbildungsschwerpunkte und Forschungsinteressen definieren. Bei der längerfristigen Lehrplanung sollten thematische Bezüge zwischen den Arbeitsbereichen abgestimmt werden. Eine Kooperation mit anderen Regionalinstituten könnte den Studierenden den Blick auf globale Zusammenhänge eröffnen und die Gefahr der ausschließlichen Osteuropabezogenheit vermeiden.

Die derzeit im OEI in Ausarbeitung befindlichen Konzeptionen für neue osteuropabezogene Studiengänge werden diese Grundsätze und Überlegungen berücksichtigen müssen. Die Verteilung der stärker disziplinären Grundausbildung und der interdisziplinären Osteuropastudien auf einen *Bachelor*- und einen *Master*-Studiengang bietet eine Möglichkeit zur Verwirklichung der hier angedeuteten Ideen und könnte mancher Kritik am bisherigen Studiengang wirksam begegnen. Die Diskussion um die Gestaltung der künftigen osteuropabezogenen Ausbildung am OEI ist aber noch nicht abgeschlossen. Wir hoffen sehr, dass die verschiedensten Ansätze und Vorstellungen in den Planungsprozess eingebracht werden. Denn gerade die Einführung differenzierter Studienabschlüsse, ein System mit B.A. und M.A., wird derzeit nicht nur am OEI heftig diskutiert.

Mit diesen Reformen im Zusammenhang steht wieder einmal das leidige Thema der Studiengebühren, die gewiss kein Allheilmittel gegen die heutigen Missstände und Probleme an deutschen Hochschulen sind. Wir denken auch, dass an der Gebührenfreiheit gerade eines osteuropabezogenen Studienganges ein großes gesellschaftliches Interesse besteht. Es handelt sich nämlich nicht etwa um ein spleeniges Zweitstudium oder ein vergnügungssteuerpflichtiges Hobby, sondern um die Ausbildung eben jener Osteuropaexperten, deren Attraktivität für den Arbeitsmarkt wir oben skizziert haben. Für das OEI kommt unseres Erachtens noch eine strategische Überlegung hinzu: Ein Produkt, das gerade noch als Ladenhüter fast aus dem Handel genommen worden wäre, wird nicht über Nacht dadurch attraktiv, dass sein Preis verfünffacht oder verzehnfacht wird.

Aufruf zur Beteiligung

Wir haben gezeigt, dass eine osteuropabezogene Ausbildung notwendig ist, die die Vermittlung disziplinärer Kenntnisse und regionalspezifischen Wissens verbindet. Wir haben einige Kritikpunkte an der derzeitigen Situation des OEI angesprochen und unsere Überlegungen für Reformen vorgestellt. Wir erwarten, dass das OEI nach einem hoffentlich positiven Gutachten der Evaluierungskommission über die nötige Planungssicherheit verfügt, um die angesprochenen Vorschläge und Verbesserungen anzupacken.

So hoffen wir, in diesem Artikel einen Beitrag zur Diskussion geleistet zu haben. Wir rufen alle Studierenden, Beschäftigten und sonst Interessierten auf, sich an den laufenden Debatten zu beteiligen.

Jacob Hurrle *und* ***Michael Samec*** *studieren Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin.*

Besuchen Sie die Homepage des Osteuropa-Instituts!

http://www.oei.fu-berlin.de

Hier erfahren Sie mehr über die Schwerpunktgebiete und Kontaktadressen unserer MitarbeiterInnen, Veranstaltungstermine, osteuropabezogene Internetquellen usw.

Außerdem erhalten Sie Einblick in das aktuelle Kommentierte Vorlesungsverzeichnis und andere Publikationen des OEI.